



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

# Staat und Wirtschaft in Hessen

**Heft 9 · September 2002 · 57. Jahrgang**

Aus dem Inhalt:

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001. Teil 2: Regionale Besonderheiten und Kostenbelastung der Träger

Haushalte und Familien 2001 nach Einkommensgruppen und Quellen des Lebensunterhalts

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2001 nach Betriebsgrößenklassen

Einige Aspekte des Baugewerbes in Hessen

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

## Inhalt

### Sozialleistungen

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001. Teil 2: Regionale Besonderheiten und Kostenbelastung der Träger. Von *Heinz-Kurt Rompel* 242

### Haushalte

Haushalte und Familien 2001 nach Einkommensgruppen und Quellen des Lebensunterhalts. Von *Siegfried Than* 251

### Verarbeitendes Gewerbe

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2001 nach Betriebsgrößenklassen. Von *Manfred Frosch* 257

Einige Aspekte des Baugewerbes in Hessen. Von *Peter Kammerer* 262

### Landwirtschaft

Baumobstanbauerhebung in Hessen 2002. Von *Jörg Führer* 270

### Umwelt

Verwertung von Abfällen in übertägigen Abbaustätten im Jahr 2001. Von *Dr. Anne-Katrin Wincierz* 275

### Sozialleistungen

525 000 schwerbehinderte Menschen in Hessen. Von *Heinz-Kurt Rompel* 277

### Ganz kurz...

279

### Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

280

### Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit. . . . . 281

Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung. . . . . 282

Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe. . . . . 283

Außenhandel, Tourismus, Verkehr. . . . . 284

Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise . . . . . 285

Steuern, Verdienste. . . . . 286

### Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4

## Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)  
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002  
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890  
E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) — Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (zuzüglich Versandkosten)  
Digital: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 38,50 Euro (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

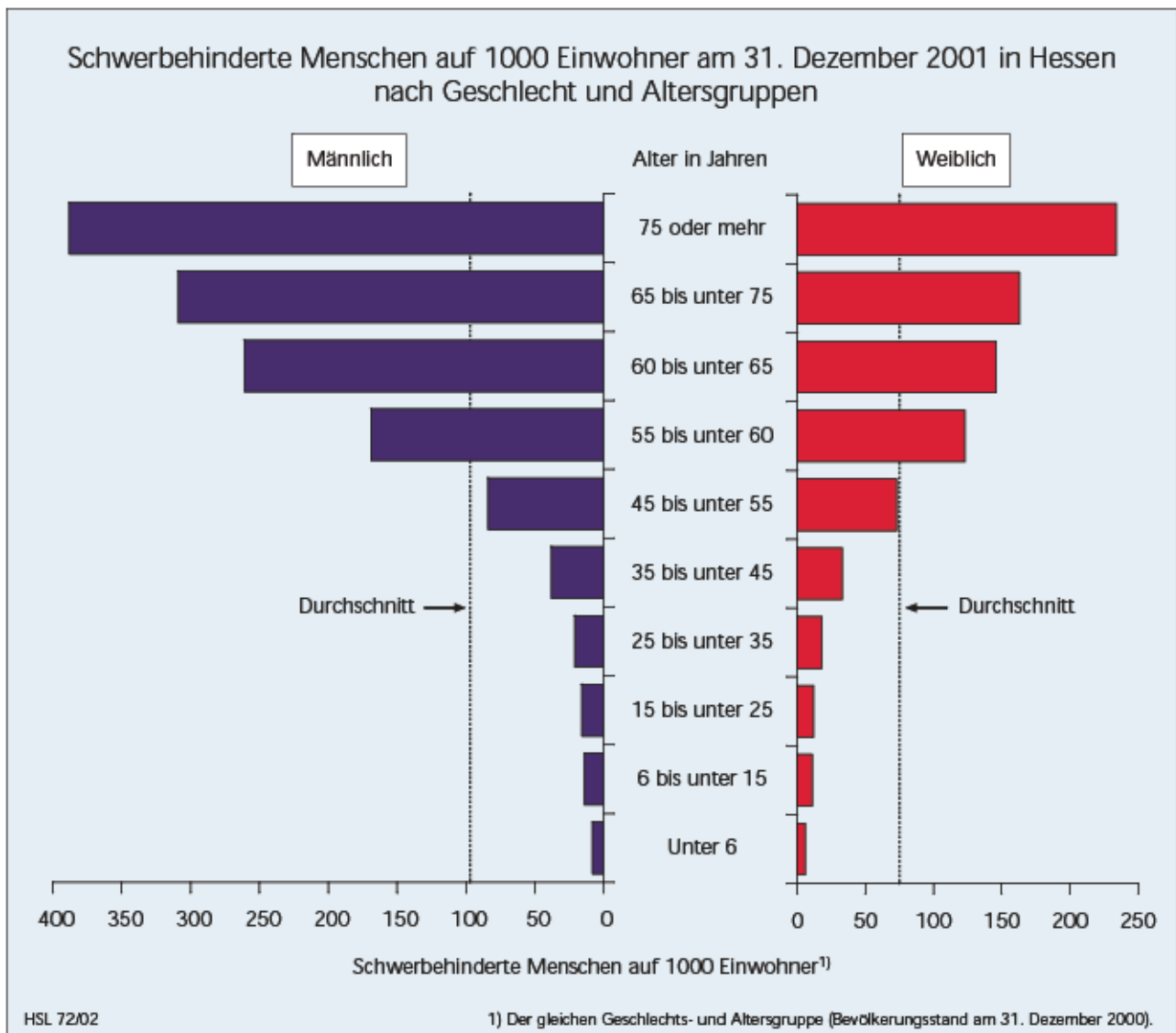
## Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

## Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.  
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.  
· = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.  
... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.  
( ) = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.  
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.  
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).  
D = Durchschnitt.  
s = geschätzte Zahl.  
p = vorläufige Zahl.  
r = berichtigte Zahl.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen



## Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001

### Teil 2: Regionale Besonderheiten und Kostenbelastung der Träger

*In 18 der 21 hessischen Landkreise und in zwei der fünf kreisfreien Städte wurden am Jahresende 2001 weniger Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) gezählt als ein Jahr davor, sodass im Durchschnitt der Landkreise ihre Zahl um fast 3 % niedriger war, während sie bei den kreisfreien Städten nahezu unverändert blieb. Die Verteilung auf die Kreise blieb dabei höchst unterschiedlich: Jeder zehnte Einwohner der kreisfreien Stadt Kassel, aber nur jeder 50. im Main-Taunus-Kreis und im Odenwaldkreis bezogen im Jahr 2001 Sozialhilfe. Die finanzielle Belastung der Kommunen wird aber nicht allein von der Zahl der Hilfeempfänger bestimmt, sondern von einer ganzen Reihe struktureller Besonderheiten. Beispielhaft genannt seien für die HLU-Empfänger Ausländerquoten zwischen 12 und 48 % — zum Teil in Verbindung mit höheren Anteilen männlicher Empfänger — oder für die Bedarfsgemeinschaften Anteile von Einzelpersonen zwischen 29 und 57 % bzw. von Alleinerziehenden zwischen 16 und 30 %, mit Auswirkungen auf die Durchschnittsgröße der Haushalte bzw. auf die Anteile von Minderjährigen. Entsprechend unterschiedlich waren auch die Leistungen, die den Bedarfsgemeinschaften monatlich gewährt wurden. Der landesweit ermittelte Bruttobedarf in Höhe von etwas über 860 Euro je Bedarfsgemeinschaft schwankte regional zwischen 750 und 940 Euro. Die Bruttokaltmieten bewegten sich zwischen 180 und rund 360 Euro und die angerechneten Einkommen zwischen 300 und 540 Euro. Daraus errechneten sich Nettoansprüche zwischen 325 Euro im Vogelsbergkreis und fast 530 Euro in Frankfurt am Main. Bei in den meisten Fällen gestiegenen Nettoausgaben waren die kreisfreien Städte — bezogen auf ihre Einwohner — im Durchschnitt fast dreimal so stark durch die Sozialhilfe belastet wie die Landkreise. An der Spitze standen dabei Frankfurt am Main und Kassel mit jeweils rund 420 Euro, am Ende der Odenwaldkreis mit nicht einmal 90 Euro je Einwohner. Bezieht man die HLU-Ausgaben im Jahr 2001 auf die Empfänger am Jahresende, so lagen die jährlichen Kosten für einen Hilfeempfänger zwischen 2800 Euro in einigen nordhessischen Landkreisen sowie 4400 Euro in Frankfurt am Main, dem allerdings der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit 4200 Euro kaum nachstand.*

#### Vorbemerkungen

Nachdem im letzten Heft dieser Zeitschrift ein Überblick über die Entwicklung und die Struktur der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und der Bedarfsgemeinschaften auf Landesebene gegeben wurde<sup>1)</sup>, sollen diesmal einige der vielen regionalen Aspekte behandelt werden. Im Blickpunkt stehen dabei vor allem die unterschiedliche Verteilung von HLU-Empfängern innerhalb des Landes bis zur Gemeindeebene, die örtlich verschiedenartige Struktur von Empfängern und Bedarfsgemeinschaften sowie die im Wesentlichen daraus resultierende Höhe der Leistungen. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass aus der Fülle des Materials der Individualerhebung zum Stichtag am Jahresende<sup>2)</sup> nur ein relativ kleiner, überschaubarer Teil von Daten für die Tabellen ausgewählt werden konnte, schwerpunktmäßig im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen für die Träger. Dementsprechend beschränkt sich auch die Kommentierung auf wenige wesentliche Gesichtspunkte und regionale Besonderheiten.

1) Vgl. „Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001, Teil 1: Entwicklung und Struktur auf Landesebene“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 8, August 2002, S. 201 ff.

2) Weiteres ausführliches Tabellenmaterial enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 2001 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“; neben den darin bereits enthaltenen Regionalergebnissen können auf Anforderung Tabellen mit fast sämtlichen Gliederungsmerkmalen auch für kreisfreie Städte und Landkreise bereitgestellt werden.

3) Zu den Landesergebnissen vgl. „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2001“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 7, Juli 2002, S. 181 ff.

Daneben sind die wichtigsten Ergebnisse der eigenständigen Ausgabenstatistik für die einzelnen örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Landkreise) sowie den überörtlichen Träger (Landeswohlfahrtsverband) tabellarisch dargestellt und kurz beschrieben<sup>3)</sup>. Sämtliche Kosten und Ausgaben für 2001 sind — unabhängig von der Währungsangabe in den Erhebungsformularen bzw. den maschinell gelieferten Datensätzen — in Euro ausgewiesen. Auch die im ersten Teil der Berichterstattung noch zu niedrig angegebenen Monatsbeträge aus den Individualbelegen konnten zwischenzeitlich zumindest in den Kreissummen so korrigiert werden, dass nun plausible Daten für sämtliche Verwaltungsbezirke vorliegen. Es handelt sich dabei allerdings ausschließlich um die Beträge für den jeweiligen Durchschnitt sämtlicher Bedarfsgemeinschaften; die Beträge für deren vielfältige Untergliederungen können erst nach Korrekturen im Einzelmateriale errechnet werden.

#### Kreisfreie Städte weiterhin stärker betroffen

Gegenüber dem Vorjahr sind die Empfängerzahlen in den weitaus meisten der 26 hessischen Verwaltungsbezirke nochmals zurückgegangen. Lediglich für sechs Bezirke wurden Zunahmen gemeldet, und zwar für die kreisfreien Städte Frankfurt am Main, Wiesbaden und Offenbach am Main sowie für den Werra-Meißner-Kreis, den Main-Kinzig-Kreis und den Odenwaldkreis. Die Zuwachsrate lag — jeweils in

der genannten Reihenfolge — in diesen kreisfreien Städten zwischen 0,5 und 2,4 %, in den drei Landkreisen zwischen 1,6 und 3,5 %. Auf der anderen Seite schwankte die Abnahmerate zwischen 0,1 % in der kreisfreien Stadt Kassel und fast 9 % im Vogelsbergkreis. Weit über dem Durchschnitt lag sie mit Werten zwischen – 8 und – 5 % auch in der kreisfreien Stadt Darmstadt, den Landkreisen Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, Limburg-Weilburg, Hersfeld-Rotenburg und Gießen sowie dem Hochtaunuskreis. Auf der Ebene der Regierungsbezirke war der Rückgang in Mittelhessen mit über 4 % dreieinhalb mal so hoch wie in Nord- und Südhessen mit jeweils 1,2 %. Gegenüber 1994, dem ersten Jahr der neuen Sozialhilfestatistik, wurden Ende 2001 für 13 Landkreise und zwei kreisfreie Städte höhere Empfängerzahlen gemeldet, obwohl sich seit damals der Kreis der Anspruchsberechtigten nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) um die Bürgerkriegsflüchtlinge verringert hat<sup>4)</sup>. Ursache dafür könnten zum Teil Untererfassungen im Rahmen der Umstellung der Statistik gewesen sein.

Trotz aller Veränderungen hat sich die Gesamtverteilung nur relativ wenig verschoben. Von den insgesamt knapp 230 000 Personen, die Ende 2001 in Hessen Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, lebten 138 000 in den 21 Landkreisen und 91 400 in den fünf kreisfreien Städten. Damit entfielen auf diese wenigen hessischen Großstädte nahezu unverändert zwei Fünftel aller HLU-Empfänger. Sie waren demnach im Durchschnitt mit 67 Sozialhilfeempfängern auf 1000 Einwohner mehr als doppelt so stark betroffen wie die Landkreise mit lediglich 29. Mit Abstand am meisten belastet war weiterhin die kreisfreie Stadt Kassel (99), vor Offenbach am Main (83) und der Landeshauptstadt Wiesbaden (72). Von den Landkreisen blieben — bei teilweise leicht rückläufigen Werten — der Landkreis Gießen (41) und der Schwalm-Eder-Kreis (39) am weitesten über dem Durchschnitt, während die Situation im Main-Taunus-Kreis (19) und im Odenwaldkreis (21) nach wie vor am günstigsten war. Das bei den Landkreisen zu beobachtende relativ deutliche Nord-Süd-Gefälle blieb somit fast unverändert erhalten.

Das wird auch bei einem Blick auf die beiden kartografischen Darstellungen dieser Messzahl für die hessischen Kreise und Gemeinden auf den Seiten 246 und 247 erkenntlich. Von den 56 mit rötlichen Farbabstufungen unterlegten Gemeinden, deren Werte in unterschiedlicher Höhe den Landesdurchschnitt übertrafen, lagen 24 im Regierungsbezirk Kassel, 12 im Regierungsbezirk Gießen und 20 im Regierungsbezirk Darmstadt. Bei Letzterem entfiel — neben den vier kreisfreien Städten — die Hälfte dieser Gemeinden allein auf den Wetteraukreis, sodass ansonsten nur noch einige „soziale Brennpunktorte“ betroffen waren. Alle diese Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Empfängerichte kamen zusammen auf einen Anteil von 38 % der hessischen Einwohner, darun-

4) Durch das „Erste Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I S. 1130) wurden die Bürgerkriegsflüchtlinge mit den Asylbewerbern gleichgestellt.

5) Diese Merkmalsausprägung wird bei der Sozialhilfestatistik nicht erhoben, sodass dieser Personenkreis bei den deutschen Hilfeempfängern enthalten ist.

ter allein die Großstädte auf 22 %. Auf sie konzentrierten sich jedoch fast zwei Drittel sämtlicher HLU-Empfänger in Hessen. Neben den zuvor bereits erwähnten 91 400 Personen in den fünf kreisfreien Städten kamen noch weitere 59 000 aus 51 anderen Städten und Gemeinden dazu, die meist über 10 000 Einwohner hatten (lediglich 16 von ihnen waren kleiner). Von ihnen fielen in die Kategorie mit über 70 HLU-Empfängern auf 1000 Einwohner, also die gleiche wie die der drei zuvor genannten am stärksten belasteten kreisfreien Städte, die Kreisstadt Gießen im gleichnamigen Landkreis, die Stadt Dietzenbach im Landkreis Offenbach, die frühere Kreisstadt Hofgeismar im heutigen Landkreis Kassel sowie neuerdings die Gemeinde Hirzenhain im Wetteraukreis mit ihren lediglich 3000 Einwohnern. Um die Ursachen — nicht nur bei diesen Gemeinden — im Einzelnen bewerten und gegebenenfalls Ansätze für Verbesserungen finden zu können, sind neben tiefer gegliederten Daten der Sozialhilfestatistik in der Regel Zusatzkenntnisse der jeweiligen örtlichen Verhältnisse erforderlich, wie z. B. über die Höhe des Ausländeranteils an der Bevölkerung oder eine eventuelle Unterbringung von Spätaussiedlern<sup>5)</sup>, Firmenschließungen mit größeren Arbeitsplatzverlusten oder generell über die wirtschaftliche Situation.

In 370 oder 87 % der 426 hessischen Gemeinden lag dagegen die Empfängerichte unter dem Landesdurchschnitt. Darunter befanden sich 175 Gemeinden mit weniger als 20 HLU-Empfängern auf 1000 Einwohner, also höchstens der Hälfte der landesweiten Quote. In den Größenklassen von 20 bis unter 30 bzw. von 30 bis unter 40 HLU-Empfängern waren 132 bzw. 63 Gemeinden angesiedelt. Auch hierbei waren gegenüber dem Vorjahr nur ganz geringfügige Verschiebungen zwischen den einzelnen Größenklassen zu beobachten.

### **Beträchtliche Unterschiede der Empfängerstruktur, . . .**

Regionale Unterschiede sind weiterhin nicht nur bei der Verteilung, sondern auch bei der Struktur der HLU-Empfänger zu beobachten. Vor allem bei Ausländeranteilen, Altersgliederung und arbeitslos Gemeldeten erreichen sie ein teilweise beträchtliches Ausmaß, was sich wegen der komplexen Art der Leistungsberechnung auf die Zahlungen an die Bedarfsgemeinschaften und damit nicht zuletzt auf die finanzielle Belastung der Träger auswirken kann. Zwar waren die Deutschen unter den Hilfeempfängern überall in der Mehrheit, doch waren mit jeweils rund 47 % in Stadt- und Landkreis Offenbach schon fast die Hälfte Nichtdeutsche; im Hochtaunuskreis und in Frankfurt am Main waren es mit 43 % nicht viel weniger. Nur auf etwa ein Viertel des Spitzenwertes kam andererseits der entsprechende Anteil im Vogelsbergkreis und im Werra-Meißner-Kreis. In den meisten nordhessischen Landkreisen lag er bei 20 % oder auch darunter, in den mittelhessischen darüber, im Landkreis Gießen sogar deutlich. In südhessischen Landkreisen waren dagegen bei den HLU-Empfängern Ausländeranteile von 30 bis 40 % die Regel.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> und Bedarfsgemeinschaften

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt												
		insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2000	auf 1000 Einwohner <sup>2)</sup>	Unter den Empfängern waren									
					Deutsche		weiblich		arbeitslos gemeldet		unter 18 Jahre alt		Personen mit Mehrbedarfzuschlägen	
					%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
1 Darmstadt, Wissenschaftst.	6 368	-7,8	46	4 412	69,3	3 527	55,4	1 495	23,5	2 266	35,6	1 120	17,6	
2 Frankfurt am Main, St.	36 353	0,5	57	20 554	56,5	19 579	53,9	8 919	24,5	11 000	30,3	7 880	21,7	
3 Offenbach am Main, St.	9 863	2,4	83	5 233	53,1	5 414	54,9	2 538	25,7	3 629	36,8	1 766	17,9	
4 Wiesbaden, Landeshauptst.	19 589	1,1	72	13 208	67,4	10 910	55,7	4 913	25,1	6 592	33,7	3 182	16,2	
5 Bergstraße	6 683	-2,7	25	4 510	67,5	3 913	58,6	1 210	18,1	2 713	40,6	1 074	16,1	
6 Darmstadt-Dieburg	7 188	-6,9	25	4 757	66,2	4 191	58,3	1 225	17,0	3 072	42,7	1 233	17,2	
7 Groß-Gerau	6 294	-7,7	25	3 772	59,9	3 517	55,9	1 111	17,7	2 525	40,1	974	15,5	
8 Hochtaunuskreis	5 230	-5,7	23	3 002	57,4	2 902	55,5	912	17,4	1 850	35,4	166	3,2	
9 Main-Kinzig-Kreis	12 181	2,2	30	8 482	69,6	7 074	58,1	2 561	21,0	4 556	37,4	2 163	17,8	
10 Main-Taunus-Kreis	4 237	-1,7	19	2 548	60,1	2 426	57,3	813	19,2	1 567	37,0	704	16,6	
11 Odenwaldkreis	2 122	3,5	21	1 547	72,9	1 216	57,3	502	23,7	895	42,2	361	17,0	
12 Offenbach	10 443	-2,2	31	5 477	52,4	5 635	54,0	1 901	18,2	3 987	38,2	1 559	14,9	
13 Rheingau-Taunus-Kreis	4 157	-3,7	22	2 934	70,6	2 341	56,3	596	14,3	1 602	38,5	766	18,4	
14 Wetteraukreis	10 251	-1,3	35	7 287	71,1	5 755	56,1	2 301	22,4	3 917	38,2	1 612	15,7	
15 Reg.-Bez. Darmstadt	140 959	-1,2	38	87 723	62,2	78 400	55,6	30 997	22,0	50 171	35,6	24 560	17,4	
16 Gießen	10 417	-5,2	41	7 241	69,5	5 806	55,7	2 793	26,8	3 916	37,6	1 573	15,1	
17 Lahn-Dill-Kreis	7 611	-0,9	29	5 922	77,8	4 347	57,1	1 991	26,2	2 843	37,4	1 186	15,6	
18 Limburg-Weilburg	5 599	-6,0	32	4 182	74,7	3 218	57,5	1 366	24,4	2 118	37,8	978	17,5	
19 Marburg-Biedenkopf	6 529	-3,0	26	5 038	77,2	3 660	56,1	1 693	25,9	2 320	35,5	1 163	17,8	
20 Vogelsbergkreis	3 587	-8,8	30	3 147	87,7	1 984	55,3	1 002	27,9	1 308	36,5	529	14,7	
21 Reg.-Bez. Gießen	33 743	-4,4	32	25 530	75,7	19 015	56,4	8 845	26,2	12 505	37,1	5 429	16,1	
22 Kassel, documenta-St.	19 210	-0,1	99	12 701	66,1	10 501	54,7	5 481	28,5	6 445	33,6	2 972	15,5	
23 Fulda	6 970	-1,5	32	5 481	78,6	4 057	58,2	1 644	23,6	2 586	37,1	1 072	15,4	
24 Hersfeld-Rotenburg	3 995	-5,9	31	3 168	79,3	2 255	56,4	1 012	25,3	1 420	35,5	636	15,9	
25 Kassel	8 019	-1,3	33	6 405	79,9	4 599	57,4	1 818	22,7	3 180	39,7	1 235	15,4	
26 Schwalm-Eder-Kreis	7 592	-1,6	39	6 171	81,3	4 289	56,5	1 947	25,6	2 889	38,1	1 028	13,5	
27 Waldeck-Frankenberg	4 907	-2,8	29	4 024	82,0	2 781	56,7	1 277	26,0	1 867	38,0	706	14,4	
28 Werra-Meißner-Kreis	3 949	1,6	35	3 461	87,6	2 225	56,3	1 001	25,3	1 392	35,2	639	16,2	
29 Reg.-Bez. Kassel	54 642	-1,2	43	41 411	75,8	30 707	56,2	14 180	26,0	19 779	36,2	8 288	15,2	
30 Land Hessen davon	229 344	-1,7	38	154 664	67,4	128 122	55,9	54 022	23,6	82 455	36,0	38 277	16,7	
31 kreisfreie Städte	91 383	0,1	67	56 108	61,4	49 931	54,6	23 346	25,5	29 932	32,8	16 920	18,5	
32 Landkreise	137 961	-2,8	29	98 556	71,4	78 191	56,7	30 676	22,2	52 523	38,1	21 357	15,5	

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Stand am 31. Dezember 2001. — 3) Mit einer Bezugsdauer von 3 oder mehr Jahren. — 4) Anteil am Bruttobedarf.

Die Differenzen in der Altersstruktur, vor allem zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen, blieben ebenfalls bestehen. Die einzelnen regionalen Einheiten beider genannten Gruppen bewegten sich hinsichtlich des Anteils der Minderjährigen zwar meist in der Nähe ihrer Durchschnittswerte von 33 bzw. 38 %, doch gab es Abweichungen nach oben bis zu Anteilen von 42 oder gar 43 % im Odenwaldkreis bzw. im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie nach unten bis zu einem 30%-Anteil in Frankfurt am Main. Dieser niedrige Wert für Hessens größte Stadt schlägt letztlich bis auf das Landesergebnis von 36 % durch, zumal auch in den übrigen kreisfreien Städten in Korrelation zu der dort höheren Zahl der — erwachsenen — Alleinstehenden unter den Hilfeempfängern relativ seltener Kinder zu finden waren. Im Prinzip gilt dieser Sachverhalt analog auch bei anderen Merkmalen, weil allein in Frankfurt ein Sechstel aller hessischen HLU-Empfänger lebte und damit die

dortigen Verhältnisse maßgebenden Einfluss auf das Gesamtergebnis hatten.

Die Verteilung auf männliche und weibliche Hilfeempfänger entsprach allerdings, bei einer relativ geringen Schwankungsbreite der Frauenanteile zwischen 54 % in Frankfurt am Main und im Landkreis Offenbach und knapp 59 % im Landkreis Bergstraße, in den meisten Fällen etwa dem Gesamtdurchschnitt von rund 56 %, wobei in den Landkreisen die Frauen unter den Empfängern in der Regel etwas stärker repräsentiert waren als in den Großstädten.

Anders sah dies wiederum bei den Anteilen der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger aus, deren Anzahl gegenüber 2000 durchweg gestiegen ist. In den kreisfreien Städten und in nahezu allen nord- und mittelhessischen Landkreisen lagen sie — bezogen auf die Gesamtzahl der Empfänger, also

am 31. 12. 2001 nach ausgewählten Merkmalen und nach Verwaltungsbezirken

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt																Lfd. Nr.
insgesamt	rechnerische Durchschnittsgröße	Unter den Bedarfsgemeinschaften waren						Durchschnittliche monatliche Beträge je Bedarfsgemeinschaft								
		Einzelpersonen		allein erziehende Frauen		Langzeitbezieher <sup>3)</sup>		Bruttobedarf	darunter anerkannte Bruttokaltmiete			angerechnetes Einkommen		Nettoanspruch		
		Personen	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		%	Euro	% <sup>4)</sup>	% <sup>5)</sup>	Euro	% <sup>4)</sup>	Euro	
3 435	1,85	1 599	46,6	774	22,5	1 619	47,1	859	301	35,0	72,5	444	51,7	415	48,3	1
21 670	1,68	12 302	56,8	3 393	15,7	10 895	50,3	830	346	41,7	65,7	303	36,5	527	63,5	2
5 172	1,91	2 271	43,9	991	19,2	2 692	52,0	901	339	37,6	73,1	438	48,6	464	51,5	3
10 779	1,82	5 290	49,1	2 269	21,1	5 328	49,4	898	362	40,3	72,8	401	44,7	497	55,3	4
3 418	1,96	1 245	36,4	823	24,1	547	16,0	819	272	33,2	62,4	383	46,8	436	53,2	5
3 359	2,14	1 106	32,9	1 003	29,9	1 320	39,3	930	321	34,5	75,4	504	54,2	426	45,8	6
2 925	2,15	1 030	35,2	738	25,2	1 095	37,4	929	332	35,7	67,8	439	47,3	490	52,7	7
2 715	1,93	1 162	42,8	562	20,7	655	24,1	921	358	38,9	79,9	473	51,4	448	48,6	8
6 183	1,97	2 470	39,9	1 528	24,7	2 334	37,7	891	322	36,1	72,2	445	49,9	446	50,1	9
2 121	2,00	848	40,0	485	22,9	918	43,3	937	348	37,1	72,2	455	48,6	482	51,4	10
1 017	2,09	320	31,5	304	29,9	373	36,7	863	282	32,7	69,8	459	53,2	404	46,8	11
5 007	2,09	1 957	39,1	994	19,9	2 047	40,9	903	318	35,2	71,8	460	50,9	443	49,1	12
1 954	2,13	700	35,8	526	26,9	643	32,9	924	319	34,5	82,4	537	58,1	387	41,9	13
5 094	2,01	1 771	34,8	1 169	22,9	2 132	41,9	886	312	35,2	71,7	451	50,9	435	49,1	14
74 849	1,88	34 071	45,5	15 559	20,8	32 598	43,6	877	333	38,0	70,1	402	45,8	475	54,2	15
5 338	1,95	2 028	38,0	1 077	20,2	2 406	45,1	839	272	32,4	64,5	417	49,7	422	50,3	16
3 758	2,03	1 261	33,6	891	23,7	1 477	39,3	846	256	30,3	61,7	431	50,9	415	49,1	17
2 783	2,01	819	29,4	636	22,9	983	35,3	861	272	31,6	63,8	434	50,5	426	49,5	18
3 452	1,89	1 321	38,3	729	21,1	1 311	38,0	787	242	30,7	60,8	389	49,4	398	50,6	19
1 806	1,99	593	32,8	371	20,5	725	40,1	775	213	27,5	65,5	450	58,1	325	41,9	20
17 137	1,97	6 022	35,1	3 704	21,6	6 902	40,3	827	256	31,0	63,1	421	50,9	406	49,1	21
10 315	1,86	4 789	46,4	1 945	18,9	4 139	40,1	911	280	30,7	55,2	405	44,4	507	55,6	22
3 416	2,04	1 128	33,0	808	23,7	633	18,5	852	256	30,0	69,8	485	56,9	367	43,1	23
1 955	2,04	707	36,2	410	21,0	723	37,0	818	237	28,9	55,3	391	47,8	428	52,4	24
3 989	2,01	1 337	33,5	990	24,8	1 220	30,6	823	248	30,2	65,5	444	53,9	379	46,1	25
3 693	2,06	1 109	30,0	795	21,5	1 211	32,8	806	219	27,2	53,3	395	49,0	411	51,0	26
2 418	2,03	855	35,4	560	23,2	772	31,9	800	219	27,4	57,4	419	52,3	381	47,7	27
2 145	1,84	846	39,4	422	19,7	662	30,9	755	184	24,4	45,2	348	46,1	407	53,9	28
27 931	1,96	10 771	38,6	5 930	21,2	9 360	33,5	849	249	29,3	57,2	415	48,9	435	51,2	29
119 917	1,91	50 864	42,4	25 193	21,0	48 860	40,7	863	303	35,1	66,4	408	47,3	456	52,8	30
51 371	1,78	26 251	51,1	9 372	18,2	24 673	48,0	869	331	38,1	65,8	367	42,2	503	57,9	31
68 546	2,01	24 613	35,9	15 821	23,1	24 187	35,3	859	280	32,6	66,5	438	51,0	421	49,0	32

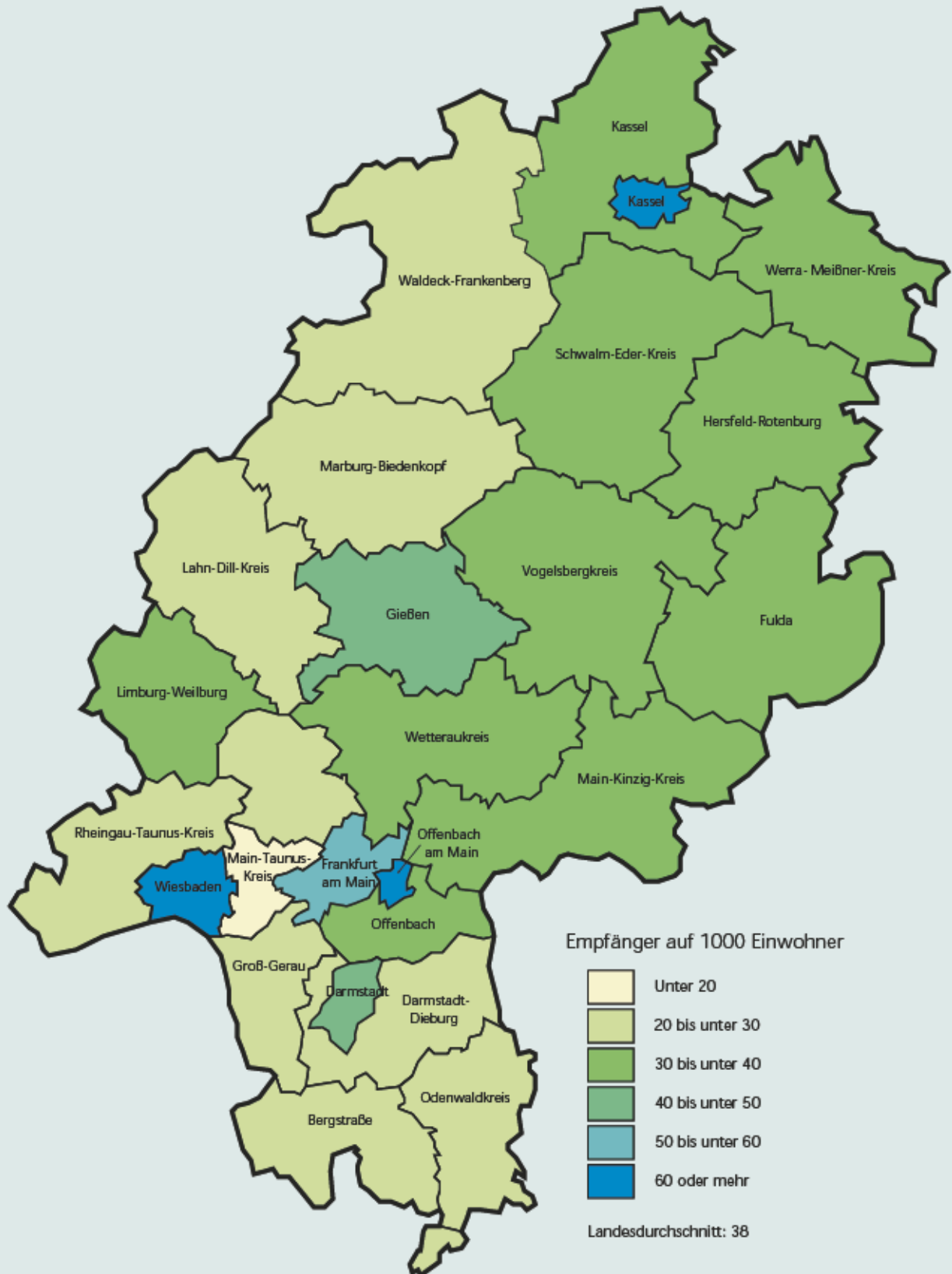
— 5) Anteil am Nettoanspruch.

einschl. Kindern und Personen im Rentenalter — bei einem Viertel oder darüber. Der Spitzenwert von jeweils rund 28 % wurde für die kreisfreie Stadt Kassel und den Vogelsbergkreis ermittelt. Er war immerhin doppelt so hoch wie der niedrigste Wert, der für den Rheingau-Taunus-Kreis gemeldet wurde. Weitere sechs südhessische Landkreise blieben mehr oder weniger deutlich unter 20 %, sodass letztlich in der Summe der Anteil von arbeitslos gemeldeten HLU-Empfängern in den kreisfreien Städten mit reichlich 25 % um gut 3 Prozentpunkte höher war als in den Landkreisen. Damit lebten insgesamt 57 % dieser Personen in den Landkreisen, aber 43 % in den kreisfreien Städten.

In nahezu der gleichen Weise waren die landesweit 38 300 Personen — also jeder 6. HLU-Empfänger — verteilt, denen infolge besonderer, erschwerender Lebensumstände so genannte „Mehrbedarfszuschläge“ gezahlt wurden. Bei der

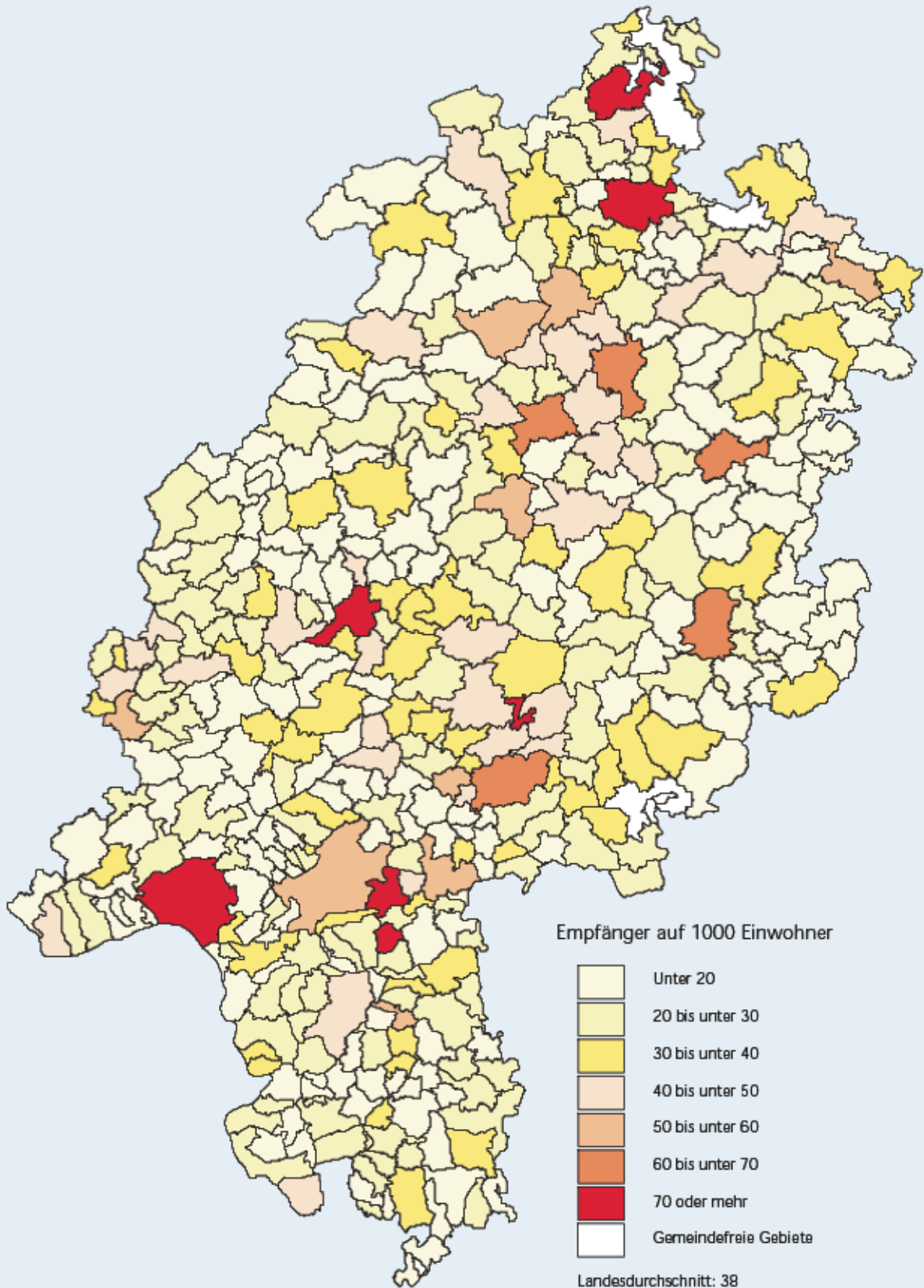
Hälfte dieser Fälle handelte es sich um Alleinerziehende mit entsprechender Konstellation der Kinder (abhängig von Anzahl und Alter), sodass für drei Viertel aller Alleinerziehenden dieser Mehrbedarf anerkannt wurde. Weitere statistisch nennenswerte Gruppen sind ältere Menschen, die fremde Hilfe benötigen (rund 10 000 Fälle oder 26 %), sowie Personen, die auf Krankenkost angewiesen sind (5200 Fälle oder reichlich 13 %). Am häufigsten waren Mehrbedarfszuschläge in Frankfurt am Main mit einem Anteil von fast 22 %, ansonsten lagen die Anteile meist zwischen 15 und 17 %, nur im Schwalm-Eder-Kreis etwas unter 14 %. Die außerordentlich geringe Anzahl im Hochtaunuskreis ist eigentlich nur durch eine fehlende Markierung der entsprechenden Belege zu erklären. Bei einer Ausrichtung am Landesdurchschnitt ergäben sich für die Alleinerziehenden — auch wenn sie hier mit einem Anteil von weniger als 21 % aller Bedarfsgemein-

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt auf 1000 Einwohner  
in Hessen am 31.12. 2001 nach Verwaltungsbezirken





# Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt auf 1000 Einwohner in den hessischen Gemeinden am 31.12. 2001



schaften<sup>6)</sup> deutlich seltener waren als in anderen Landkreisen — schon weit über 400 Fälle, die Anspruch auf einen Mehrbedarfzuschlag hätten.

### ... aber auch der Bedarfsgemeinschaften

Auf der anderen Seite stellen die Alleinerziehenden<sup>7)</sup> mit Anteilen zwischen 16 % in Frankfurt am Main und 30 % im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie im Odenwaldkreis durchgehend in allen Verwaltungsbezirken die zweitgrößte Gruppe unter den Bedarfsgemeinschaften, allerdings in der Regel mit weitem Abstand hinter den allein lebenden Personen. Dabei wirkt sich ein höherer Anteil von Alleinerziehenden eher kostendämpfend aus, weil einerseits die Fixkosten, vor allem in Form der Miete, auf mehrere Personen verteilt werden und lediglich eine Person den vollen Regelsatz für den Haushaltsvorstand (rd. 280 Euro) erhält. Andererseits wird in weit über 90 % der Fälle die Sozialhilfe nur zusätzlich zu weiteren Einkünften, wie Kindergeld, privaten Unterhaltsleistungen oder Wohngeld, gewährt. Umgekehrt verhält es sich bei den Alleinstehenden, vor allem wenn sich unter ihnen — wie in Frankfurt am Main — ein hoher Anteil von Nichtdeutschen (meist Männern) befindet, die über keinerlei anzurechnende Einkünfte verfügen, wie sie ein weiterer größerer Teil der Alleinstehenden, nämlich die älteren Frauen, teilweise durch eine, wenn auch häufig nicht ausreichende, Rente besitzt. Insofern haben die Differenzen zwischen den kreisfreien Städten mit durchschnittlich über der Hälfte von Einzelpersonen und den Landkreisen mit lediglich einem guten Drittel nicht unbeträchtliche Auswirkungen auf die Kosten. Während bei den Städten der niedrigste Anteil von Einzelpersonen in Offenbach am Main mit 44 % und der höchste in Frankfurt am Main mit 57 % ermittelt wurde, lag er in den Landkreisen zwischen rund 30 % im Landkreis Limburg-Weilburg und im Schwalm-Eder-Kreis sowie 43 % im Hochtaunuskreis. Diese Verteilung führte dazu, dass in fast allen Landkreisen die Durchschnittsgröße einer Bedarfsgemeinschaft bei zwei Personen oder darüber lag, in den kreisfreien Städten aber mehr oder weniger deutlich darunter, in Frankfurt rechnerisch sogar nicht einmal 1,7 Personen erreichte. Zusätzlich zu den in den Städten häufiger zu zahlenden Fixkosten und vollen Regelsätzen führten die dort meist höheren Grundmieten — ohne Berücksichtigung der Haushaltsgröße — noch zu einer weiteren Kostensteigerung.

Ein weiterer Aspekt, der zwar keinen direkten Einfluss auf die aktuellen Kosten hat, aber für die künftige Entwicklung von Interesse sein kann, ist die bisherige Bezugsdauer der Sozialhilfe, da beispielsweise eine (Wieder-) Eingliederung in das

Berufsleben nach längerer Zeit immer schwieriger bzw. ab einem bestimmten Alter unmöglich wird. Auch hier zeigten sich bei den kreisfreien Städten gegenüber den Landkreisen die eindeutig schlechteren Voraussetzungen: Fast jede zweite Bedarfsgemeinschaft gehörte zu den Langzeitbeziehern, das heißt, dass mindestens ein Haushaltsmitglied bereits drei Jahre oder länger Sozialhilfe bezog, in den Landkreisen dagegen nur gut jede dritte. Dabei gab es natürlich ebenfalls eine recht große Spanne zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken, und zwar bei den Städten von 40 % in Kassel bis zu 52 % in Offenbach und von weniger als 20 % in den Landkreisen Bergstraße und Fulda bis zu 45 % im Landkreis Gießen. Da ansonsten die Werte meist deutlich über 30 % lagen, muss man aber in Erwägung ziehen, dass die beiden genannten niedrigsten Anteile nicht korrekt sind, weil möglicherweise bei der Umstellung von Meldeverfahren frühere Bezugszeiten nicht berücksichtigt wurden.

### Über 450 Euro monatlicher Nettoanspruch

Für eine durchschnittliche Bedarfsgemeinschaft wurde im Jahr 2001 in Hessen — bei einer im Einzelfall beträchtlichen Schwankungsbreite in Abhängigkeit von der Größe und Zusammensetzung — ein monatlicher Bruttobedarf in Höhe von etwas über 860 Euro errechnet. Dieser Landesdurchschnitt, den der Odenwaldkreis genau erreichte, wurde in drei kreisfreien Städten, nämlich Kassel, Offenbach am Main und Wiesbaden, sowie sämtlichen weiteren südhessischen Landkreisen außer Bergstraße übertroffen. Unter den kreisfreien Städten lag Frankfurt am Main infolge seiner besonderen Haushaltsstruktur mit 830 Euro am niedrigsten, während im Werra-Meißner-Kreis, im Vogelsbergkreis und im Landkreis Marburg-Biedenkopf deutlich weniger als 800 Euro Bruttobedarf anfielen. In der Summe von kreisfreien Städten und Landkreisen ergab sich aber lediglich eine Differenz von 10 Euro.

Der größte Teil des Bruttobedarfs entfiel mit annähernd zwei Dritteln naturgemäß auf die Regelsätze einschl. eventueller Mehrbedarfzuschläge, aber die Bruttokaltmiete kam im Durchschnitt mit 300 Euro immerhin auf einen Anteil von 35 %. Das Mietengefälle zwischen den Städten und den Landkreisen wird aus der Tabelle ebenso deutlich wie das zwischen Süd- und Nordhessen. Bei Monatsbeträgen zwischen gut 180 Euro und rund 360 Euro schwankt der Anteil der Mietkosten am Bruttobedarf zwischen einem knappen Viertel im Werra-Meißner-Kreis und gut zwei Fünfteln in Frankfurt am Main und Wiesbaden, dicht gefolgt vom Hochtaunuskreis. Einkommen aus anderen öffentlichen Quellen, wie Renten, Kindergeld, Wohngeld, aber auch aus Erwerbstätigkeit oder privaten Unterhaltszahlungen, besaßen über acht von zehn Bedarfsgemeinschaften. Derartige Einkünfte werden selbstverständlich berücksichtigt und zur Berechnung des Nettoanspruchs vom Bruttobedarf abgezogen. Sie bewegten sich im Jahr 2001 zwischen 300 Euro in Frankfurt

6) Eine Bedarfsgemeinschaft ist die Gruppe von zusammen lebenden Personen, für die der Sozialhilfebedarf auf der Basis von Regelsätzen und ggf. Mehrbedarfzuschlägen ermittelt wird; sie entspricht in etwa einem Haushalt, allerdings ohne volljährige Kinder, die als eigene Bedarfsgemeinschaft gelten.

7) Die landesweit 850 allein erziehenden männlichen HLU-Empfänger haben mit einem Anteil von weniger als 1 % der Bedarfsgemeinschaften nur eine untergeordnete Bedeutung und sind deshalb in den Regionalergebnissen nicht berücksichtigt.

## Sozialhilfeaufwand in Hessen 2001 nach Trägern und nach ausgewählten Hilfearten

Träger	Bruttoausgaben	Einnahmen		Reine Ausgaben			darunter für					
		insgesamt	Anteil an den Bruttoausgaben	insgesamt	je Einwohner <sup>1)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (-) <sup>2)</sup>	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen		Hilfe zur Pflege insgesamt <sup>3)</sup>		Krankenhilfe insgesamt <sup>4)</sup>	
							1000 Euro	%	1000 Euro	%	1000 Euro	%
Darmstadt, Wissenschaftsst.	35 337,2	2 720,8	7,7	32 616,4	236	3,2	23 197,2	71,1	4 823,8	14,8	2 836,7	8,7
Frankfurt am Main, St.	319 122,1	47 976,3	15,0	271 145,9	421	13,2	158 954,4	58,6	61 570,8	22,7	33 125,3	12,2
Offenbach am Main, St.	51 620,4	4 078,4	7,9	47 541,9	401	-2,1	36 075,5	75,9	4 769,6	10,0	4 147,4	8,7
Wiesbaden, Landeshauptst.	105 776,5	13 632,2	12,9	92 144,3	341	1,2	71 066,4	77,1	9 673,3	10,5	7 141,5	7,8
Bergstraße	31 560,1	3 535,4	11,2	28 024,7	106	5,1	19 631,8	70,1	3 706,7	13,2	2 799,0	10,0
Darmstadt-Dieburg	35 215,6	2 839,2	8,1	32 376,5	113	1,7	22 597,8	69,8	3 893,7	12,0	2 621,7	8,1
Groß-Gerau	37 705,6	7 856,7	20,8	29 848,8	119	-5,5	20 312,5	68,1	3 460,7	11,6	2 818,1	9,4
Hochtaunuskreis	27 148,1	2 348,9	8,7	24 799,2	110	-4,6	15 141,2	61,1	3 761,3	15,2	2 416,3	9,7
Main-Kinzig-Kreis	69 301,2	10 938,9	15,8	58 362,3	143	11,8	39 250,1	67,3	7 384,1	12,7	6 181,2	10,6
Main-Taunus-Kreis	27 652,1	2 676,4	9,7	24 975,7	113	-0,7	15 832,4	63,4	3 371,4	13,5	1 794,7	7,2
Odenwaldkreis	10 043,2	1 149,6	11,4	8 893,6	89	8,3	6 285,9	70,7	990,9	11,1	723,1	8,1
Offenbach	46 849,0	4 667,5	10,0	42 181,5	126	-0,0	29 899,7	70,9	5 886,7	14,0	3 729,8	8,8
Rheingau-Taunus-Kreis	26 180,7	2 409,7	9,2	23 771,0	129	4,6	13 916,7	58,5	3 857,7	16,2	2 633,0	11,1
Wetteraukreis	52 537,6	5 842,8	11,1	46 694,8	158	7,6	33 992,3	72,8	4 707,2	10,1	4 120,0	8,8
Reg.-Bez. Darmstadt	876 049,4	112 672,8	12,9	763 376,5	204	5,9	506 153,9	66,3	121 857,9	16,0	77 087,8	10,1
Gießen	55 080,7	4 587,8	8,3	50 493,0	199	-0,8	37 308,9	73,9	4 428,7	8,8	4 027,2	8,0
Lahn-Dill-Kreis	42 327,6	2 806,5	6,6	39 521,1	150	11,6	26 045,1	65,9	4 787,8	12,1	3 037,3	7,7
Limburg-Weilburg	28 442,9	2 078,1	7,3	26 364,9	150	4,9	17 496,2	66,4	3 582,8	13,6	2 293,4	8,7
Marburg-Biedenkopf	45 417,7	3 537,5	7,8	41 880,2	166	2,5	27 489,9	65,6	5 714,3	13,6	2 901,9	6,9
Vogelsbergkreis	16 699,1	1 512,4	9,1	15 186,7	128	6,8	10 883,2	71,7	1 981,6	13,0	784,7	5,2
Reg.-Bez. Gießen	187 968,2	14 522,3	7,7	173 445,8	163	4,1	119 223,2	68,7	20 495,2	11,8	13 044,4	7,5
Kassel, documenta-St.	93 418,7	12 435,2	13,3	80 983,4	416	0,4	59 312,6	73,2	11 253,6	13,9	5 873,6	7,3
Fulda	34 988,3	3 768,9	10,8	31 219,5	143	-1,5	22 273,0	71,3	4 026,6	12,9	2 499,5	8,0
Hersfeld-Rotenburg	20 214,1	1 547,3	7,7	18 666,8	143	-2,1	12 809,5	68,6	2 784,1	14,9	1 833,9	9,8
Kassel	41 501,3	4 550,5	11,0	36 950,8	150	3,2	26 487,0	71,7	5 161,1	14,0	2 690,3	7,3
Schwalm-Eder-Kreis	30 230,9	2 888,1	9,6	27 342,8	141	3,1	21 058,9	77,0	2 276,9	8,3	1 688,9	6,2
Waldeck-Frankenberg	25 339,0	4 577,6	18,1	20 761,4	122	5,7	13 812,4	66,5	3 681,9	17,7	1 553,0	7,5
Werra-Meißner-Kreis	17 993,4	1 669,7	9,3	16 323,7	144	-2,6	11 259,3	69,0	2 521,0	15,4	793,0	4,9
Reg.-Bez. Kassel	263 685,6	31 437,1	11,9	232 248,5	183	0,9	167 012,7	71,9	31 705,3	13,7	16 932,2	7,3
Überörtlicher Träger <sup>5)</sup>	822 781,7	107 053,8	13,0	715 727,9	118	5,6	—	—	50 436,5	7,0	13 059,7	1,8
Hessen insgesamt	2 150 484,8	265 686,1	12,4	1 884 798,7	310	5,0	792 389,9	42,0	224 494,8	11,9	120 124,2	6,4
darunter												
kreisfreie Städte	605 274,9	80 842,9	13,4	524 431,9	384	6,7	348 606,1	66,5	92 091,1	17,6	53 124,6	10,1
Landkreise	722 428,3	77 789,4	10,8	644 638,9	137	3,0	443 783,8	68,8	81 967,2	12,7	53 939,8	8,4

1) Stand am 30. 6. 2001. — 2) Gegenüber 2000. — 3) In und außerhalb von Einrichtungen. — 4) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung. — 5) Landeswohlfahrtsverband.

am Main und fast 540 Euro im Rheingau-Taunus-Kreis. Dabei war das angerechnete Einkommen in den Städten generell etwas niedriger, aber auch dort gab es — wie bei den Landkreisen — beträchtliche Abweichungen nach oben und unten, vor allem wenn man die Einkommensbeträge im Verhältnis zum Bruttobedarf betrachtet: Diese abzuziehenden Summen kamen auf Anteile zwischen 36 und 52 % in den Städten sowie 46 und 58 % in den Landkreisen.

Daraus resultiert letztlich ein monatlicher Nettoanspruch je Bedarfsgemeinschaft von über 450 Euro im Landesdurchschnitt; dieser Betrag, der etwa 53 % des Bruttobedarfs entsprach, blieb im Vergleich zu den Vorjahren nahezu unverändert. Waren schon die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen in ihrer Gesamtheit mit Be-

trägen von über 500 Euro, (entsprechend einem Anteil von 58 %) bzw. mit 420 Euro (49 %) recht erheblich, so klafften sie innerhalb dieser beiden Gruppierungen noch weiter auseinander. Bei den Städten waren sie mit 415 Euro in Darmstadt am niedrigsten und in Frankfurt am Main und Kassel mit 530 bzw. 510 Euro am höchsten. Bei den Landkreisen lag die Spanne sogar zwischen 325 Euro im Vogelsbergkreis und 490 Euro im Landkreis Groß-Gerau. In fünf weiteren Landkreisen wurden weniger als 400 Euro im Monat je Bedarfsgemeinschaft gezahlt. Der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf erreichte einerseits Werte von 48 bis fast 64 %, andererseits von 42 bis 54 %. Beachtet werden sollte in diesem Zusammenhang, dass der größte Teil des Nettoanspruchs, nämlich rund zwei Drittel, von den Haushalten nicht nach Belieben ausgegeben werden kann, sondern auf die Miet-

kosten entfällt. In einigen Gebieten Südhessens lag dieser Anteil sogar bei drei Vierteln oder darüber; nur im Werra-Meißner-Kreis blieb dagegen die Miete unter der Hälfte des Nettoanspruchs.

### **Ausgaben in 17 Kreisen gestiegen**

Nach den Ergebnissen der gesonderten Ausgabenstatistik sind im Jahr 2001 die reinen Ausgaben, also die Bruttoausgaben abzüglich der Einnahmen durch Kostenerstattungen, Beiträge, Rückzahlungen o. Ä., gegenüber dem Vorjahr in vier der fünf kreisfreien Städte und in 13 der 21 Landkreise gestiegen. Dabei fallen besonders die Zuwachsraten von 13 % in Frankfurt am Main und jeweils fast 12 % im Main-Kinzig-Kreis und im Lahn-Dill-Kreis ins Auge. Insgesamt war der Anstieg mit fast 7 % in den Städten mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen mit lediglich 3 %. Auffallend ist auch, dass die Entwicklung der Gesamtausgaben und der HLU-Empfänger nicht selten gegenläufig war, zum Teil in Abhängigkeit von einer besonderen Struktur der Ausgaben. So entfielen zum Beispiel in Frankfurt nur 59 % aller Ausgaben auf Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, aber fast 23 % auf Hilfe zur Pflege und 12 % auf Krankenhilfe im weitesten Sinne. Ähnlich war die Verteilung nur in den drei zum direkten oder näheren Umland der Mainmetropole gehörenden Taunuskreisen, während ansonsten für die HLU Anteile von rund 70 % oder gar darüber die Regel waren. Dementsprechend kam die Hilfe zur Pflege

meist auf Anteile zwischen 12 und 15 % und die Krankenhilfe auf Anteile von 7 bis unter 10 %, allerdings jeweils mit einigen „Ausreißern“ nach beiden Richtungen.

Für die Großstädte war die Ausgabenlast, das heißt die reinen Ausgaben je Einwohner, im Durchschnitt mit 384 Euro fast dreimal so hoch wie für die Landkreise mit 137 Euro. Hier lagen unter den Städten Frankfurt und Kassel mit jeweils rund 420 Euro an der Spitze, unter den Landkreisen Gießen (200 Euro), Marburg-Biedenkopf (knapp 170 Euro) und der Wetteraukreis (160 Euro). Relativ am geringsten belastet waren von den Städten Darmstadt (knapp 240 Euro) und von den Landkreisen der Odenwaldkreis (90 Euro) mit Abstand vor dem Landkreis Bergstraße und dem Hochtaunuskreis (jeweils rund 110 Euro).

Wenn man die HLU-Ausgaben im Jahr 2001 auf die Empfänger am Jahresende bezieht, so lagen — unabhängig von der Entwicklung der Empfängerzahl im Verlauf des Jahres — die jährlichen Kosten für einen Hilfeempfänger zwischen etwa 2800 Euro in einigen nordhessischen Landkreisen, sowie fast 4400 Euro in Frankfurt am Main, dem allerdings der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit 4200 Euro kaum nachstand. Auch unter diesem Aspekt war also die Belastung der kreisfreien Städte mit durchschnittlich 3800 Euro deutlich höher als die der Landkreise mit 3200 Euro, wobei allerdings die Stadt Kassel mit 3100 Euro selbst unter dem Ergebnis der Landkreise blieb. □

## Haushalte und Familien 2001 nach Einkommensgruppen und Quellen des Lebensunterhalts

*Im Jahr 2001 lag das monatliche Nettoeinkommen bei drei Zehnteln aller Haushalte in der oberen Einkommensgruppe von mehr als 2550 Euro. Bei Familien mit Kindern lag dieser Anteil bei über zwei Fünfteln. Im Vergleich zu 1991 betrug der Einkommensanstieg im Durchschnitt aller Haushalte 25 %; er war damit nur leicht höher als die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten. Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 45 bis unter 55 Jahren wiesen das höchste Einkommen auf. Das Erwerbseinkommen als Quelle des Lebensunterhalts hat bei den Männern etwas an Bedeutung verloren, während immer mehr Frauen sich vom eigenen Erwerbseinkommen unterhalten können.*

Im Rahmen der jährlich durchzuführenden Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensus) werden die Haushalte auch nach ihrem monatlichen Einkommen gefragt, zum einen je Person und zum anderen für den Haushalt insgesamt, wobei die Einkommen der Haushaltsmitglieder zusammenzufassen sind. Die Abfrage erfolgt jedoch nicht nach dem „spitzen“ Einkommen, sondern nach jeweils 24 Einkommensklassen<sup>1)</sup>. Im Folgenden werden die Ergebnisse für das Haushaltsnettoeinkommen kommentiert.

### **Fast drei Zehntel der Haushalte mit Nettoeinkommen von mehr als 2550 Euro**

Im Jahr 2001 mussten fast drei Zehntel der rund 2 830 000 Haushalte in Hessen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1300 Euro auskommen. Gut zwei Fünftel der Haushalte verfügten über ein Einkommen zwischen 1300 und 2550 Euro, und knapp drei Zehntel hatten ein Monatseinkommen von mehr als 2550 Euro, darunter ein Zehntel von mehr als 3850 Euro<sup>2)</sup>.

Unter den rund 1 Mill. Einpersonenhaushalten hatte gut die Hälfte ein Einkommen von weniger als 1300 Euro zur Verfügung und knapp zwei Fünftel eines von 1300 bis unter 2550 Euro. Nur 7 % nahmen jeden Monat 2550 Euro oder mehr ein. Demgegenüber lag bei 45 % der 1,8 Mill. Mehrpersonenhaushalte, bei denen im Allgemeinen zwei Einkom-

mensbezieher vorhanden waren, das Monatseinkommen zwischen 1300 und 2550 Euro. Gut zwei Fünftel verfügten über 2550 Euro oder mehr, während lediglich 13 % mit weniger als 1300 Euro auskommen mussten.

Die Rentnerhaushalte schneiden erwartungsgemäß etwas schlechter ab als die Haushalte insgesamt. Immerhin verfügte aber jedes Vierte der 500 000 Rentnerhepaare über ein Haushaltseinkommen von mehr als 2550 Euro im Monat.

Im Vergleich zu 1991 ist eine kräftige Verschiebung zu den oberen Einkommensklassen erkennbar. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen hat im Zehnjahreszeitraum von 1725 auf 2160 Euro zugenommen. Damit lag der Einkommensanstieg mit 25 % nur leicht über der Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten von 23 %. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass — im Rahmen der deutlichen Zunahme der Zahl der Haushalte — eine Verschiebung von den Mehrpersonenhaushalten zu den Einpersonenhaushalten erfolgte. Während 1991 durchschnittlich noch 2,27 Personen in einem Haushalt lebten, waren es 2001 nur noch 2,16 Personen.

Damals mussten gut zwei Fünftel der Haushalte mit weniger als 1300 Euro auskommen, während ebenfalls gut zwei Fünftel mit 1300 bis unter 2550 Euro und fast ein Fünftel 2550 Euro oder mehr zur Verfügung hatten.

### **Familien mit Kindern: Gut zwei Fünftel mehr als 2550 Euro Nettoeinkommen**

Im Jahr 2001 verfügten 44 % der 927 000 Familien mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1300 und 2550 Euro. 42 % hatten mehr als 2550 Euro zur Verfügung — darunter 15 % mehr als 3850 Euro —, während 14 % mit weniger als 1300 Euro auskommen mussten. Die Gruppe der Familien mit Kindern unter 18 Jahren (675 000) schnitt etwas schlechter ab. Von diesen Familien hatten 16 % ein Monatsbudget von weniger als 1300 Euro zur Verfügung, 47 % zwischen 1300 und 2550 Euro und 37 % mehr als 2550 Euro.

Ehepaare mit Kindern schnitten erwartungsgemäß deutlich besser ab als Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern. Nur 6 % dieser Ehepaare hatten ein Monatsbudget von weniger als 1300 Euro zur Verfügung, 43 % zwischen 1300 und 2550 Euro und gut die Hälfte 2550 Euro oder mehr, darunter fast ein Fünftel 3850 Euro oder mehr. Demgegenüber mussten gut zwei Fünftel der Alleinerzie-

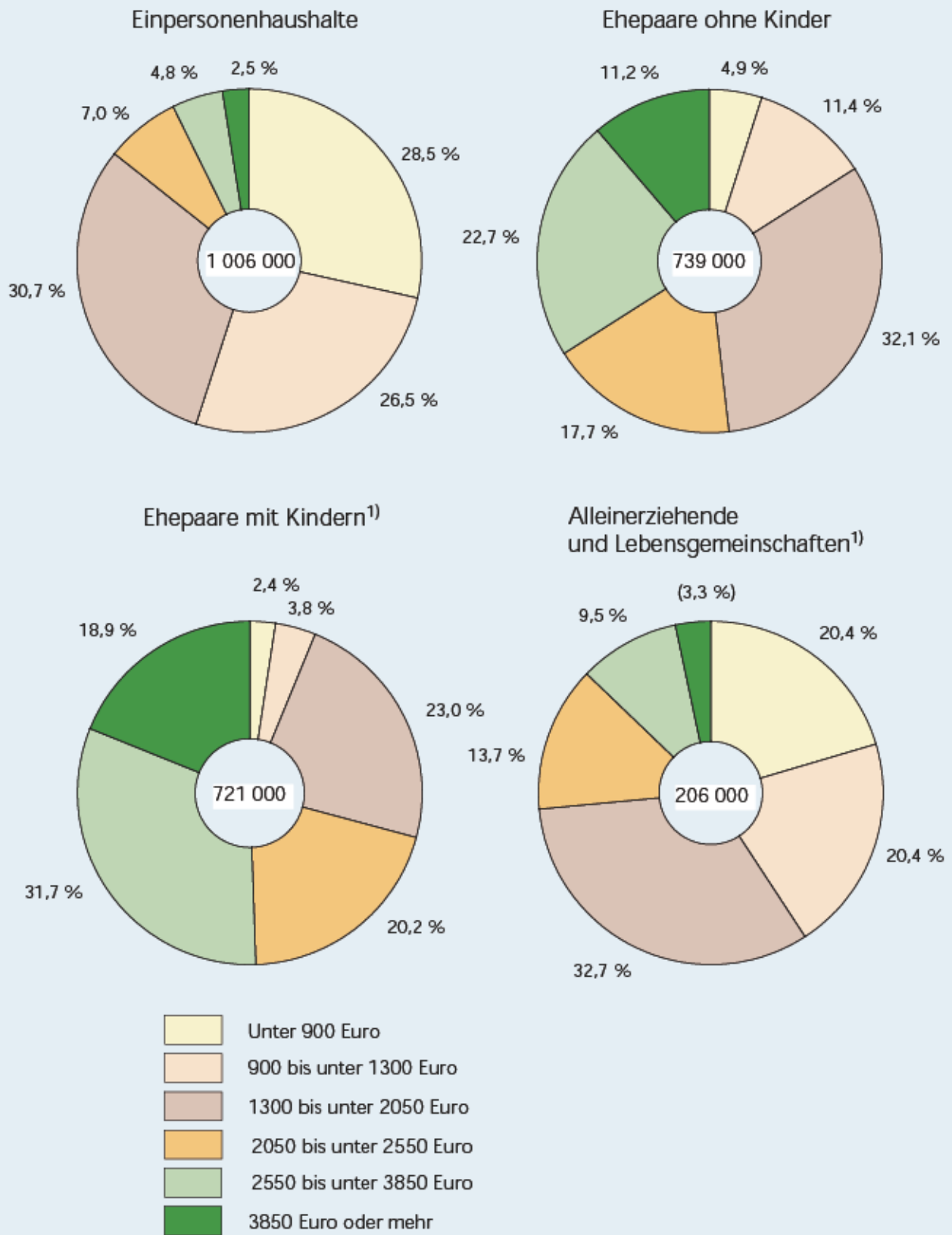
<sup>1)</sup> Das ausgewiesene Nettoeinkommen ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen im jeweiligen Monat der Berichtswoche abzüglich Steuern und Sozialversicherung (ggf. auch abzüglich der Beiträge für private, kommunale oder staatliche Zusatzversorgungskassen). Bei unregelmäßigem Einkommen sowie bei Selbstständigen, bei denen nur der Nettobetrag des gesamten Jahres bekannt ist, wird das Jahreseinkommen durch zwölf geteilt. Bei Selbstständigen in der Landwirtschaft wird das Nettoeinkommen nicht erfragt. Das Haushaltsnettoeinkommen wird ab 1996 direkt erfragt und nicht mehr wie in den Vorjahren rechnerisch ermittelt.

<sup>2)</sup> Die den Erhebungen zu Grunde liegenden Einkommensklassen in DM wurden in Euro umgerechnet, wobei — zur besseren Lesbarkeit — eine Rundung der „spitzen“ Euro-Beträge vorgenommen wurde.

**Privathaushalte 1991 und 2001 nach Haushaltstyp, Alter der Bezugsperson  
und monatlichem Nettoeinkommen**  
(Ergebnisse des Mikrozensus)

Haushalts- bzw. Familientyp	Insgesamt	davon mit einem Einkommen von ... Euro							
		unter 900	900	1300	1550	2050	2550	3050	3850 oder mehr
			bis unter						
			1300	1550	2050	2550	3050	3850	
1000	%								
<b>Nach Haushaltstyp</b>									
<b>1991</b>									
Haushalte insgesamt	2 566	22,1	18,8	10,4	18,4	12,7	7,4	5,5	4,8
davon									
Einpersonenhaushalte	870	49,6	28,0	(8,4)	8,1	(3,4)	1,3	.	(0,7)
darunter Rentnerhaushalte	515	60,4	20,7	6,5	6,9	2,8	(1,2)	.	.
Mehrpersonenhaushalte	1 696	6,9	13,7	11,5	24,0	17,8	10,8	8,2	7,0
darunter Rentnerhaushalte	362	15,3	26,6	15,4	19,3	11,1	5,6	4,1	(2,6)
Familien ohne Kinder	608	10,8	21,1	13,5	22,4	15,0	7,1	5,2	4,9
Familien mit Kindern	970	6,0	11,1	11,2	24,5	18,5	12,0	9,1	7,5
davon									
Ehepaare mit Kindern	802	1,9	9,3	10,7	25,2	20,0	13,6	10,5	8,7
Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern	168	26,3	19,6	13,8	21,1	11,2	(4,4)	.	.
<b>2001</b>									
Haushalte insgesamt	2 830	13,1	14,9	10,1	18,1	14,5	10,2	8,7	10,3
davon									
Einpersonenhaushalte	1 006	28,5	26,5	15,0	15,7	7,0	2,9	1,9	2,6
darunter Rentnerhaushalte	542	35,4	27,6	11,3	12,8	6,6	2,9	(1,8)	(1,6)
Mehrpersonenhaushalte	1 824	4,7	8,5	7,3	19,5	18,7	14,2	12,5	14,6
darunter Rentnerhaushalte	497	5,8	14,6	12,4	24,8	17,1	10,7	8,4	6,4
Familien ohne Kinder	739	4,9	11,4	10,1	22,0	17,7	12,7	10,0	11,2
Familien mit Kindern	927	6,4	7,5	6,4	18,8	18,8	13,8	12,9	15,4
davon									
Ehepaare mit Kindern	721	2,4	3,8	4,8	18,2	20,2	16,1	15,6	18,9
Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern	206	20,4	20,4	11,9	20,8	13,7	6,1	(3,4)	(3,3)
<b>Nach Alter der Bezugsperson</b>									
<b>1991</b>									
Haushalte insgesamt	2 566	22,1	18,8	10,4	18,4	12,7	7,4	5,5	4,8
davon nach dem Alter der Bezugsperson									
Unter 25 Jahre	131	53,3	21,4	(6,7)	11,2	(5,8)	.	.	.
25 bis unter 35 Jahre	481	18,4	21,9	13,6	23,4	13,2	5,3	2,9	(1,3)
35 bis unter 45 Jahre	453	7,3	13,3	10,8	24,3	18,3	11,4	7,4	7,2
45 bis unter 55 Jahre	479	7,6	11,8	7,7	19,1	18,0	13,7	11,5	10,6
55 bis unter 65 Jahre	411	17,4	19,6	10,7	18,3	13,6	7,8	6,6	6,0
65 Jahre oder mehr	612	43,5	24,6	10,0	(10,8)	4,9	2,6	2,0	1,6
<b>2001</b>									
Haushalte insgesamt	2 830	13,1	14,9	10,1	18,1	14,5	10,2	8,7	10,3
davon nach dem Alter der Bezugsperson									
Unter 25 Jahre	105	44,4	21,2	12,4	11,8	(5,4)	.	.	.
25 bis unter 35 Jahre	442	12,6	15,4	11,8	21,7	15,2	9,9	6,7	6,7
35 bis unter 45 Jahre	587	7,9	9,8	8,3	19,1	17,8	13,5	11,1	12,4
45 bis unter 55 Jahre	502	7,1	8,5	6,9	14,4	16,7	12,8	13,8	19,6
55 bis unter 65 Jahre	492	10,2	13,2	8,9	17,7	14,9	11,4	10,6	13,1
65 Jahre oder mehr	703	19,4	23,6	13,1	18,9	11,0	6,0	4,2	3,6

## Privathaushalte und Familien in Hessen im April 2001 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

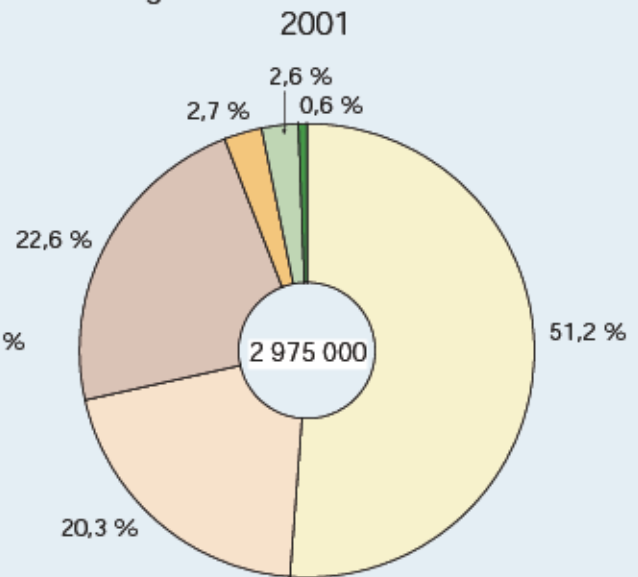
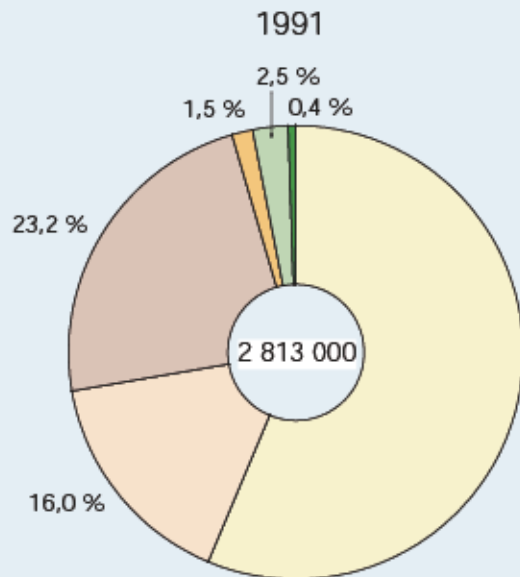


HSL 62/02

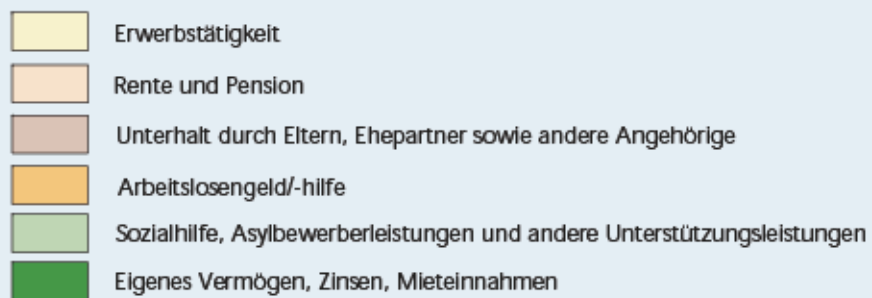
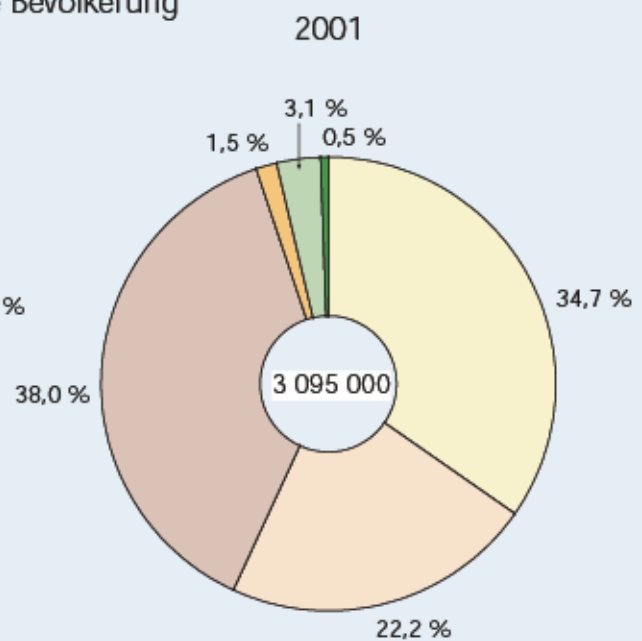
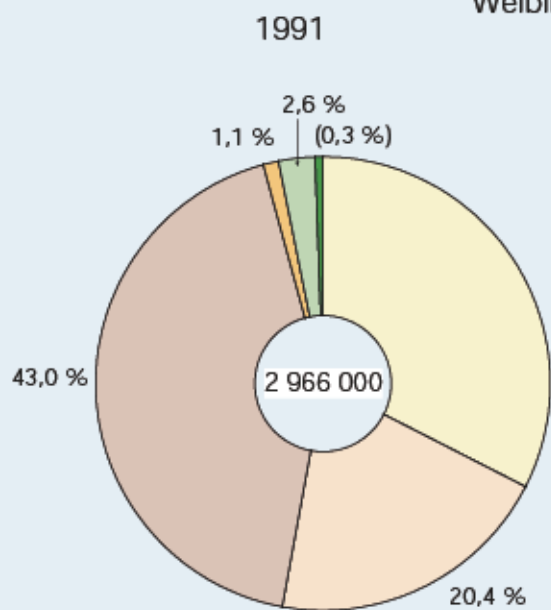
1) Mit Kindern (ohne Altersbegrenzung).

# Bevölkerung 1991 und 2001 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

## Männliche Bevölkerung



## Weibliche Bevölkerung



HSL 63/02



henden und Lebensgemeinschaften mit Kindern mit weniger als 1300 Euro auskommen. 46 % hatten zwischen 1300 und 2550 Euro und nur 13 % 2550 Euro oder mehr zur Verfügung. Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Ehepaare mit Kindern stieg im Zehnjahreszeitraum von 2310 auf 2860 Euro, das von Alleinerziehenden und Lebensgemeinschaften mit Kindern von 1460 auf 1660 Euro. Damit lag die Zunahme der Nettoeinkommen von Ehepaaren mit Kindern mit 24 % leicht über, bei den Alleinerziehenden und Lebensgemeinschaften mit Kindern mit 14 % deutlich unter der Preissteigerungsrate.

Familien ohne Kinder im Haushalt — hierzu zählen nur Ehepaare ohne Kinder — schnitten bei der Einkommensstruktur etwas schlechter ab als Ehepaare mit Kindern. Dies ist allerdings verständlich, da von den erstgenannten Ehepaaren keine Kinder zu versorgen sind und es sich zu einem großen Teil um Rentnerehepaare handelt. Bei drei Fünfteln der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt war die Bezugsperson bereits 60 Jahre oder älter, bei drei Zehnteln war sie zwischen 40 und 60 Jahre alt, und nur bei gut einem Zehntel war sie unter 40 Jahre alt. Die Hälfte der Ehepaare ohne Kinder hatte ein Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1300 und 2550 Euro im Monat. Ein Drittel verfügte über mehr als 2550 Euro, und nur ein Sechstel musste mit weniger als 1300 Euro auskommen.

#### 45- bis 55-Jährige mit höchstem Haushaltseinkommen

46% der Haushalte, in denen die Bezugsperson — das ist im Allgemeinen die Person, die den überwiegenden Teil zum Lebensunterhalt beiträgt — zwischen 45 und 55 Jahre alt war, wies im Jahr 2001 ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2550 Euro auf. Jeder fünfte Haushalt mit Bezugsperson in dieser Altersgruppe hatte sogar mehr als

3850 Euro in der Haushaltskasse. Fast zwei Fünftel verfügten über ein Monatsbudget zwischen 1300 und 2550 Euro, während nur knapp ein Sechstel mit weniger als 1300 Euro auskommen musste. Das Erwerbseinkommen ist in dieser Altersgruppe auf Grund der erreichten Sprosse auf der Karriereleiter im Allgemeinen am höchsten.

Deutlich schlechter schnitten die Haushalte mit einer Bezugsperson in den anderen Altersgruppen ab. Bei den Haushalten mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von 35 bis unter 45 Jahren lagen aber noch knapp zwei Fünftel in der oberen, 45 % in der mittleren und gut ein Sechstel in der unteren Einkommensgruppe.

Unter den Haushalten mit einer 25- bis unter 35-jährigen Bezugsperson hatte fast jeder zweite Haushalt zwischen 1300 und 2550 Euro zur Verfügung. Der Anteil in der unteren Einkommensgruppe war jedoch mit knapp drei Zehnteln deutlich höher und in der oberen mit knapp einem Viertel erheblich niedriger als bei den Haushalten mit 35- bis 45-jährigen Haupteinkommensbezieher.

Bei den Haushalten mit einer Bezugsperson im Alter von 55 bis unter 65 Jahren kommt zum Tragen, dass viele Personen nicht mehr erwerbstätig sind. So musste fast ein Viertel mit weniger als 1300 Euro auskommen, gut zwei Fünftel hatten zwischen 1300 und 2550 Euro zur Verfügung, während immerhin noch 35 % über ein Monatsbudget von mehr als 2550 Euro verfügen konnten.

Unter den 700 000 Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher 65 Jahre oder älter war, entfielen jeweils 43 % auf die untere und mittlere Einkommensgruppe; fast jeder zweite Haushalt dieser Einkommensgruppen bestand nur aus ei-

Bevölkerung 1991 und 2001 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt  
(Ergebnisse des Mikrozensus)

Geschlecht	Insgesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch					Unterhalt durch Eltern, Ehepartner sowie andere Angehörige
		Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld/-hilfe	Rente, Pension	Sozialhilfe <sup>1)</sup>	eigenes Vermögen <sup>2)</sup>	
		%					
1991							
Männlich	2 813	56,4	1,5	16,0	2,5	0,4	23,3
Weiblich	2 966	32,6	1,1	20,4	2,6	(0,3)	43,0
Insgesamt	5 779	44,2	1,3	18,2	2,6	0,4	33,4
darunter Erwerbslose	146	—	49,3	.	18,3 <sup>3)</sup>	.	32,4
2001							
Männlich	2 975	51,2	2,7	20,3	2,6	0,6	22,6
Weiblich	3 095	34,7	1,5	22,2	3,1	0,5	38,0
Insgesamt	6 070	42,8	2,1	21,3	2,8	0,6	30,4
darunter Erwerbslose	199	—	61,4	.	17,7 <sup>3)</sup>	.	20,9

1) Sowie Asylbewerberleistungen, Leistungen aus der Pflegeversicherung und dgl. — 2) Sowie Mieteinnahmen und Zinsen. — 3) Einschl. Rente, Pension, eigenes Vermögen, Mieteinnahmen und Zinsen

ner Person. Jeder siebte Haushalt hatte immerhin ein Monatseinkommen von 2550 Euro oder mehr.

Mit dem niedrigsten Einkommen mussten erwartungsgemäß Haushalte auskommen, deren Bezugsperson jünger als 25 Jahre alt war. Zwei Drittel dieser Haushalte bestanden nur aus einer Person. Ebenfalls fast zwei Drittel der Haushalte mit dem Haupteinkommensbezieher in dieser Altersgruppe hatten weniger als 1300 Euro in der Kasse, darunter gut zwei Fünftel weniger als 900 Euro.

### **Erwerbseinkommen wichtigste Quelle des Lebensunterhalts**

Im Rahmen des Mikrozensus wird auch die Art des überwiegenden Lebensunterhalts erfragt. Im April 2001 war das Einkommen aus Erwerbstätigkeit für 2,6 Mill. oder gut zwei Fünftel aller Einwohner Hessens die überwiegende Unterhaltsquelle. Drei Zehntel aller Hessen — vor allem Frauen und Kinder — wurden durch den Ehepartner, die Eltern oder andere Angehörige unterhalten. Gut ein Fünftel aller Bewohner konnte überwiegend Renten oder Pensionen zum Lebensunterhalt verwenden. Nahezu 3 % lebten überwiegend von Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder Zahlungen aus der Pflegeversicherung und gut 2 % von Arbeitslosengeld (einschl. Arbeitslosenhilfe). Für weniger als 1 % waren eigenes Vermögen, Mietinnahmen oder Zinsen die Hauptunterhaltsquelle.

Gegenüber 1991 ging der Anteil des Erwerbseinkommens als überwiegende Unterhaltsquelle um über 1 Prozentpunkt zurück. Ursache hierfür war vor allem die Verschiebung der Altersstruktur. So stieg der Anteil der Menschen über 64 Jahre, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind. Zum anderen spielte die gestiegene Arbeitslosigkeit eine Rolle. Renten und Pensionen haben deshalb ihren Anteil um 3 Prozentpunkte erhöht. Um fast 1 Prozentpunkt haben Arbeitslosengeld und -hilfe zugenommen. Demgegenüber sank der Unterhalt durch Angehörige um 3 Prozentpunkte.

### **Bedeutung des Erwerbseinkommens bei Männern sinkend, bei Frauen steigend**

Die Bedeutung der einzelnen Unterhaltsquellen hat sich jedoch zwischen Männern und Frauen unterschiedlich entwickelt. Bei der männlichen Bevölkerung nahm der Anteil des Erwerbseinkommens als überwiegende Unterhaltsquelle in diesem Zehnjahreszeitraum von 56 auf 51 % ab. Diese Ent-

wicklung ist vor allem auf den zunehmend späteren Einstieg der Männer in das Berufsleben auf Grund längerer und qualifizierterer Ausbildung sowie einen früheren Eintritt in den Ruhestand zurückzuführen. Demgegenüber hatten im Jahr 2001 Renten und Pensionen erheblich mehr Gewicht als 1991. Die Quote stieg von 16 auf 20 %. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich von 1,5 auf 2,7 % fast verdoppelt. Dagegen ist der Anteil des Unterhalts durch Angehörige um fast 1 Prozentpunkt gesunken.

Bei den Frauen hat — im Gegensatz zur männlichen Bevölkerung — das Erwerbseinkommen nicht an Bedeutung verloren. Vielmehr erhöhte sich der Anteil des Einkommens aus Erwerbstätigkeit in den letzten zehn Jahren um 2 Prozentpunkte. Ein Teil der Zunahme ist allerdings auf die im Jahr 2001 deutlich verbesserte statistische Erfassung der geringfügigen Erwerbstätigkeit — diese wird zum größten Teil von Frauen ausgeübt — als 1991 zurückzuführen. Die Zunahme bei den Rentenempfängerinnen fiel — im Vergleich zu den Männern — mit 2 Prozentpunkten relativ moderat aus. Demgegenüber wurden im vergangenen Jahr nur noch 38 % der weiblichen Bevölkerung durch Eltern, Ehemann oder andere Angehörige unterhalten, 1991 waren es noch 43 % gewesen.

Während im Jahr 2001 die männlichen *Erwerbstätigen* zu 97 % ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Einkommen aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten konnten, waren es bei den Frauen — auf Grund ihres relativ hohen Anteils der Teilzeitbeschäftigung oder geringfügigen Erwerbstätigkeit — nur 87 %.

### **Drei Fünftel der Erwerbslosen leben von der Arbeitslosenversicherung**

Von den 200 000 Erwerbslosen — also Personen, die auch keiner geringfügigen Erwerbstätigkeit nachgingen — lebten im Jahr 2001 drei Fünftel überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe. Gut ein Fünftel war auf Unterhalt durch Angehörige angewiesen. 18 % bestritten ihren Lebensunterhalt aus Sozialhilfe, Rente oder eigenem Vermögen. Vor zehn Jahren war die Zahl der Erwerbslosen um 50 000 niedriger gewesen. Damals lebte aber nur knapp die Hälfte überwiegend von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, während knapp ein Drittel auf Unterhalt durch Eltern, Ehepartner oder andere Angehörige angewiesen war. Ebenfalls 18 % lebten damals überwiegend von Sozialhilfe, Rente oder eigenem Vermögen. □

## Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2001 nach Betriebsgrößenklassen

Fast 84 Mrd. Euro wurden im Jahr 2001 im Verarbeitenden Gewerbe umgesetzt. Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten hatten daran einen Anteil von mehr als der Hälfte, wobei die Anteile je nach Wirtschaftszweig erheblich differierten. Großbetriebe hatten insgesamt auch eine höhere Exportquote, doch auch hier gab es je nach Wirtschaftszweig erhebliche Unterschiede. Vom Gesamtumsatz<sup>1)</sup> in Höhe von 83,7 Mrd. Euro, den die knapp 3300 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes<sup>2)</sup> im Jahr 2001 erwirtschafteten, wurden 62,2 Mrd. Euro oder fast drei Viertel von den 468 Betrieben (14 %) mit 200 oder mehr Beschäftigten erzielt, allein 53 % des Gesamtumsatzes in 162 Betrieben (4,9 %) mit 500 oder mehr Beschäftigten. Die 408 Betriebe (12 %) mit 100 bis 199 Beschäftigten erreichten einen Anteil von 11 % des Gesamtumsatzes; bei den 2413 Betrieben (73 %) mit weniger als 100 Beschäftigten waren es lediglich 15 %.

### Produkte und Fertigungsverfahren bestimmen Struktur der Umsatzerzielung

Der Anteil der jeweiligen Betriebsgrößenklassen am erwirtschafteten Gesamtumsatz differierte je nach Wirtschaftszweig zum Teil erheblich. Ursache hierfür dürften ganz wesentlich die vom Produkt und den hierfür erforderlichen Herstellungs- sowie Entwicklungskosten bestimmten optimalen Betriebsgrößen sein. Erzeugnisse, die überwiegend in Einzel- oder Kleinserienfertigung hergestellt werden, machen eine andere Betriebsgrößenstruktur erforderlich als Produkte der Kleinserien-, Großserien- oder Massenfertigung. Technisch aufwändige Produkte mit entsprechenden Herstellungs- und Entwicklungskosten, die überdies eine hohe Kapitalbindung für die notwendige Betriebsmittelausstattung erfordern, können nur zu vertretbaren Preisen angeboten werden, wenn die Kosten der Betriebsbereitschaft, die Fixkosten, auf viele produzierte Einheiten verteilt werden. Das ist überwiegend in Großbetrieben möglich. Herausragendes Beispiel hierfür ist

1) Rechnungsbeträge ohne Mehrwertsteuer der aus eigener Produktion stammenden Lieferung sowie der ausgeführten Reparaturen, Montagen, Lohnarbeiten und Lohnveredelungen einschl. der darin enthaltenen Verbrauchssteuern sowie der Kosten für Fracht, Transportversicherung, Porto, Verpackung und Spesen, auch wenn diese gesondert berechnet wurden. Eingeschlossen sind der Umsatz aus sonstigen Betriebsteilen, so z. B. baugewerblicher Umsatz, der Umsatz aus Handelsware, aus Vermietungen und Verpachtungen von betrieblichen Anlagen, wie z. B. Erlöse aus dem Verkauf von Anlagegütern. Da es sich grundsätzlich um fakturierte Werte handelt, enthalten die Umsätze nicht den Wert von Lieferungen, die innerhalb eines Unternehmens von Werk zu Werk erfolgten. Es kann daher vorkommen, dass Erzeugnisse, die in einem Landkreis produziert wurden, im Umsatz eines anderen Landkreises oder sogar eines anderen Landes enthalten sind.

2) Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten. Dies bedeutet, dass auch Betriebe in die Erhebungen einbezogen wurden, die weniger als 20 Beschäftigte haben, sofern das Unternehmen zum Produzierenden Gewerbe gehört und die Beschäftigtenzahl über der Abschneidegrenze liegt. Außerdem sind die Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes einbezogen. Wegen der besonderen kleinbetrieblichen Struktur der nachfolgenden Branchen wird bundeseinheitlich bei folgenden Wirtschaftszweigen die Abschneidegrenze von 10 und mehr Beschäftigten angewendet: Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g., Gewinnung von Kies und Sand, Fischverarbeitung, Verarbeitung von Kartoffeln, Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften, Verarbeitung von Obst und Gemüse a. n. g., Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere, Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere, Herstellung von Spirituosen, Alkoholbrennerei, Herstellung von Malz, Mineralbrunnen, Herstellung von Erfrischungsgetränken, Herstellung von Transportbeton.

der Kraftwagensektor (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen). Dort wurden 2001 insgesamt 10,3 Mrd. Euro umgesetzt. 9,2 Mrd. Euro oder 89 % entfielen auf die 14 Großbetriebe dieses Wirtschaftszweiges mit 500 oder mehr Beschäftigten, was einem Umsatzanteil an der Gesamtzahl der Betriebe von 20 % entspricht. Bereits in der Größenklasse der Betriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten wurden nur 705 Mill. Euro umgesetzt, 6,8 % des Gesamtumsatzes des Wirtschaftszweiges. Die übrigen Betriebsgrößenklassen fielen nicht mehr ins Gewicht.

Überdurchschnittlich großbetrieblich erzielt wurden auch die Umsätze der Chemischen Industrie. Die 180 Chemischen Industriebetriebe erreichten im Jahr 2001 mit insgesamt 18,3 Mrd. Euro den höchsten Umsatz aller Wirtschaftszweige, von denen 11,7 Mrd. Euro oder 64 % in 31 Betrieben (17 %) mit 500 oder mehr Beschäftigten erwirtschaftet wurden. 4,4 Mrd. Euro oder ein knappes Viertel der Umsätze der Chemischen Industrie wurde von 34 Betrieben (19 %) mit 200 bis 499 Beschäftigten erzielt. Die verbleibenden 115 Betriebe (64 %) mit weniger als 200 Beschäftigten setzten dagegen zusammen nur 2,2 Mrd. Euro oder 12 % des Gesamtumsatzes um.

Gleichfalls überdurchschnittlich in Großbetrieben erzielt wurden die Umsätze im Wirtschaftszweig „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik“, die im Jahr 2001 in 170 Betrieben 4,1 Mrd. Euro oder 4,9 % aller Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes ausmachten. Davon wurden 2,3 Mrd. Euro oder 57 % in 11 Betrieben (6,5 %) mit 500 oder mehr Beschäftigten erzielt. Der Wirtschaftszweig meldete allerdings für die nächstniedrigere Betriebsgrößenklasse der 20 hessischen Betriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten (12 %) einen Anteil am Gesamtumsatz von 23 % und übertraf in dieser Größenklasse den Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes leicht.

Unter den umsatzstarken Wirtschaftszweigen erreichten die 507 Betriebe des Maschinenbaus im Jahr 2001 insgesamt 9,4 Mrd. Euro und damit 11 % des Umsatzes des gesamten

**Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> 2001**  
**nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten					
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 oder mehr
Grundzahlen (1000 Euro)							
Verarbeitendes Gewerbe	83 720 898	639 438	5 120 298	6 626 708	9 179 899	17 682 452	44 472 103
darunter							
Ernährungsgewerbe	7 786 155	96 904	742 988	873 834	1 095 710	1 593 678	3 383 040
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	3 248 205	.	527 924	606 090	324 479	805 514	.
Chemische Industrie	18 349 914	.	.	681 514	1 092 309	4 403 150	11 732 373
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5 632 237	14 503	326 033	496 472	777 468	978 109	3 039 651
Herstellung von Metallerzeugnissen	5 947 806	.	.	824 664	1 027 468	1 321 492	2 076 604
Maschinenbau	9 357 165	47 547	836 072	947 684	1 763 791	2 419 050	3 343 021
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	4 081 313	.	.	329 089	438 434	1 033 037	2 044 262
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	4 129 470	12 602	186 032	294 557	365 572	937 670	2 333 036
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	10 304 410	.	51 029	156 316	.	705 057	9 190 096
Anteil des Umsatzes je Größenklasse in %							
Verarbeitendes Gewerbe	100	0,8	6,1	7,9	11,0	21,1	53,1
darunter							
Ernährungsgewerbe	100	1,2	9,5	11,2	14,1	20,5	43,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	100	.	16,3	18,7	10,0	24,8	.
Chemische Industrie	100	.	.	3,7	6,0	24,0	63,9
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	100	0,3	5,8	8,8	13,8	17,4	54,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	100	.	.	13,9	17,3	22,2	34,9
Maschinenbau	100	0,5	8,9	10,1	18,8	25,9	35,7
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	100	.	.	8,1	10,7	25,3	50,1
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	100	0,3	4,5	7,1	8,9	22,7	56,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	100	.	0,5	1,5	.	6,8	89,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten.

Verarbeitenden Gewerbes. Allerdings verteilte sich dieser Umsatz auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen in einer vom Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes erheblich abweichenden Struktur. Nur 3,3 Mrd. Euro oder 36 % der Umsätze des Maschinenbaus wurden von den 21 ganz großen Betrieben (4,1 %) mit 500 oder mehr Beschäftigten gemeldet. Die 49 Betriebe (9,7 %) mit 200 bis 499 Beschäftigten hatten mit 2,4 Mrd. Euro einen Anteil von 26 % am Gesamtumsatz des Wirtschaftszweigs. Damit hatte diese Betriebsgrößenklasse im Maschinenbau unter den großen Branchen des Landes nicht nur einen höheren Anteil als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, sondern insgesamt den höchsten Anteil. Überdurchschnittlich stark vertreten war im Maschinenbau auch die Betriebsgrößenklasse 100 bis 199 Beschäftigten (18 %), der 89 Betriebe angehörten, die 19 % der Umsätze des Maschinenbaus ausmachten. In den 348 Betrieben (69 %) mit weniger als 100 Beschäftigten wurde ein Fünftel der Umsätze der Branche erzielt, die damit unter den ganz Großen eine gleichmäßigere Verteilung der Gesamtumsätze auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen aufwies.

Eine in anderer Weise besondere Stellung nimmt auch das Ernährungsgewerbe ein. Im Ernährungsgewerbe wurden

im Jahr 2001 von den 400 Betrieben zwar mit 7,8 Mrd. Euro nur 9,3 % aller Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes erwirtschaftet. Die 11 Großbetriebe der Branche (2,8 %) mit 500 oder mehr Beschäftigten hatten am Umsatz des Ernährungsgewerbes jedoch einen Anteil von 43 %. Zwar kamen die 21 Betriebe (5,3 %) mit 200 bis 499 Beschäftigte auf einen Anteil am Gesamtumsatz der Branche von 21 %, was dem Durchschnitt aller Wirtschaftszweige entsprach, unter den noch kleineren Betriebsgrößenklassen nahm das Ernährungsgewerbe jedoch eine Sonderstellung ein. Der von den 45 Betrieben (11 %) der Betriebsgrößenklasse 100 bis 199 Beschäftigte erzielte Umsatz lag mit 14 % über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, ebenso wie bei den 66 Betrieben (17 %) der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte, wo mit 11 % gleichfalls ein höherer Anteil erreicht wurde als insgesamt. Auch die 258 ganz Kleinen mit weniger als 50 Beschäftigten (65 %) hatten im Ernährungsgewerbe mit einem Umsatzanteil von 11 % ein Gewicht, das im gesamten Verarbeitenden Gewerbe von Betrieben dieser Größenklasse nur noch vom Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern übertroffen wurde.

**Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup> im Durchschnitt des Jahres 2001  
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Insgesamt	davon Betriebe mit ... Beschäftigten					
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 oder mehr
<b>Grundzahlen</b>							
Verarbeitendes Gewerbe	3 289	408	1 331	674	408	306	162
darunter							
Ernährungsgewerbe	400	48	210	66	45	21	11
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	270	16	146	66	15	18	10
Chemische Industrie	180	8	38	42	27	34	31
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	235	9	91	57	38	23	17
Herstellung von Metallerzeugnissen	416	31	202	85	57	31	9
Maschinenbau	507	36	201	111	89	49	21
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	170	8	67	42	23	20	11
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	170	8	72	42	18	20	11
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	70	5	12	16	9	13	14
<b>Anteil der Betriebe je Größenklasse in %</b>							
Verarbeitendes Gewerbe	100	12,4	40,5	20,5	12,4	9,3	4,9
darunter							
Ernährungsgewerbe	100	12,0	52,5	16,5	11,3	5,3	2,8
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	100	5,9	54,1	24,4	5,6	6,7	3,7
Chemische Industrie	100	4,4	21,1	23,3	15,0	18,9	17,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	100	3,8	38,7	24,3	16,2	9,8	7,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	100	7,5	48,6	20,4	13,7	7,5	2,2
Maschinenbau	100	7,1	39,6	21,9	17,6	9,7	4,1
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	100	4,7	39,4	24,7	13,5	11,8	6,5
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	100	4,7	42,4	24,7	10,6	11,8	6,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	100	7,1	17,1	22,9	12,9	18,6	20,0

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten.

**Großbetriebe erwirtschafteten 44 % ihres Umsatzes im Ausland**

Das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup> setzte im Jahr 2001 insgesamt rund 31,5 Mrd. Euro im Ausland um. Das waren 38 % des gesamten Umsatzes. Auch beim Anteil des Auslandsatzes spielte die Betriebsgröße eine erhebliche Rolle. Betriebe mit 500 oder mehr Beschäftigten übertrafen die durchschnittliche Exportquote (38 %) mit 44 % erheblich. Sie wurde von 162 Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten (Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe: 4,9 %) erzielt, die 62 % des gesamten Auslandsatzes erwirtschafteten. Die 306 Betriebe (9,3 %) der Betriebsgrößenklasse 200 bis 499 Be-

schäftigte hatten einen Anteil am gesamten Auslandsatz von 23 %. Die Summe der kleineren Betriebe, die sich auf 2821 oder 86 % aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes belief, erzielte dagegen nur 4,7 Mrd. Euro oder einen Anteil am gesamten Auslandsatz von 15 %.

Dass kleinere Betriebe im Allgemeinen einen geringeren Anteil ihrer Umsätze im Ausland erzielen als große, dürfte mit dem personal- und kostenintensiven Aufwand zu erklären sein, der auf internationalen Märkten betrieben werden muss, wenn ein Produkt erfolgreich platziert werden soll. Kleinbetriebe werden diesen Aufwand nur dann betreiben, wenn ihr Produkt im Ausland eine Nachfragerücklage schließt. Größere Betriebe, die die Kosten effizienter Niederlassungen mit geschultem Personal oder von Agenturen auf viele Produkteinheiten verteilen können, sind hier im Vorteil.

Die Chemische Industrie setzte im Jahr 2001 Produkte für 11 Mrd. Euro im Ausland ab und erreichte damit einen Anteil am gesamten Auslandsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 35 %. Die Exportquote betrug 60 %. An den 180 Betrieben der Chemischen Industrie hatten die Betriebe mit 500 oder mehr Beschäftigten einen Anteil von 17 %. Sie erzielten allerdings 67 % aller Auslandsätze und damit in dieser Betriebsgrößenklasse eine Exportquote von 63 %. Die Betrie-

2) Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten. Dies bedeutet, dass auch Betriebe in die Erhebungen einbezogen wurden, die weniger als 20 Beschäftigte haben, sofern das Unternehmen zum Produzierenden Gewerbe gehört und die Beschäftigtenzahl über der Abschneidegrenze liegt. Außerdem sind die Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes einbezogen. Wegen der besonderen Kleinbetrieblichen Struktur der nachfolgenden Branchen wird bundeseinheitlich bei folgenden Wirtschaftszweigen die Abschneidegrenze von 10 und mehr Beschäftigten angewendet: Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g., Gewinnung von Kies und Sand, Fischverarbeitung, Verarbeitung von Kartoffeln, Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften, Verarbeitung von Obst und Gemüse a. n. g., Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere, Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere, Herstellung von Spirituosen, Alkoholbrennerei, Herstellung von Malz, Mineralbrunnen, Herstellung von Erfrischungsgetränken, Herstellung von Transportbeton.

**Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> 2001  
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten in %					
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 oder mehr
Verarbeitendes Gewerbe	37,6	6,0	14,0	18,5	29,7	41,2	43,8
darunter							
Ernährungsgewerbe	6,4	3,1	3,6	6,0	11,3	9,2	4,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	4,0	.	2,5	4,1	18,9	2,8	.
Chemische Industrie	59,8	.	.	32,5	42,4	63,5	63,1
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	29,8	0,5	16,1	22,1	32,3	34,3	30,5
Herstellung von Metallerzeugnissen	21,9	.	.	12,3	22,1	35,8	21,1
Maschinenbau	44,1	7,1	26,3	30,4	39,7	49,3	51,5
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	36,5	.	.	19,0	28,0	44,4	39,6
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	40,5	29,4	24,5	25,7	41,3	36,1	45,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	47,6	.	15,6	24,7	.	34,9	49,6

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten.

be mit 200 bis 499 (19 %) setzten 2,8 Mrd. Euro im Ausland um, ein gutes Viertel der Chemieumsätze auf ausländischen Märkten; die Exportquote lag bei 64 %. Alle 115 kleineren Betriebe (64 %) zusammen setzten im Jahr 2001 nur 779 Mill. Euro im Ausland um, was einem Anteil an den gesamten Auslandsumsätzen der Branche von 7 % entsprach. Entsprechend niedrig waren die Exportquoten, die diese Betriebsgrößenklassen in der Chemischen Industrie hatten.

Am Auslandsumsatz gemessen den zweiten Platz belegten im Jahr 2001 mit insgesamt 4,9 Mrd. Euro die 70 Betriebe der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Das waren 16 % des vom Verarbeitenden Gewerbe im Ausland erzielten Umsatzes. Die Exportquote betrug 48 %. 4,6 Mrd. Euro oder ein Anteil von 93 % wurde von den 14 Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten oder 20 % aller Betriebe erzielt. Damit kamen die Großbetriebe mit 500 oder mehr Beschäftigten auf eine Exportquote von 50 %. Dreizehn weitere Betriebe (19 %) hatten 200 bis 499 Beschäftigte, setzten allerdings nur 246 Mill. Euro im Ausland um, was einem Anteil von 5,0 % der Umsätze des Wirtschaftszweiges auf ausländischen Märkten entsprach. Dennoch wurde auch in dieser Betriebsgrößenklasse eine Exportquote von 35 % erreicht.

Am Auslandsumsatz gemessen den dritten Platz belegte der Maschinenbau mit 4,1 Mrd. Euro oder einem Anteil am gesamten Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 13 %. Die Exportquote der Branche lag im Jahr 2001 bei 44 %. 1,7 Mrd. Euro oder 42 % des Auslandsumsatzes der Branche wurden von den 21 Großbetrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten erwirtschaftet, 4,1 % aller Betriebe des Maschinenbaus. Sie hatten eine Exportquote von 52 %. Weitere 49 Betriebe des Maschinenbaus mit 200 bis 499 Beschäftigten — 9,7 % aller Betriebe — erzielten 1,2 Mrd. Euro Auslandsumsatz. Der Anteil am gesamten Auslandsumsatz der Branche belief sich auf 29 %, die Exportquote dieser Be-

triebsgrößenklasse auf 49 %. Noch recht beachtlich war der Umsatz der Betriebe in der Betriebsgrößenklasse 100 bis 199 Beschäftigte. Die 89 Betriebe oder 18 % aller Betriebe der Branche setzten Waren im Werte von knapp 700 Mill. Euro im Ausland ab. Das waren weitere 17 % des gesamten im Ausland erzielten Umsatzes der Branche. Die Exportquote der Betriebsgrößenklasse erreichte allerdings mit 40 % den Durchschnitt der Wirtschaftsabteilung nicht. Noch geringer waren die Exportquoten der Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten, auf die zusammen allerdings 348 Betriebe, 69 % aller Betriebe des Maschinenbaus entfielen. Deren Umsatz im Ausland belief sich auf 511 Mill. Euro, 12,4 % des von der Branche insgesamt erzielten Auslandsumsatzes.

Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren meldeten für 2001 einen Auslandsumsatz von 1,7 Mrd. Euro, was einem Anteil am Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 5,3 % entspricht. Die Exportquote der Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren lag bei 30 %. Auch in dieser Branche wurden 55 % der Auslandsumsätze von 7,2 % der Betriebe mit 500 oder mehr Beschäftigten erwirtschaftet. Deren Exportquote belief sich auf 31 %. Mehr als bei den bereits genannten Wirtschaftsabteilungen verteilte sich der im Ausland erzielte Umsatz auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen. In der Klasse der anteilig 9,8 % Betriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten wurden 336 Mill. Euro im Ausland umgesetzt, 20 % des gesamten Auslandsumsatzes der Branche. Die nächst kleinere Betriebsgrößenklasse 100 bis 199 Beschäftigte meldete einen Auslandsumsatz von 251 Mill. Euro, die von anteilig 16 % Betrieben erzielt wurden und 15 % des Auslandsumsatzes der Branche ausmachten. Die Exportquote dieser Betriebsgrößenklasse lag bei 32 %. Die 157 Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten, zwei Drittel aller Betriebe des Wirtschaftsbereiches, erreichten lediglich 9,6 % des Auslandsumsatzes der Branche.

**Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> 2001  
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten					
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 oder mehr
Grundzahlen (1000 Euro)							
Verarbeitendes Gewerbe	31 463 026	38 124	715 792	1 229 039	2 728 676	7 276 514	19 474 881
darunter							
Ernährungsgewerbe	501 322	3 032	26 938	52 792	124 275	147 051	147 233
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	130 198	.	13 188	24 969	61 389	22 396	.
Chemische Industrie	10 979 690	.	.	221 163	463 107	2 797 097	7 403 256
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 676 601	79	52 441	109 578	251 455	335 825	927 223
Herstellung von Metallerzeugnissen	1 303 632	.	.	101 491	227 026	472 574	438 360
Maschinenbau	4 124 122	3 388	219 543	288 415	699 611	1 192 752	1 720 414
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	1 489 224	.	.	62 476	122 939	459 056	809 363
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	1 672 844	3 708	45 605	75 679	151 037	338 737	1 058 077
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4 909 059	.	7 944	38 548	.	245 760	4 557 342
Anteil der Auslandsumsätze je Größenklasse in %							
Verarbeitendes Gewerbe	100	0,1	2,3	3,9	8,7	23,1	61,9
darunter							
Ernährungsgewerbe	100	0,6	5,4	10,5	24,8	29,3	29,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	100	.	10,1	19,2	47,2	17,2	.
Chemische Industrie	100	.	.	2,0	4,2	25,5	67,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	100	0,0	3,1	6,5	15,0	20,0	55,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	100	.	.	7,8	17,4	36,3	33,6
Maschinenbau	100	0,1	5,3	7,0	17,0	28,9	41,7
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	100	.	.	4,2	8,3	30,8	54,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	100	0,2	2,7	4,5	9,0	20,2	63,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	100	.	0,2	0,8	.	5,0	92,8

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten.

Im Ernährungsgewerbe entsprachen die 501 Mill. Euro Auslandsumsatz, die 2001 in dieser Branche erzielt wurden, lediglich 1,6 % des gesamten Auslandsumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes. Die Exportquote war mit 6,4 % die nied-

rigste unter allen größeren Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes. Aber auch dort wurden von 19 % der Betriebe mit 100 oder mehr Beschäftigten insgesamt 84 % aller Auslandsumsätze erwirtschaftet. □

## Einige Aspekte des Baugewerbes in Hessen

*Das Baugewerbe befindet sich in einer anhaltenden Krise. Die Bedeutung der ehemaligen „Konjunkturlokomotive“ hat sowohl in Hessen als auch in Deutschland abgenommen. Besonders negativ entwickelte sich zuletzt der Wohnungsbau, was sich in rückläufigen Baugenehmigungen und Auftrags-eingängen widerspiegelte. Insolvenzen und Arbeitslosigkeit im Baugewerbe haben sich wesentlich ungünstiger entwickelt als in anderen Branchen. Höhere Baupreise konnten kaum durchgesetzt werden. Dramatische Beschäftigungsverluste musste vor allem das Bauhauptgewerbe hinnehmen. Hier waren die kaufmännischen Angestellten weniger betroffen als die Facharbeiter. Erheblich zugenommen hat die Zahl der Betriebe mit bis zu neun Beschäftigten.*

Das Baugewerbe befindet sich seit Jahren in einer Krise. Nach der Wiedervereinigung kam es vor allem in den neuen Bundesländern wegen des desolaten Zustands der dortigen Bausubstanz und dem dadurch erforderlichen Bedarf an Neubauten und Sanierungen zu einem Boom, der durch Subventionen und Steueranreize massiv gefördert wurde. Dadurch kam es zu einer beachtlichen Kapazitätserweiterung, die auf Dauer nicht benötigt wurde. Seit Mitte der Neunzigerjahre wurde die Disparität zwischen Angebot und Nachfrage immer deutlicher, die Überkapazitäten mussten abgebaut werden. Die reale Bruttowertschöpfung des Baugewerbes in Deutschland ist seit 1995 rückläufig, im Jahr 2001 wurde sogar wieder das Niveau von 1991 deutlich um 7,2 % unterschritten. In den alten Bundesländern hatte weder in den guten noch in den schlechten Zeiten die Entwicklung einen solch dramatischen Verlauf wie in den neuen Bundesländern. In Hessen nahm die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes in den Jahren 1998 bis 2000 sogar zu. Das Niveau im Jahr 2001 lag allerdings um 12 % niedriger als im Jahr 1991. Da in den letzten Jahren die reale Wirtschaftsleistung insgesamt zugenommen hatte, ging der Anteil der hessischen Bauwirtschaft an der Gesamtwirtschaft zurück. Nach 5,5 % im Jahr 1991 betrug der Anteil der Bruttowertschöpfung im Jahr 2001 nur noch 4 %. Bei den Erwerbstätigen ging der Anteil in diesem Zeitraum von 6,1 auf 5,1 % zurück. Der Niedergang der einstigen „Konjunkturlokomotive“ geht in seiner Bedeutung über die aufgeführten Anteilsätze hinaus, da er sich auf zahlreiche andere Branchen wegen der Interdependenzen auswirkt. Branchen wie „Gewinnung von Steinen und Erden“ oder „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ sind überwiegend als Vorleister des Baugewerbes tätig. Aber auch Architekten, Makler, Baugerätehersteller, Holzverarbeiter, Kunststoffhersteller, das Textilgewerbe und andere stehen in einem engen Zusammenhang zum Baugewerbe.

Im engeren Sinn ist das Baugewerbe zusammen mit dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, sowie der Energie- und Wasserversorgung Teil des Produzierenden Gewerbes. Wenn auch in der EU-einheitlichen Wirtschaftszweigklassifikation NACE und der davon abgeleiteten deutschen Wirtschaftszweigklassifikation WZ 93 nicht expressis verbis aufgeführt, existieren in Deutschland das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe weiter. Damit bleibt hierzulande — da neben den EU-Verordnungen zur Statistik auch die deutschen statistischen Gesetze weiter geltendes Recht sind — die Kontinuität von differierender statistischer Praxis von Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe erhalten. Das Bauhauptgewerbe wird definiert als „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ (WZ 45.1) sowie „Hoch- und Tiefbau“ (WZ 45.2.). Dem Ausbaugewerbe wurden zugeordnet die „Bauinstallation (WZ 45.3), das „Sonstige Baugewerbe“ (WZ 45.4) sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“ (45.5).

### Hessen und Deutschland im Vergleich

Sowohl in Hessen als auch in Deutschland insgesamt hat die wirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes in den letzten Jahren abgenommen. Im Jahr 2001 lag der *Bruttowertschöpfungsanteil* des Baugewerbes an der gesamten realen Wertschöpfung in Hessen, wo der Trend zur Tertiarisierung ausgeprägter ist, mit 4 % niedriger als in allen anderen Flächenländern (Bayern: 4,9 %, Baden-Württemberg und Niedersachsen: 4,8 %, Nordrhein-Westfalen: 4,1 %). Die Wertschöpfungsanteile in den neuen Bundesländern (am höchsten: Sachsen: 9,8 % und Mecklenburg-Vorpommern: 9,7 %) lagen wesentlich höher, sodass sich für Gesamtdeutschland ein Anteil von 5,0 % ergab. Da noch vor fünf Jahren in den neuen Ländern der Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes ein Sechstel betragen hat, ist seitdem eine erhebliche Korrektur der Fehlallokation der Ressourcen erfolgt. Bei den *Erwerbstätigenzahlen* wurde in Deutschland für den Bau im Jahr 2001 noch ein Anteil von 6,7 % erreicht, während Hessen bei nur 5,1 % lag. Lediglich die Stadtstaaten Bremen und Hamburg erreichten niedrigere Anteilsätze als Hessen. Die neuen Bundesländer hatten zweistellige Anteile, die zwischen 11,5 % für Mecklenburg-Vorpommern und 13,2 % in Brandenburg lagen. Hessen hat nach dem Stadtstaat Hamburg die höchste *gesamtwirtschaftliche Produktivität*, die sich aus dem Quotienten von Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen ergibt. Auch beim Baugewerbe gilt diese Rangfolge. Mit einer realen Bruttowertschöpfung von 45 800 Euro je Erwerbstätigen übertraf Hessen den gesamtdeutschen Durchschnitt von 37 110 Euro



deutlich. Hamburg erreichte 52 720 Euro und Baden-Württemberg an dritter Stelle 44 200 Euro. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern übertraf kein anderes neues Bundesland den Wert von 30 000 Euro.

Wie war der Verlauf in den beiden Teilbereichen des Baugewerbes (Ergebnisse der jährlichen Erhebung), dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe? Die Beschäftigten- und Umsatzentwicklung der letzten fünf Jahre war für die beiden Bausektoren in den neuen Ländern ähnlich katastrophal. Im Bauhauptgewerbe ging die Beschäftigtenzahl von Juni 1996 bis Juni 2001 um 39 % und im Ausbaugewerbe um 40,5 % zurück. Die Umsätze verringerten sich von 1995 bis 2000 — es handelt sich um die Vorjahresumsätze, die jeweils im Juni für das vergangene Jahr erhoben werden — um 30,3 % im Bauhauptgewerbe und 31,4 % im Ausbaugewerbe. Im früheren Bundesgebiet und im gesamten Deutschland erwies sich die Entwicklung im Ausbaugewerbe als wesentlich stabiler als im Bauhauptgewerbe. Dies gilt auch für Hessen. In den beiden Teilbereichen war die Entwicklung in Hessen günstiger bzw. weniger ungünstig als in Deutschland. Beim Bauhauptgewerbe schnitt Hessen in den letzten Jahren etwas ungünstiger ab als im früheren Bundesgebiet, im Ausbaugewerbe aber etwas günstiger. Im Bauhauptgewerbe ging die Beschäftigtenzahl in den alten Bundesländern zwischen Juni 1996 und Juni 2001 um 22,7 % von 911 600 auf 704 400 zurück. In Hessen verzeichnete man in diesem Zeitraum einen Rückgang um 25,1 % von 78 900 auf 59 100 Beschäftigte. Die baugewerblichen Umsätze des Bauhauptgewerbes gingen von 1995 bis 2000 in den alten Bundesländern um 12,7 % auf 75 Mrd. Euro zurück. In Hessen war die Entwicklung mit einem Rückgang um

### Beschäftigte, Wertindex des Auftragseingangs und Umsätze des Bauhauptgewerbes in Hessen 1995 bis 2001

Jahr	Beschäftigte <sup>1)</sup>		Index des Auftragseingangs		Baugewerblicher Umsatz (in Mill. Euro)	
	insgesamt	Veränderung <sup>2)</sup>	1995 = 100	Veränderung <sup>2)</sup>	insgesamt	Veränderung <sup>2)</sup>
1995	57 583	.	100,0	.	5 284	.
1996	52 771	- 8,4	98,4	- 1,6	5 153	- 2,5
1997	45 451	- 13,9	95,3	- 3,2	4 790	- 7,0
1998	40 519	- 10,9	83,1	- 12,8	4 341	- 9,4
1999	37 865	- 6,6	86,6	4,2	4 565	5,2
2000	35 786	- 5,5	85,1	- 1,7	4 384	- 4,0
2001	33 213	- 7,2	81,4	- 4,4	4 380	- 0,1

1) In Betrieben von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten; jeweils im Durchschnitt des Jahres. — 2) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr in %.

17,8 % auf 6,3 Mrd. Euro ungünstiger. Beim Ausbaugewerbe nahm die Beschäftigtenzahl in den alten Ländern um 7,7 % ab und die Umsätze erhöhten sich um 2,4 %. Etwas besser schnitt Hessen ab. Hier verringerte sich die Beschäftigtenzahl um 7,3 % auf 37 900 und die Umsätze nahmen um 6,4 % auf 3,65 Mrd. Euro zu.

### Baukonjunktur

Die Folgen der Rezession der Gesamtwirtschaft, die 1993 auch in Hessen zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukt geführt hatte, konnten nur langsam überwunden werden. Erst im Jahr 1998 reichte das Wirtschaftswachstum dazu aus, dass die Erwerbstätigenzahl insgesamt wieder deutlich anstieg. An der Bauwirtschaft ging diese positive

### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Hessen 1995 bis 2001 nach Bauart

Jahr	Insgesamt	davon							
		Hochbau				Tiefbau			
		insgesamt	Wohnungs- bau	Gewerbl. u. industr. Bau	Öffentl. u. Ver- kehrsbau	insgesamt	Straßen- bau	Gewerbl. u. industr. Bau	Öffentl. u. Ver- kehrsbau

Grundzahlen (in 1000 Euro)

1995	4 635 462	2 761 145	914 713	1 471 472	374 960	1 874 317	570 435	587 124	716 759
1996	4 562 170	2 544 405	844 860	1 417 226	281 296	2 018 787	590 065	796 918	631 293
1997	4 415 919	2 370 191	678 093	1 357 798	334 300	2 045 727	602 370	854 059	589 298
1998	3 853 743	2 075 287	631 526	1 181 548	262 212	1 778 457	539 275	576 759	662 422
1999	4 015 266	2 136 675	608 085	1 282 847	245 744	1 878 590	641 073	588 556	648 961
2000	3 947 077	2 247 879	486 681	1 529 126	232 072	1 699 198	623 652	520 932	554 614
2001	3 773 122	2 030 606	420 357	1 402 614	207 635	1 742 516	641 451	469 195	631 870

Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr in %

1996	- 1,6	- 7,8	- 7,6	- 3,7	- 25,0	7,7	3,4	35,7	- 11,9
1997	- 3,2	- 6,8	- 19,7	- 4,2	18,8	1,3	2,1	7,2	- 6,7
1998	- 12,7	- 12,4	- 6,9	- 13,0	- 21,6	- 13,1	- 10,5	- 32,5	12,4
1999	4,2	3,0	- 3,7	8,6	- 6,3	5,6	18,9	2,0	- 2,0
2000	- 1,7	5,2	- 20,0	19,2	- 5,6	- 9,5	- 2,7	- 11,5	- 14,5
2001	- 4,4	- 9,7	- 13,6	- 8,3	- 10,5	2,5	2,9	- 9,9	13,9

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

Entwicklung aber vorbei. Gegen den allgemeinen Trend wurde die Beschäftigung in erheblichem Maße abgebaut. Seit 1996 gab es nur im Jahr 1999 einen Anstieg der Auftragseingänge. Das gilt auch für die baugewerblichen Umsätze. Die unbefriedigende Auftragslage ließ kaum noch die Überwälzung von Kostensteigerungen auf die Preise zu. Im Jahr 1997 kam es überwiegend sogar zu Preissenkungen.

### Nachfrage ohne Schwung

Monatlich werden bei den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten die Auftragseingänge erhoben, wobei die Betriebe Aufträge, die sie an Subunternehmer weitergeben, nicht mitteilen sollen (im Gegensatz zu den Umsätzen, die solche Subunternehmertätigkeiten enthalten). Die Auftragseingänge gelten zusammen mit den Baugenehmigungen, die allerdings nur für den Hochbaubereich vorliegen, als Frühindikator der konjunkturellen Entwicklung. Die Auftragseingänge, die im Jahr 2001 in Hessen mit 3,77 Mrd. Euro fast um ein Fünftel niedriger lagen als 1995, lassen gegenwärtig noch keine Wende zur Besserung erkennen. Starke Einbrüche erlebte in den letzten Jahren der Wohnungsbau, der von Jahr zu Jahr weniger Aufträge erhielt. In den Jahren 2000 und 2001 verzeichnete der Wohnungsbau Rückgänge von 20 und 13,6 % gegenüber den jeweiligen Vorjahren, sodass er im Jahr 2001 nur noch ein Niveau von 420 Mill. Euro erreichte. Dagegen konnte der gewerbliche Hochbau, der in Zeiten stärkeren Wirtschaftswachstums vor allem von Erweiterungsinvestitionen profitiert, in den Jahren 1999 und 2000 mit Zuwachsraten von 8,6 und 19,2 % deutlich höhere Aufträge verbuchen. Die gesamtwirtschaftliche „Wachstumswelle“ im Jahr 2001 hinterließ allerdings auch hier ihre Spuren mit einer Abnahme von 8,3 % auf 1,4 Mrd. Euro. Trotz nicht gerade übervoller öffentlicher Kassen hatte der Straßenbau seit 1995 eine wechselvolle, doch insgesamt positive Auftragsbilanz. Als einzige Bauart konnte er 2001 mit 640 Mill. Euro das Niveau von 1995 übertreffen.

### Wohnbaugenehmigungen im Krebsgang

Die dramatische Abwärtsentwicklung der letzten Jahre im Wohnungsbau spiegelt auch der Verlauf der Baugenehmigungen wider. Die Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2001 nur noch 9200 Wohngebäude zum Bau frei — die niedrigste Zahl im letzten Jahrzehnt. Die Zahl der neu zu errichtenden Wohnungen, die 1995 noch 34 300 betragen hatte, ging danach kontinuierlich zurück und verringerte sich bis auf 18 300 im Jahr 2001. Nimmt man noch die Wohnungen hinzu, die in Gebäuden genehmigt wurden, die überwiegend dem Nichtwohnbau zuzuordnen sind, so sieht die Entwicklung nicht freundlicher aus. Die Zahl der insgesamt genehmigten Wohnungen ging von 42 700 im Jahr 1995 stetig auf 21 800 im Jahr 2001 zurück.

Das Dilemma im Wohnungsbau ist vor allem auf den Mietwohnungsbau zurückzuführen. Die Zahl der genehmigten Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen ist von 1995 bis 2001 in Hessen kontinuierlich von 2811 auf 1073 um 62 % zurückgegangen. Die eingetrübte Investitionsneigung<sup>1)</sup> wird auf sinkende Neubaumieten, temporäre Verunsicherung über steuerliche Rahmenbedingungen und den Charme von alternativen Anlagemöglichkeiten (bis Frühjahr 2000 z. B. die Aktieneuphorie) zurückgeführt. Negativ stellt sich seit 1995 auch die Entwicklung des Zweifamilienhausbaus dar, deren Genehmigungen im Beobachtungszeitraum um 26 % auf 1 717 zurückgingen. Dagegen waren die Einfamilienhäuser bis einschl. 1999 eine Konjunkturstütze. In den Jahren 2000 und 2001 kam es aber zu einer Trendwende, die Zahl der Baugenehmigungen ging deutlich zurück. Von 1995 bis 2000 hat die Zahl der Baugenehmigungen in diesem Segment allerdings um 14 % auf 9217 zugenommen. Für den Rückgang ab 2000 dürfte die Entwicklung der Hypothekenzinsen eine wichtige Rolle gespielt haben. Im Jahr 2000 gab es nach jahrelangem Rückgang der Zinsen erstmals wieder einen Anstieg. So stieg der durchschnittliche Zins für Hypothekenkredite mit der Laufzeit von fünf Jahren von 5,14 % im Jahr 1999 auf 6,36 % im Jahr 2000. Im Jahr 2001 ermäßigte er sich allerdings wieder auf 5,68 %. Die steuerlichen Bedingungen durch die Neuregelung der Wohnungselgentumsförderung, die 1996 in Kraft trat, waren für die meisten Haushalte attraktiver geworden. Seit Anfang 2000 verschlechterte sich dagegen durch die Einführung von Einkommensgrenzen für Haushalte mit hohem Einkommen die Situation drastisch. Dadurch kam es auch im Jahr 1999 zu

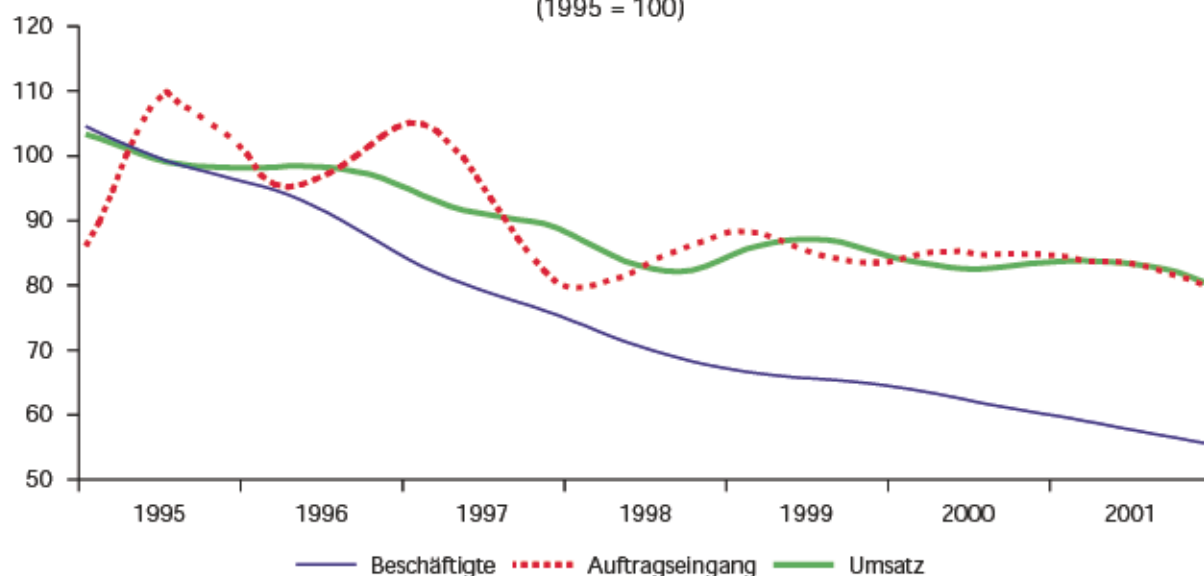
Sollzinsen für Hypothekarkredite<sup>1)</sup> auf Wohnungsgrundstücke 1995 bis 2001

Erhebungszeitraum	Durchschnittliche Zinssätze <sup>2)</sup> für Hypothekarkredite			
	Festzinsen			Gleit-zinsen <sup>3)</sup>
	auf 2 Jahre	auf 5 Jahre	auf 10 Jahre	
1995	6,91	7,49	8,16	7,52
1996	5,62	6,44	7,46	6,57
1997	5,33	5,90	6,83	6,24
1998	5,22	5,41	5,87	6,06
1999	4,85	5,14	5,73	5,71
2000	6,23	6,36	6,66	6,54
2001	5,60	5,68	6,08	6,52
Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %				
1996	- 18,7	- 14,0	- 8,6	- 12,6
1997	- 5,2	- 8,4	- 8,4	- 5,0
1998	- 2,1	- 8,3	- 14,1	- 2,9
1999	- 7,1	- 5,0	- 2,4	- 5,8
2000	28,5	23,7	16,2	14,5
2001	- 10,1	- 10,7	- 8,7	- 0,3

1) Angaben der Deutschen Bundesbank für Deutschland. — 2) Durchschnittliche Zinssätze in % p. a. — 3) Die Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und nicht auf die Gesamtlaufzeit der Verträge. Bei der Errechnung der hier angegebenen Effektivverzinsung wird von einer jährlichen Grundtilgung von 1 % zuzüglich ersparter Zinsen ausgegangen unter Berücksichtigung der von den beteiligten Instituten jeweils vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten.

1) Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 3/2001 vom 18.1.2001, S.41.

Beschäftigte, Auftragseingang und Umsatz  
im Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Hessen 1995 bis 2001  
(1995 = 100)



HSL 69/02

1) Trendwerte.

Vorzleheffekten, die sich in einem deutlichen Anstieg der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser niederschlugen.

Nicht nur die Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude waren in den letzten Jahren rückläufig. Auch bei den genehmigungspflichtigen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden war eine Abwärtstendenz festzustellen. Diese Baumaßnahmen gingen von 9279 im Jahr 1995 kontinuierlich auf 6402 im Jahr 2001 zurück.

### Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe, das auch als monatliche Erhebung hohe Repräsentativität besitzt, gilt dies für das Baugewerbe nicht, beim Ausbaugewerbe noch nicht einmal für die Jahreserhebung. Da beim Gesetzgeber die Entlastung der berichtspflichtigen Firmen hohe Priorität genießt, sind Aussagen — vor allem am aktuellen Rand — nur sehr schwierig exakt festzumachen. Beim Bauhauptgewerbe ist in Hessen durch die ungünstige Entwicklung und das dadurch bedingte Absinken von Betrieben unter die monatliche Abschneidegrenze von 20 Beschäftigten der Grad der Repräsentativität von 67 % im Jahr 1995 auf 56 % im Jahr 2001 zurückgegangen. Beim Ausbaugewerbe ist der Anteil der laufenden vierteljährlichen Erhebung an der jährlichen Erhebung (auch da nur Betriebe mit 10 oder mehr Beschäftigten) von 70 % im Jahr 1996 auf 63 % im Jahr 2001 zurückgegangen. Der Anteil an den insgesamt im Ausbaugewerbe Beschäftigten liegt bei etwa einem Drittel, wie es aus in größerem Abstand durchgeführten Großzählungen bekannt ist.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl nach der Monaterhebung im Bauhauptgewerbe überzeich-

net den Beschäftigungsverlust der letzten Jahre. Nach diesen Zahlen ging die Beschäftigung — in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten — von 1995 bis 2001 um 42,3 % auf 33 200 Beschäftigte zurück. Nach den Ergebnissen der jährlichen Totalerhebung im Juni ergibt sich in diesem Zeitraum eine Abnahmerate von 30,7 % auf 59 100 Beschäftigte. Die stärksten Beschäftigungsrückgänge gab es in beiden Abgrenzungen in den Jahren 1996 bis 1998.

Beim Ausbaugewerbe — Zahlen nach der neuen Wirtschaftszweigklassifikation liegen erst ab 1996 vor — war die Beschäftigungsentwicklung bei weitem nicht so ungünstig. In der laufenden Berichterstattung (vierteljährliche Erhebung mit 20 oder mehr Beschäftigten) ergibt sich zwischen 1996 und 2001 eine Abnahmerate um 17,4 % auf 23 800 Mitarbeiter. Nach der jährlichen Erhebung im Juni (Betriebe mit 10 oder mehr Beschäftigten) ging die Beschäftigung in diesem Zeitraum „nur“ um 7,3 % auf 37 900 zurück.

Die *Arbeitslosenzahlen* werden nicht für das gesamte Baugewerbe, sondern für ausgewählte „typische“ Bauberufe (Maurer, Betonbauer, Zimmerer, etc.) ausgewiesen. Nicht enthalten sind darin z. B. kaufmännische und technische Angestellte und Ingenieure, die in Betrieben des Baugewerbes tätig waren. Die Arbeitslosigkeit bei diesen typischen Bauberufen hat seit 1995 stärker zugenommen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Nach dem Höhepunkt im Jahr 1997 mit 11 670 ging sie in den Folgejahren wieder auf 7350 im Jahr 2001 zurück. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1997 korrespondiert nicht mit der Beschäftigungsentwicklung im Baugewerbe, die ebenfalls rückläufig war. Es lässt sich nur so erklären, dass Bauarbeiter — auch durch Umschulungsmaßnahmen — in anderen Wirtschaftsbereichen Beschäftigung

### Arbeitslose und Kurzarbeiter insgesamt und im Baugewerbe in Hessen 1995 bis 2001

Jahr	Arbeitslose		Kurzarbeiter	
	insgesamt	darunter Bauberufe <sup>1)</sup>	insgesamt	darunter Baugewerbe
1995	213 222	6 838	9 918	3 192
1996	234 083	9 432	18 377	5 674
1997	260 796	11 673	11 788	3 215
1998	254 050	10 503	6 505	2 544
1999	239 257	8 778	6 396	1 274
2000	214 875	7 506	5 156	2 221
2001	200 533	7 353	7 822	2 359

1) Maurer, Betonbauer, Straßenbauer, Zimmerer, Dachdecker usw., aber nicht Angestellte und Ingenieure.

fanden, vorzeitig oder altersgemäß in den Ruhestand gingen, oder beim Auslaufen des Arbeitslosengeldes nicht mehr in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit geführt werden.

Der Anteil der Kurzarbeiter im Baugewerbe an den Kurzarbeitern insgesamt lag in den Jahren seit 1995 meist bei 30 % und erreichte im Jahr 2000 mit 43 % ein Maximum. Die überproportionale Nutzung dieses Instrumentes zeigt zum einen die großen Probleme des Baugewerbes auf, zum anderen lässt sie aber das Bemühen erkennen, das Fachpersonal nicht voreilig zu entlassen. Mit 5670 lag die Jahresdurchschnittliche Kurzarbeiterzahl im Baugewerbe im Jahr 1996 am höchsten. Im Jahr 2001 lag sie noch bei 2360.

#### Nur geringer Anstieg der Baupreise

Sinkende Baupreise: eine Quelle der Freude für Bauherren, aber ein Albtraum für Baufirmen. So waren die Preise für Rohbauarbeiten an Wohngebäuden in den Jahren 1996 bis 1999

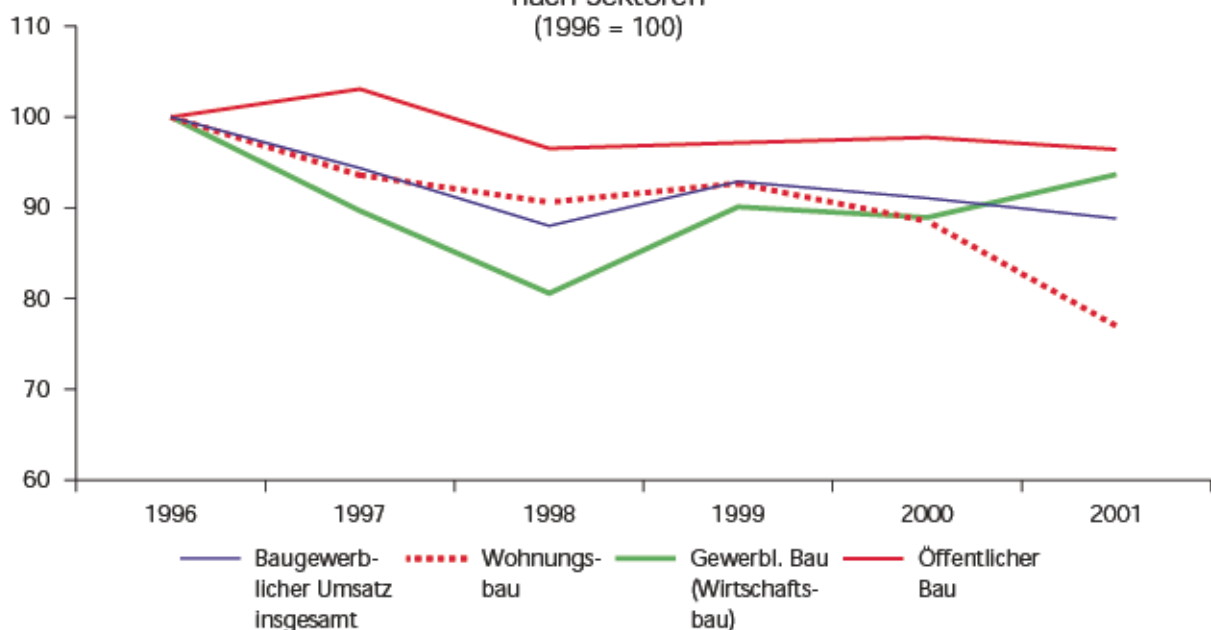
durchgängig rückläufig, am deutlichsten 1997 mit einem Minus von 1,4 %. Auch beim Straßenbau war von 1996 bis 1998 ein Rückgang der Preise zu beobachten. Von 1995 bis 2001 gingen die Preise für Rohbauarbeiten in Wohngebäuden insgesamt um 1,3 % zurück, bei Ausbauarbeiten an Wohngebäuden konnten in diesem Zeitraum allerdings Preis-erhöhungen von 6 % durchgesetzt werden. Die Preise im Straßenbau stiegen von 1995 bis 2001 um 1,1 % und die von Bürogebäuden um 3,5 %. Die verhaltene Preisentwicklung der letzten Jahre spiegelt die miserable Auftragslage und die starke Konkurrenz im Baugewerbe wider. Bei der Kostenentwicklung der Baubetriebe stellt sich die Situation differenziert dar. Die Bruttostundenverdienste für Bauarbeiter im Hoch-

#### Preisindex für Bauwerke in Hessen 1995 bis 2001 (Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr in %)

Jahr	Wohngebäude			Bürogebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude	Straßenbau
	insgesamt	Rohbauarbeiten	Ausbauarbeiten			
1995	2,5	1,7	3,4	2,4	2,2	—
1996	0,2	- 0,4	0,8	0,5	0,8	- 1,2
1997	- 0,4	- 1,4	0,5	- 0,4	- 0,4	- 1,1
1998	0,2	- 0,1	0,7	0,4	0,4	- 0,4
1999	0,2	- 0,2	0,4	0,1	0,1	0,8
2000	1,2	0,7	1,7	1,7	1,3	2,9
2001	1,0	0,1	1,8	1,2	1,0	0,2

und Tiefbau nahmen von 1995 bis 2001 um 11 % zu, die Bruttomonatsentgelte um 7 %, da die Zahl der geleisteten Stunden zurückging. Höhere Personalkosten bei geringen Preisüberwälzungsmöglichkeiten mussten durch einen entsprechenden Produktivitätsfortschritt aufgefangen werden, führten aber auch zunehmend zur Auftragsvergabe an Sub-

Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Hessen von 1996 bis 2001 nach Sektoren (1996 = 100)



HSL 70/02

**Insolvenzen insgesamt  
und im Baugewerbe in Hessen 1995 bis 2001**

Jahr	Insolvenzen insgesamt	darunter	
		Unternehmen	darunter Baugewerbe
1995	2 283	1 734	360
1996	2 479	1 963	458
1997	2 615	2 001	495
1998	2 505	1 967	488
1999	2 406	1 864	471
2000	2 824	1 835	416
2001	3 221	2 001	436

unternehmer. Nicht alle Kosten sind aber gestiegen. Während zum Beispiel Portlandzement sich von 1995 bis 2001 um 4,6 % verteuerte, gingen die Preise für Ziegel um 9,5 % und die für Beton-Zement-Erzeugnisse um 3 % zurück.

Der Anteil der Personalkosten am Bruttoproduktionswert (Gesamtumsatz plus/minus Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen) lag in Deutschland — nur für das eigene Personal — im Jahr 2000 bei etwa einem Drittel, wobei er bei kleineren Unternehmen nahe 40 % und bei den größeren nur bei einem Viertel lag. Dafür lag der Anteil der Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen bei den großen Firmen teilweise über 50 %. Ein weiterer großer Kostenblock war der Materialverbrauch, der sich im Durchschnitt bei 26,5 % bewegte.

**Überproportionaler Anstieg der Insolvenzen im Baugewerbe**

In den Jahren seit 1995 haben die Insolvenzen im Baugewerbe deutlich stärker zugenommen als die aller Unternehmen. Der besonders deutliche Anstieg aller Insolvenzen in den Jah-

**Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze im Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Hessen  
1995 und 2001 nach Beschäftigtengrößenklassen**

Jahr	Betriebe insgesamt	davon Betriebe mit ... Beschäftigten					
		1 bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 oder mehr
Betriebe am 30. Juni							
1995	4 604	2 652	1 040	612	174	91	35
2001	5 720	4 265	863	415	109	49	19
Veränderungsraten							
2001	24,2	60,8	- 17,0	- 32,2	- 37,4	- 46,2	- 45,7
Beschäftigte am 30. Juni							
1995	85 312	11 465	14 126	18 556	12 151	12 551	16 463
2001	59 116	14 753	11 627	12 306	7 359	6 429	6 642
Veränderungsraten							
2001	- 30,7	28,7	- 17,7	- 33,7	- 39,4	- 48,8	- 59,7
Geleistete Arbeitsstunden im Juni (in 1000)							
1995	9 074	1 163	1 675	2 084	1 315	1 377	1 459
2001	5 842	1 332	1 254	1 292	757	624	581
Veränderungsraten							
2001	- 35,6	14,5	- 25,1	- 38,0	- 42,4	- 54,7	- 60,2
Baugewerblicher Umsatz im Juni (in 1000 Euro)							
1995	642 601	69 696	98 149	126 365	81 760	109 095	157 537
2001	571 778	99 103	88 093	130 692	78 943	79 535	95 413
Veränderungsraten							
2001	- 11,0	42,2	- 10,2	3,4	- 3,4	- 27,1	- 39,4
Baugewerblicher Umsatz im Jahr (in 1000 Euro)							
1995	7 724 607	897 158	1 053 122	1 359 795	1 007 848	1 189 889	2 216 795
2000	6 340 702	1 116 931	995 426	1 226 797	881 665	1 018 348	1 101 535
Veränderungsraten							
2001	- 17,9	24,5	- 5,5	- 9,8	- 12,5	- 14,4	- 50,3

1) Ergebnisse der Totalerhebung.

ren 2000 und 2001 ist allerdings auf die Einbeziehung von Privatpersonen in die Insolvenzstatistik zurückzuführen. Beim Vergleich der Bauinsolvenzen mit denjenigen der gesamten Unternehmen wird ein Anteil von minimal 21% im Jahr 1995 und maximal 25 % im Jahr 1999 erreicht. Dieser Anteil fällt durchgängig wesentlich höher aus als der Anteil der Baufirmen an den Unternehmen insgesamt, der deutlich unter 10 % liegt. Hier schlägt die traditionell geringe Kapitalausstattung gerade kleinerer Bauunternehmen und das geringe Auftragspolster, das zwischen zwei und drei Monaten liegt, durch. Eine längere „Durststrecke“ ist von vielen Unternehmen nicht durchzuhalten. So ist es nicht verwunderlich, dass in den Jahren 1995 bis 2001 insgesamt über 3100 Baufirmen einen Insolvenzantrag stellen mussten.

## Strukturelle Aspekte

### — Expansion der Kleinbetriebe

Die Zahl der *Betriebe* im hessischen Bauhauptgewerbe hat von 1995 bis 2001 um über 1100 oder 24 % auf 5720 zugenommen. Diese angesichts der Bauflaute auf den ersten Blick überraschende Entwicklung ist nur auf den Verlauf bei den Betrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten zurückzuführen. Hier erhöhte sich die Betriebszahl um 1610 oder 61 % auf 4265. Drei von vier Baubetrieben sind inzwischen in dieser Größenklasse angesiedelt. Offensichtlich hat die Krise in der Bauwirtschaft zu einer Flut von Neugründungen — auch auf Grund von Arbeitslosigkeit ehemaliger Bauarbeiter — geführt. Die Fluktuation bei den kleinen Baubetrieben ist groß.

Neugründungen stellen wegen des geringen Kapitalbedarfs kein Problem dar, Betriebsaufgaben — auch wegen Insolvenz — sind keine Seltenheit. So verwundert es nicht, dass bei den Gewerbeanzeigen das Baugewerbe das bedeutendere Verarbeitende Gewerbe deutlich übertrifft. In den letzten Jahren gab es pro Jahr ca. 4000 An- und 4000 Abmeldungen im Baubereich.

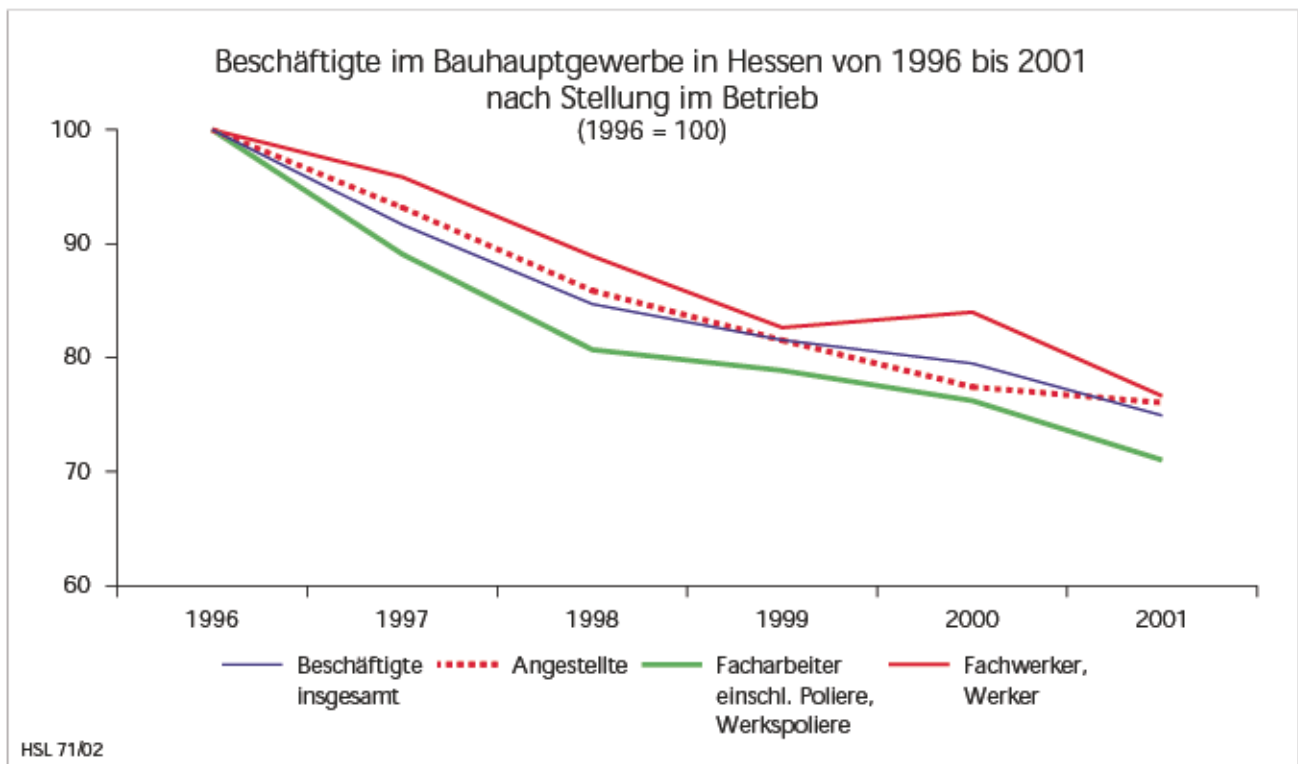
In allen anderen Betriebsgrößenklassen des Bauhauptgewerbes gingen die Betriebszahlen deutlich zurück. So hat sich die Zahl der Betriebe mit 100 oder mehr Beschäftigten von 1995 bis 2001 von 126 auf 68 fast halbiert. Entsprechend der Betriebszahlentwicklung gab es nur bei den kleinsten Betrieben mit bis zu 9 Beschäftigten einen Zuwachs um 29 % auf 14 750 *Beschäftigte*. Dagegen verzeichnete man bei den Betrieben mit über 100 Mitarbeitern einen besonderen Aderlass von 55 % auf 13 070 Beschäftigte. Dieser Rückgang ist natürlich etwas überzeichnet, da bei Beschäftigungsverlusten auch Betriebe in die nächst niedrigere Größenklasse „wandern“. Unterdurchschnittliche Beschäftigungsverluste gab es noch in der Größenklasse 10 bis 19 Beschäftigte mit einem Minus von 18 % auf 11 630 Beschäftigte.

Die *baugewerblichen Umsätze* lagen im Juni 2001 mit 572 Mill. Euro um 11 % niedriger als im Jahr 1995. Auch hier waren die Betriebe mit 100 oder mehr Mitarbeitern überproportional betroffen. So gab es in der Größenklasse über 200 Beschäftigte einen Rückgang um 39 % auf 95 Mill. Euro. Trotzdem liegt wegen der höheren Kapitalintensität und der

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Hessen seit 1995 nach der Stellung im Betrieb

Art der Angabe	1995	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abn. (-) 2001 gegenüber 1995 in %
Tätige Inhaber und Mitinhaber <sup>2)</sup>	3 241	4 290	4 481	4 397	35,7
Angestellte <sup>3)</sup>	16 385	13 129	12 471	12 248	- 25,2
davon					
kaufmännische	9 205	8 036	8 016	7 946	- 13,7
technische	7 180	5 093	4 455	4 302	- 40,1
Poliere, Meister und Schachtmeister	2 796	2 195	2 128	1 920	- 31,3
Werkpoliere, Fachmeister und Bauvorarbeiter	6 718	4 982	4 616	4 209	- 37,3
Facharbeiter	38 926	26 727	26 027	24 413	- 37,3
davon					
Maurer	13 873	9 565	9 304	8 417	- 39,3
Betonbauer	1 765	1 050	1 118	1 018	- 42,3
Zimmerer	3 866	2 710	2 660	2 448	- 36,7
sonstige Baufacharbeiter <sup>4)</sup>	12 001	8 867	8 863	8 811	- 26,6
Baumaschinenführer <sup>5)</sup>	7 421	4 535	4 082	3 719	- 49,9
Fachwerker und Werker	13 284	10 069	10 232	9 339	- 29,7
Gewerblich Auszubildende <sup>6)</sup>	3 962	2 937	2 759	2 590	- 34,6
Beschäftigte insgesamt	85 312	64 329	62 714	59 116	- 30,7
darunter Ausländer	12 818	7 866	7 826	7 328	- 42,8

1) Ergebnisse der Totalerhebung; jeweils Ende Juni. — 2) Einschl. unbezahlt mithelfender Familienangehöriger. — 3) Einschl. kaufmännisch bzw. technisch Auszubildender. — 4) Zum Beispiel Dachdecker, Isolierer, Gipsler. — 5) Einschl. Baumaschinenwerker und geprüfte Berufskraftfahrer. — 6) Einschl. Umschülern, Anlernlingen, Praktikanten.



Vergabe von Arbeiten an Subunternehmer — solche Umsätze fließen in die Umsätze des Auftraggebers mit ein — der Umsatz je Beschäftigten bei diesen größten Betrieben überdurchschnittlich hoch. Er lag im Juni 2001 bei 13 380 Euro, bei den Betrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten aber nur bei 6700 Euro. Im Durchschnitt erwirtschafteten die Baubetriebe 9670 Euro Umsatz je Beschäftigten.

Der starke Rückgang der *geleisteten Arbeitsstunden* innerhalb von sechs Jahren um 36 % auf 5,84 Mill. im Juni 2001 ist auf den starken Rückgang der Beschäftigung zurückzuführen. Da der Umsatz — wegen der geringen Preissteigerungen gilt dies abgeschwächt auch real — wertmäßig nur um 11 % zurückgegangen ist, ist die Produktivität in den letzten Jahren weiter gestiegen. Dies gilt nicht, falls in zunehmendem Maße Subunternehmertätigkeit von Firmen durchgeführt werden, die nicht zum Berichtskreis der amtlichen Statistik melden.

#### — Beschäftigungsstruktur

Im hessischen Bauhauptgewerbe, das sich mit vorbereitenden Baustellenarbeiten sowie Hoch- und Tiefbau befasst, gab es im Juni 2001 insgesamt 59 100 Beschäftigte. Gegenüber Juni 1995 bedeutet das einen Rückgang um 26 200 oder 31 %. Unter allen Beschäftigungsgruppen gab es nur bei den tätigen Inhabern und Mitinhabern und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen einen kräftigen Anstieg um 36 % auf 4400. Dieser Anstieg korreliert mit dem ausgeprägten Zuwachs an Kleinbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten. Rund 30 % dieser Betriebe sind Ein-Mann-Betriebe, die in Bereichen wie z. B. Wasser- und Feuchtigkeits-

abdichtung arbeiten. Unterdurchschnittlich war der Rückgang bei den kaufmännischen Angestellten, deren Zahl um 14 % auf 7950 zurückging. Berücksichtigt man, dass bei dieser Gruppe zwischen 1980 und 1994 sogar gegen den Trend ein Zuwachs verzeichnet wurde, so zeigt sich eindeutig eine Sonderentwicklung. Während vor zwanzig Jahren noch jeder zwölfte Baubeschäftigte ein kaufmännischer Angestellter war, so war es 1995 schon jeder neunte und 2001 schon fast jeder siebte. Neue Aufgaben, sei es bei Planung, Koordination, Controlling oder Datenverarbeitung, scheinen selbst bei zurückgehendem Bauvolumen diese „white-collar-jobs“ relativ krisenfest zu machen. Angesichts der starken Konkurrenz sowohl innerhalb der Europäischen Union, als auch durch Niedriglohnanbieter aus östlichen Ländern wird sich diese Tertiarisierung auch innerhalb des sekundären Sektors in den nächsten Jahren noch verstärken. Nur durch die Übernahme von neuen Aufgaben, wie Projektierung, Finanzierung, Betreuung der Bauwerke etc. wird das Baugewerbe weiterhin eine wichtige Rolle spielen können.

Auffallend ist in den letzten Jahren, dass bei den Arbeitern eine gute Qualifikation nicht mehr vor Entlassung schützt. Die Facharbeiterzahl ging seit 1995 um 37 % auf 24 400, die der Werkpoliere, Fachmeister und Vorarbeiter um den gleichen Prozentsatz auf 4200 zurück. Bei Polieren, Meistern und Schachtmeistern verzeichnete man einen Rückgang um 31 % auf 1920. Auch die überdurchschnittliche Einbuße bei den gewerblichen Auszubildenden um 35 % auf 2590 ist für die Zukunft wenig ermutigend. Der Rückgang bei Fachwerkern und Werkern — angelernten Arbeitskräften — um 30 % auf 9340 fiel deutlich geringer aus als bei den Facharbeitern. □

## Baumobstanbauerhebung in Hessen 2002

Nach den Ergebnissen der diesjährigen Baumobstanbauerhebung wurden in Hessen 364 Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobst gezählt, die insgesamt 550 Hektar (ha) Baumobstfläche bewirtschafteten. Dabei waren von insgesamt 656 000 Obstbäumen allein 532 000 bzw. 81 % aller ermittelten Baumobstarten Apfelbäume. Die weiteren Baumobstarten teilten sich, bezogen auf die Anzahl der Bäume, in knapp 6 % Süßkirschen, gut 5 % Birnen sowie rund 4 % Sauerkirschen auf. Die restlichen knapp 4 % der Bäume waren Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden, Pfirsiche, Aprikosen sowie die in der Erhebung mit erfassten Walnüsse. Die bedeutendsten Apfelsorten im Verkaufsanbau waren Elstar, Jonagold und Braeburn.

Auf Grund der Novelle des Gesetzes über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz — AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118), wurde nicht nur der Name der Erhebung — ehemals Obstanbauerhebung, jetzt Baumobstanbauerhebung — geändert, sondern auch die untere Erfassungsgrenze angehoben. Die im fünfjährigen Turnus durchgeführte Totalerhebung erstreckt sich nun auf Baumobst, das zur Hauptnutzung auf einer mindestens 3000 m<sup>2</sup> großen Fläche steht und das vollständig oder überwiegend zum Verkauf bestimmt ist. Erfasst wurden die Obstarten Äpfel, Birnen, Süßkirschen, Sauerkirschen, Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse<sup>1)</sup>. Bedingt durch die Anhebung der unteren Erfassungsgrenze um das Doppelte sind die Ergebnisse mit den früheren Erhebungen nur stark eingeschränkt vergleichbar.

\*) Tel.: 0611/3802-519 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de

1) Bedingt durch Anforderungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) wurden mehr Erhebungsmerkmale erfragt, als dies die Lieferverpflichtungen der EU vorsehen (Richtlinie 2001/109 EG vom 19. Dezember 2001).

2) Roter Boskoop hatte einen Anbauumfang von 922 Bäumen.

### Elstar ist die wichtigste Apfelsorte

Die durchschnittliche Baumobstfläche je Betrieb lag bei 1,5 ha. Es wurden je Betrieb im Durchschnitt 1800 Obstbäume und je ha Baumobstfläche 1200 Obstbäume gezählt. Dabei war die Mehrzahl der Betriebe (40 %) in der Größenklasse von 0,3 bis unter 0,5 ha zu finden. Allerdings bewirtschafteten diese Betriebe lediglich knapp 10 % der Baumobstfläche und besaßen 4 % der Bäume. Die meisten Bäume (38 %) standen in der Betriebsgrößenklasse von 5 bis unter 10 ha, gleichfalls war hier die meiste Baumobstfläche (25 %) vorhanden.

Äpfel waren im Jahr 2002 die bedeutendste Obstart, und zwar sowohl hinsichtlich der Anzahl der Betriebe, der Größe der Fläche als auch der Zahl der Bäume. Die insgesamt 532 000 Apfelbäume setzten sich aus 15 000 Wirtschafts- und 517 000 Tafelapfelbäumen zusammen. Über die Hälfte des Tafelapfelbaumbestandes war dabei mit den fünf bedeutendsten Sorten Elstar (16 %), Jonagold (15 %), Braeburn (8 %), Gelber Boskoop<sup>2)</sup> (7 %) und Gala (6 %) bepflanzt worden, wobei gegenüber der Vorerhebung 1997 Elstar nun Jonagold als wichtigste Apfelsorte ablöste. Weitere wichtige Sorten waren Cox Orangenrenette, Rubinette und Idared. Die wichtigsten Tafelbirnensorten waren Alexander Lucas, gefolgt von der Williams Christbirne.

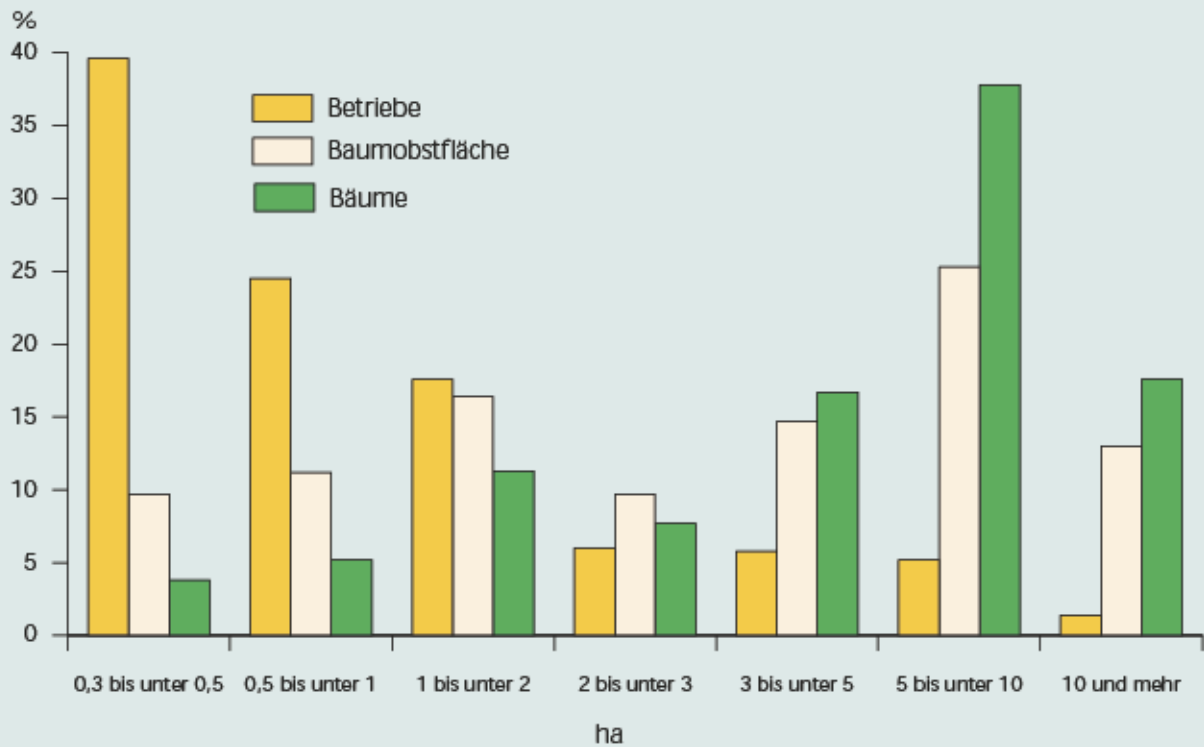
Insbesondere in Hessen ist das Bild von naturnahen Streuobstwiesen zur Erzeugung des „Stöffche“ präsent — also in der Verwertung als Wirtschafts- und Fallobst für Apfelwein. Die Mehrzahl der Obstanlagen von Apfel- und Birnbäumen im Verkaufsanbau — in der Verwertung als Tafelobst — sind jedoch so genannte Dichtpflanzungen mit 1600 oder mehr Bäumen je ha. Am dichtesten gepflanzt waren die Apfelbäume der Sorte Gala bzw. Braeburn. Diese standen zu gut 97 bzw. 95 % in Dichtpflanzungen, gefolgt von Elstar und Jonagold mit rund 90 % aller Bäume dieser Sorten in Anlagen über 1600 Bäumen je ha. Demgegenüber waren Süßkirschenbäume zu 45 % und Sauerkirschenbäume zu 77 % in der Pflanzdichteklasse von 400 bis 800 Bäumen je ha. Bei Pflaumen und Zwetschen wurde knapp die Hälfte aller Bäume in Anlagen von 800 oder mehr Bäumen je ha gezählt.

Anbau von Baumobst in Hessen 2002 nach Obstarten und Pflanzdichteklassen

Obstart	Insgesamt		davon mit einer Pflanzdichte von ... Bäumen je ha					
	Baumobstfläche	Bäume	unter 400		400 bis unter 800		800 oder mehr	
			Baumobstfläche	Bäume	Baumobstfläche	Bäume	Baumobstfläche	Bäume
ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	
Äpfel	317	531 691	56	10 674	28	15 244	233	505 773
Süßkirschen	103	37 620	65	10 811	31	16 937	8	9 872
Birnen	31	34 934	4	915	7	3 648	20	30 371
Sauerkirschen	58	28 079	14	3 493	42	21 699	2	2 887
Pflaumen/Zwetschen	28	18 745	9	2 124	13	7 524	6	9 097
Sonstige Baumobstarten	9	4 464	3	704	4	2 159	1	1 601
<b>Insgesamt</b>	<b>546</b>	<b>655 533</b>	<b>151</b>	<b>28 721</b>	<b>125</b>	<b>67 211</b>	<b>270</b>	<b>559 601</b>

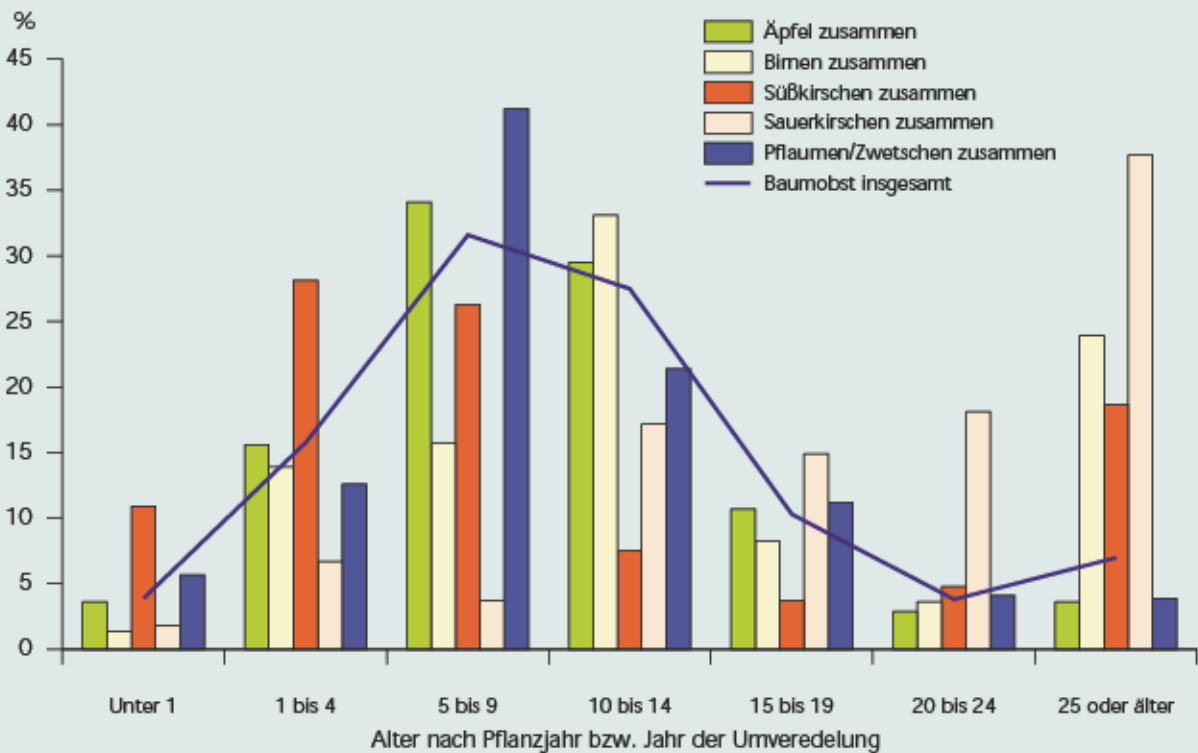


### Betriebe, Baumobstfläche und Obstbäume von Betrieben mit Verkaufsanbau in Hessen 2002 nach Größenklassen der Baumobstfläche



HSL 64/02

### Altersklassengliederung wichtiger Baumobstsorten in Hessen 2002



HSL 65/02

## Baumobst im Verkaufsanbau in Hessen 2002 nach Verwaltungsbezirken<sup>1)</sup> und Anzahl der Bäume



Anbau von Äpfeln und Birnen in Hessen 2002 nach Verwendungszweck, Sorten<sup>1)</sup> und Pflanzdichteklassen 2002

Verwendungszweck Sorte	Insgesamt			davon mit einer Pflanzdichte von ... Bäumen je ha													
				unter 400		400		800		1600		2400		3200		4000 oder mehr	
	bis unter																
	800		1600		2400		3200		4000		Baum- obst- fläche		Bäume				
	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl
Äpfel																	
Äpfel z u s a m m e n	317	531 691	x	56	10 674	28	15 244	45	53 399	115	224 499	50	136 631	14	46 250	9	44 994
davon																	
Wirtschaftsäpfel	54	15 006	x	43	7 361	7	3 532	2	2 001	0	763	0	1 087	—	—	0	262
Tafeläpfel	263	516 685	100	13	3 313	20	11 712	43	51 398	114	223 736	50	135 544	14	46 250	9	44 732
darunter																	
Elstar (einschl. Elshof)	41	84 061	16,3	0	139	4	1 913	5	6 265	22	43 164	5	14 976	3	8 524	2	9 080
Jonagold (einschl. hellroter Mutan- ten wie Jonica®)	38	75 680	14,6	2	508	1	707	6	6 941	20	39 162	7	19 088	2	8 074	0	1 200
Braeburn	17	42 713	8,3	0	31	0	61	2	1 917	6	11 618	7	19 122	1	3 848	1	6 116
Sonstige Tafeläpfel	21	38 060	7,4	3	449	0	272	3	5 245	5	13 900	7	13 314	2	2 730	1	2 150
Boskoop (Gelber Boskoop, Schöner von Boskoop)	21	34 302	6,6	2	564	2	1 435	4	5 056	8	14 066	3	9 438	1	2 253	0	1 490
Gala (einschl. Royal® Gala (Tenroy), Regal Gala)	13	30 533	5,9	0	3	1	359	0	427	6	10 884	5	13 539	1	3 208	0	2 113
Cox Orangenrenette	14	26 839	5,2	0	103	2	1 004	4	4 265	5	10 739	2	5 498	1	2 800	0	2 430
RubINETTE ® (= Rafzubin)	11	23 535	4,6	0	6	1	232	1	978	7	12 705	3	7 366	—	—	1	2 248
Idared	10	21 516	4,2	0	27	1	299	3	3 479	5	9 350	1	4 017	0	99	1	4 245
Birnen																	
Birnen z u s a m m e n	31	34 934	x	4	915	7	3 648	12	13 463	7	12 655	1	1 461	0	1 495	0	1 297
davon																	
Wirtschaftsbirnen	1	326	x	1	195	0	60	0	71	—	—	—	—	—	—	—	—
Tafelbirnen	30	34 608	100	3	720	7	3 588	12	13 392	7	12 655	1	1 461	0	1 495	0	1 297
darunter																	
Alexander Lucas	8	10 880	31,4	1	188	1	595	3	3 756	3	5 072	0	700	0	100	0	469
Williams Christbirne	6	6 609	19,1	1	81	1	743	3	3 024	1	2 181	—	—	0	100	0	480
Sonstige Tafelbirnen	3	3 980	11,5	0	19	0	292	2	1 736	0	778	0	30	0	1 125	—	—
Conference	2	2 803	8,1	0	14	1	489	1	574	1	1 236	0	490	—	—	—	—
Vereinsdechantsbirne	2	2 190	6,3	0	17	0	55	1	951	0	929	—	—	0	70	0	168

1) Nachgewiesene Apfel- und Birnensorten.

Die Betrachtung nach Altersklassen<sup>3)</sup> zeigt, dass die meisten hessischen Obstbäume im Verkaufsanbau in der Klasse von 5 bis 9 Jahren zu finden waren. Innerhalb der einzelnen Obstarten gab es dabei beachtliche Unterschiede. Über ein Drittel der Apfelbäume und gut 41 % der Pflaumen- und Zwetschenbäume waren zwischen 5 und 9 Jahre alt, bei den Birnen war ein Drittel in der Alterstufe 10 bis 14 Jahre zu finden. 38 % der Sauerkirschenbäume waren 25 Jahre oder älter, während gut 28 % der Süßkirschenbäume erst zwischen 1 und 4 Jahre alt waren.

#### **Baumobstanbau vor allem im Regierungsbezirk Darmstadt**

Der Baumobstanbau hatte mit 87 % aller Obstbäume seinen Schwerpunkt im Regierungsbezirk Darmstadt. Dies galt insbesondere für die Apfelerzeugung. Im Main-Taunus-Kreis

wurden mit 208 000 knapp 40 % der hessischen Apfelbäume ermittelt, gefolgt von Wiesbaden (80 000 Apfelbäume) und Darmstadt-Dieburg (66 000 Apfelbäume). Gleichfalls standen über die Hälfte (54 %) der hessischen Birnenbäume und über ein Drittel aller Pflaumen- und Zwetschenbäume im Main-Taunus-Kreis. Der Kirschenanbau hat nach wie vor seinen Erzeugungsschwerpunkt im Werra-Meißner-Kreis. Hier wurden auf insgesamt 99 ha Kirschbaumfläche 21 100 Süßkirschenbäume und 14 300 Sauerkirschenbäume gezählt. Weitere Kirschenanbaugebiete befinden sich in Wiesbaden (7800 Bäume auf 18 ha) und im Wetteraukreis (5500 Bäume auf 13 ha) sowie im Main-Taunus-Kreis (5400 Bäume auf 10 ha). Die vom zahlenmäßigen Anbauumfang wenig bedeutenden Obstarten Aprikosen und Pfirsiche gab es nur im Regierungsbezirk Darmstadt. Ohne Bedeutung waren die insgesamt 180 Walnussbäume in Hessen. In den Städten Darmstadt, Offenbach und Kassel sowie im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis wurde kein Verkaufsanbau von Baumobst gemeldet. □

<sup>3)</sup> Bezogen auf das Pflanzjahr bzw. das Jahr der Umveredlung.

## **Hessische Kreiszahlen**

### **Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte**

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 6,00 Euro, Jahresabonnement (2 Hefte) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

**Neu:** Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 6,00 Euro bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

**Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden**

**Verwertung von Abfällen in übertägigen Abbaustätten im Jahr 2001**

Gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) hat die Verwertung von Abfällen Vorrang vor deren Beseitigung. Anfallende Bauabfälle wie Bodenaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch oder Beton können gemäß KrW-/AbfG verwertet werden, indem sie in Bereiche von Tagebauen, Kies- oder Sandgruben — so genannte übertägige Abbaustätten von Rohstoffen — eingebracht werden. Auf der Grundlage von § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a Umweltstatistikgesetz werden darüber einmal jährlich Daten bei allen Betrieben und Einrichtungen, die diese Abbaustätten betreiben, erhoben. Dabei ist es unerheblich, ob die Abbaustätten noch in Betrieb sind, oder ob sie bereits geschlossen sind und lediglich wieder verfüllt werden.

Im Jahr 2001 wurden von den 126 hessischen Betrieben rund 5,6 Mill. t Abfälle eingesetzt. Gegenüber dem Jahr 2000 waren das 531 000 t oder 8,6 % weniger. Damit wurde erstmals seit Beginn der Erhebung im Jahr 1996 ein Rückgang bei den eingesetzten Mengen beobachtet. Von 1996 bis zum Jahr 2000 hatte die verfüllte Abfallmenge stetig zugenommen. Sie wuchs in den ersten fünf Jahren der Erhebung um 88 %. Die anfänglichen jährlichen Steigerungsraten waren allerdings auch auf Berichtsergänzungen im Zuge des Aufbaus der Erhebung zurückzuführen. In Hessen waren die meisten Verfüllungsstätten Kies-, Sand- oder Tongruben. In diesen wurden mit 4,3 Mill. t über drei Viertel der gesamten Abfälle eingesetzt. Außerdem wurden noch weitere Betriebe des Wirtschaftsabschnitts „Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau“, des Baugewerbes

**Verwertung von Abfällen in übertägigen Abbaustätten in Hessen 2001 nach Art der Abfälle**

EAK-Schlüssel <sup>1)</sup>	Abfallart	Betriebe <sup>2)</sup>	Menge in Tonnen
100101	Rost- und Kesselasche	1	.
170101	Beton	17	71 298
170102	Ziegel	6	3 635
170103	Fliesen, Keramik	3	17 533
170104	Baustoffe auf Gipsbasis	2	.
17015001	Bauschutt, gemischt	30	236 173
170301	Asphalt, teerhaltig	1	.
170302	Asphalt, teerfrei	11	15 857
170501	Bodenaushub	120	5 275 752
	<b>Insgesamt</b>	<b>126<sup>3)</sup></b>	<b>5 640 374</b>

1) Schlüssel gemäß Europäischem Abfallartenkatalog (EAK) bzw. erweiterter Sonderschlüssel für Abfallstatistiken (8-stellig). — 2) Mehrfachnennungen möglich. — 3) Ohne Mehrfachnennungen.

sowie Weiterverarbeiter von Steinen und Erden, z. B. Keramik- oder Kalkhersteller, in die Befragung einbezogen. Darüber hinaus wurden auch Betreiber von stillgelegten Abbaustätten befragt.

5,3 Mill. t oder gut 94 % der insgesamt verwerteten Abfälle bestanden aus Bodenaushub. Außerdem wurden noch rund 236 200 t gemischter Bauschutt verfüllt. Weitere 71 300 t entfielen auf Beton. Die restlichen 57 000 t setzten sich aus Rost- und Kesselasche, Asphalt sowie Ziegeln, Fliesen u. Ä. zusammen.

Fast die Hälfte aller Abfälle (2,6 Mill. t) wurden von 34 im Regierungsbezirk Darmstadt ansässigen Betrieben verwertet. Gegenüber dem Vorjahr war das 18 % weniger an Abfallmenge. Die Schwerpunkte der Verfüllung lagen hier im Landkreis Offenbach (751 000 t) und im Wetteraukreis (627 000 t). Im Regierungsbezirk Gießen, vor allem im Landkreis Lim-

**Verwertung von Abfällen in übertägigen Abbaustätten in Hessen 1996 bis 2001 nach Art der Abfälle und Regierungsbezirken**

Jahr	Betriebe	Menge insgesamt		darunter			
				Bodenaushub		Bauschutt, gemischt	
		Tonnen	Zu- bzw. Abn. (-) in %	Tonnen	Zu- bzw. Abn. (-) in %	Tonnen	Zu- bzw. Abn. (-) in %
<b>Regierungsbezirk Darmstadt</b>							
1996	20	1 362 187		1 153 939		189 556	
1997	22	1 275 492	- 8,4	1 172 636	1,6	102 721	-45,8
1998	25	2 394 282	87,7	2 328 521	98,6	65 085	-36,8
1999	29	2 463 804	2,9	2 378 304	2,1	83 072	27,8
2000	31	3 214 580	30,5	3 113 342	30,9	36 002	-56,7
2001	34	2 637 239	-18,0	2 487 323	-20,1	87 575	143,3
<b>Regierungsbezirk Gießen</b>							
1996	31	1 495 052		1 406 670		34 310	
1997	31	1 446 838	- 3,2	1 370 739	- 2,6	44 772	30,5
1998	38	1 449 320	0,2	1 397 685	2,0	28 278	-36,8
1999	43	1 741 705	20,2	1 631 559	16,7	84 248	197,9
2000	43	1 833 757	5,3	1 769 799	8,5	81 160	-27,4
2001	39	1 826 342	- 0,4	1 749 304	- 1,2	72 638	18,8
<b>Regierungsbezirk Kassel</b>							
1996	18	487 271		261 458		90 713	
1997	28	818 484	68,0	711 712	172,2	96 480	6,4
1998	33	657 677	-19,6	554 331	-22,1	103 346	7,1
1999	42	982 824	49,4	846 177	52,6	104 553	1,2
2000	51	1 122 747	14,2	966 385	14,2	115 554	10,5
2001	53	1 176 793	4,8	1 039 125	7,5	75 960	-34,3
<b>Land Hessen</b>							
1996	69	3 344 510		2 922 067		314 579	
1997	81	3 540 814	5,9	3 255 087	11,4	243 973	-22,4
1998	96	4 501 279	27,1	4 280 537	31,5	196 709	-19,4
1999	114	5 188 333	15,3	4 856 040	13,4	271 873	38,2
2000	125	6 171 084	18,9	5 849 526	20,5	212 716	-21,8
2001	126	5 640 374	- 8,6	5 275 752	- 9,8	236 173	11,0

burg-Weilburg (715 000 t) und im Lahn-Dill-Kreis (451 000 t), verwerteten insgesamt 39 Betriebe 1,8 Mill. t Bauabfälle. In diesem Regierungsbezirk veränderte sich die eingesetzte Menge gegenüber dem Jahr 2000 im Großen und Ganzen nicht (- 0,4 %). Weitere 1,2 Mill. t wurden von den 53 Betrie-

ben des Regierungsbezirks Kassel in Abbaustätten eingebracht. In dieser hessischen Region war immer noch eine leichte Zunahme der Mengen um 4,8 % zu verzeichnen. Überdurchschnittlich viel wurde hier im Schwalm-Eder-Kreis (401 000 t) eingesetzt.

\*) Tel.: 0611/3802-401 · E-Mail: awincierz@hsl.de

Dr. Anne Winclerz\*)

## Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G - mit Gemeindeergebnissen, K - mit Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugspreis (Euro)
281	Das steuerpflichtige Vermögen und die betrieblichen Einheitswerte am 1. Januar 1989 (K)	152	8,00
282	Abfallwirtschaft in Hessen 1977 bis 1990 (K)	130	8,00
287	Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 12. Juni 1994	114	6,00
294	Die Staats- und Gemeindefinanzen im Rechnungsjahr 1990 (G)	215	10,00
295	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990	294	11,50
296	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1993 (K)	80	4,50
300	Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag in Hessen am 16. Oktober 1994 (G)	205	10,00
301	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 19. Februar 1995 (G)	266	10,00
302	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1994 (K)	88	4,50
304	Der Bruttolohn und seine Besteuerung 1992 (G)	56	4,50
305	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1991 (K)	150	8,00
306	Abfallwirtschaft in Hessen 1977 bis 1993 (K)	205	10,00
307	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1986 bis 1994 nach Verwaltungsbezirken (K)	249	10,00
308	Regionalergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe in Hessen 1970 bis 1994		
	— Teil 1: Ergebnisse für das Land Hessen	124	6,00
	— Teil 2: Ergebnisse für die kreisfreien Städte	169	8,00
	— Teil 3: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Darmstadt und die Landkreise des Reg.-Bez. Darmstadt (ohne kreisfreie Städte)	395	11,50
	— Teil 4: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Gießen und die Landkreise des Reg.-Bez. Gießen	231	10,00
	— Teil 5: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Kassel und die Landkreise des Reg.-Bez. Kassel (ohne kreisfreie Stadt Kassel)	251	10,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	8,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	10,00
319	Handwerkszählung 1995	146	8,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	8,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	10,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	10,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	8,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	6,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	10,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	10,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	10,00
341	Europawahl 1999		
	— Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	8,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	12,50
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	6,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	13,50
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	6,00
356	Die Kommunalwahlen am 18. März 2001 (G)	288	12,50

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt - 65175 Wiesbaden

## SOZIALLEISTUNGEN

### 525 000 schwerbehinderte Menschen in Hessen

Am Jahresende 2001 lebten in Hessen 525 000 schwerbehinderte Menschen mit amtlichem Ausweis<sup>1)</sup>. Ihre Zahl ist damit im Laufe des letzten Jahres um 38 500 Personen oder um 8 % gestiegen, womit der Zuwachs dreimal so hoch war wie im Vorjahr. Im Jahresvergleich hatte es letztmals 1997 (infolge einer Datenbereinigung beim Landesversorgungsamt) eine geringfügige Abnahme um gut 9000 Personen gegeben. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat sich aber die Anzahl schwerbehinderter Menschen insgesamt sogar um über 154 000 oder gut zwei Fünftel erhöht. In diesem Zeitraum war bei den Frauen ein Anstieg um über 80 000 oder um mehr als die Hälfte zu verzeichnen, bei den Männern dagegen nur um 74 000 oder ein Drittel. Wegen des deutlich höheren Ausgangsniveaus — Ende 1991 hatten 218 000 männlichen Schwerbehinderten knapp 153 000 weibliche gegenüber gestanden — waren trotzdem noch immer Männer häufiger als Frauen von einer schweren körperlichen oder geistig-seelischen Behinderung betroffen, nämlich fast jeder 10. männliche Einwohner, aber nur jede 13. Einwohnerin Hessens. Insgesamt waren damit annähernd 9 % der über 6 Mill. hessischen Einwohner schwerbehindert. Bei einer Zahl von nun 292 000 ist der Anteil der Männer weiter leicht zurückgegangen, und zwar auf unter 56 %, während sich der Frauenanteil mit 233 000 Personen auf über 44 % erhöht hat. Vor zehn Jahren hatte dieses Verhältnis noch bei 59 zu 41 % gelegen, obwohl die Frauen gerade bei den von Behinderungen wesentlich öfter betroffenen älteren Jahrgängen in der Bevölkerung seit jeher deutlich in der Mehrzahl sind.

Da Behinderungen zu fast neun Zehnteln<sup>2)</sup> auf Krankheiten zurückzuführen sind (der Rest entfiel auf die angeborenen Behinderungen, die verschiedenen Arten von Unfällen, die — aus demografischen Gründen weiterhin rückläufigen — Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen sowie die erheblich öfter als im Jahr 2000 genannten „sonstigen“ Ursachen), nehmen sie naturgemäß mit dem Alter zu. So hatten rund 390 000 und damit drei Viertel aller Behinderten am Jahresende 2001 das 55. Lebensjahr bereits vollendet; diese Personen verteilten sich nahezu gleichmäßig auf die drei Altersgruppen von 55 bis unter 65 Jahren, 65 bis unter 75 Jahren sowie ab 75 Jahren. Der stärkste Zuwachs wurde dabei in der zuletzt genannten Altersgruppe registriert, und zwar um 11 900 Personen oder 10 %. In den beiden anderen Gruppen lag die Zuwachsrate unter 8 bzw. unter 7 %. Relativ

1) Mit einem Grad der Behinderung von 50 % oder mehr.

2) Insgesamt wurden fast 660 000 einzelne Behinderungen festgestellt, ausgewiesen wird hier aber in sämtlichen Fällen nur die schwerste Behinderung.

3) Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung nach Altersjahren zum Stand am 31. 12. 2001 liegen derzeit noch nicht vor.

### Schwerbehinderte Menschen in Hessen am 31. Dezember 2001 nach Altersgruppen sowie nach Art und Ursache der schwersten Behinderung

Altersgruppe Art der schwersten Behinderung Ursache der schwersten Behinderung	Schwerbehinderte Menschen insgesamt	
	Anzahl	%
<b>Insgesamt</b>	<b>524 983</b>	<b>100</b>
Unter 6	2 516	0,5
6 bis unter 15	7 084	1,3
15 bis unter 25	8 888	1,7
25 bis unter 35	17 142	3,3
35 bis unter 45	36 199	6,9
45 bis unter 55	63 269	12,1
55 bis unter 60	52 406	10,0
60 bis unter 65	82 885	15,8
65 bis unter 75	127 763	24,3
75 oder mehr	126 831	24,2
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	6 168	1,2
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	64 084	12,2
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	91 147	17,4
Blindheit und Sehbehinderung	25 372	4,8
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	22 558	4,3
Kleinwuchs, Entstellungen u. a.	13 097	2,5
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	132 686	25,3
Querschnittslähmungen, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	73 958	14,1
Sonstige Behinderungen <sup>1)</sup>	95 913	18,3
Angeborene Behinderung	19 869	3,8
Allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden)	452 976	86,3
Arbeitsunfall <sup>2)</sup> , Berufskrankheit	5 402	1,0
Verkehrsunfall	3 018	0,6
Häuslicher Unfall	688	0,1
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	1 499	0,3
Kriegs-, Wehrdienst-, Zivildienstbeschädigung	10 742	2,0
Sonstige Ursachen	30 789	5,9

1) Einschl. ungenügend bezeichneter Behinderungen. — 2) Einschl. Wege- und Betriebswegunfall.

am höchsten war sie dagegen mit reichlich 12 % in der Altersgruppe zwischen 45 und 55 Jahren, während bei den 25- bis unter 35-Jährigen gegenüber 2000 sogar ein geringfügiger Rückgang um 50 Personen zu verzeichnen war. Von den schwerbehinderten Frauen waren 120 000, also mehr als die Hälfte, schon 65 Jahre oder älter, darunter 71 500 mindestens 75 Jahre alt. Letztere waren auch die einzige Gruppe, die — absolut betrachtet — eine größere Zahl an Schwerbehinderten aufwies als die gleichaltrigen Männer. Das ist allerdings nicht besonders erstaunlich angesichts der Tatsache, dass die Gesamtzahl der Frauen dieses Alters Ende 2000<sup>3)</sup> mit 306 000 weit mehr als doppelt so hoch war wie die der entsprechenden Männer mit 143 000. Trotz des Zuwachses vor allem der älteren Schwerbehinderten sind die Anteile der einzelnen Altersgruppen beider Geschlechter an ihrer jeweiligen Gesamtzahl gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben.

Demzufolge wiesen auch die *alters- und geschlechtsspezifischen Schwerbehindertenquoten* (schwerbehinderte Menschen bezogen auf 1000 Einwohner gleichen Ge-

schlechts und Alters, vgl. Schaubild auf Seite 237) nach wie vor zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Unverändert lagen Ende 2001 die Quoten der männlichen schwerbehinderten Personen in sämtlichen Altersgruppen höher als die der weiblichen. Die Differenzen waren bei Kleinkindern und schulpflichtigen Kindern minimal, stiegen aber mit zunehmendem Alter nahezu stetig an. Schon in der Altersgruppe zwischen 35 und 44 Jahren gab es — bezogen auf jeweils 1000 Einwohner — fünf schwerbehinderte Männer mehr als Frauen. Dieser Abstand stieg von 46 bei den Personen von 55 bis 59 Jahren und 115 in der folgenden Fünfjahresgruppe auf jeweils rund 150 bei den Personen von 65 bis unter 75 bzw. ab 75 Jahren an. Fast 390 von 1000 Männern gegenüber „nur“ 235 von 1000 Frauen der zuletzt genannten Altersgruppe litten unter einer schweren Behinderung.

Als *hauptsächliche Art von Behinderungen* waren — bei einer Betrachtung in einer relativ groben Zusammenfassung<sup>4)</sup> — Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen am häufigsten. Von derartigen Leiden waren 132 700 bzw. ein Viertel der Schwerbehinderten betroffen. Bei knapp zwei Fünfteln von ihnen, nämlich bei rund 51 000 Personen, handelte es sich um einen Herz-

oder Kreislaufschaden; hier war die Tendenz weiterhin leicht rückläufig, während Beeinträchtigungen der Verdauungsorgane erneut häufiger vorkamen als im Vorjahr. Bei über 31 000 Personen aus dieser gesamten Gruppe, rund 3500 mehr als Ende 2000, waren mehrere Organe in Mitleidenschaft gezogen. Erst mit weitem Abstand folgten — bei einem Zuwachs um rund 19 000 Personen — die Fälle, bei denen die Behinderungsart nicht exakt zu definieren oder einzuordnen war, mit einem Anteil von 18 %, vor den Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes mit 17 %. Hauptsächlich in Beeinträchtigungen des Nervensystems (dazu gehören Querschnittslähmungen, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten) war die Behinderung bei 74 000 Personen oder 14 % begründet. Übrigens haben sich in allen Hauptgruppen die Fallzahlen gegenüber 2000 mehr oder weniger deutlich erhöht. Das gilt auch für die beiden kleinsten Gruppen, nämlich den „Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen“ sowie die „Entstellungen“ (einschl. Kleinwuchs), bei denen die Besonderheiten in der Verteilung auf die beiden Geschlechter erwähnenswert sind. Handelt es sich bei den Entstellungen fast ausschließlich um Frauen (infolge Brustamputationen), so sind vom Verlust von Gliedmaßen, häufig durch Kriegs- oder Unfallverletzungen, zu über drei Vierteln Männer betroffen.

Heinz-Kurt Rompel\*)

\*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

4) Tiefer gegliederte Ergebnisse mit Kombination der hier dargestellten Merkmale, z. T. auch in regionaler Gliederung, vgl. Statistischer Bericht „Die schwerbehinderten Menschen in Hessen Ende 2001“.



- In den ersten drei Monaten 2002 nahm die hessische Bevölkerung um 1300 auf gut 6,079 Mill. Einwohner zu. Das *Bevölkerungswachstum* war ähnlich hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum und ist auf einen Wanderungsüberschuss von rund 4300 Personen, bei einem gleichzeitigen Geburtendefizit von knapp 3000 Personen, zurückzuführen. Der Wanderungsgewinn Hessens mit den anderen Bundesländern sank im ersten Quartal 2002 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001 geringfügig auf 2400 Personen. Gleichzeitig stieg er gegenüber dem Ausland von 900 auf 1900 Personen. Das Bevölkerungswachstum konzentrierte sich auf den südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt mit einer Zunahme von gut 2700 Personen. Die Regierungsbezirke Gießen (- 500) und Kassel (- 900) verzeichneten dagegen Bevölkerungsabnahmen.

- Den *Tageszeitungen* mangelt es nicht an Lesern, sondern an Anzeigen. Im ersten Halbjahr 2002 wurden in Hessen 276 Mill. Tageszeitungen verlegt. Das ist ein Anstieg von 6 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2001. Allerdings ging der Verkaufswert der Zeitungen um 13 % auf 454 Mill. Euro zurück. Der Durchschnittswert je Tageszeitung lag damit im ersten Halbjahr 2002 nur noch bei 1,65 Euro. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 2001 wurde damit um 18 % verfehlt. Wenn sich die Situation in den nächsten Monaten nicht entscheidend verbessert, wird 2002 das schlechteste Ergebnis seit sechs Jahren erreicht werden. Der Verkaufswert der Zeitungen ergibt sich aus der Summe von Vertriebs Erlösen sowie den Umsätzen aus Anzeigen und Bellagen.

- Die Internetseiten des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) unter [www.hsl.de](http://www.hsl.de) waren nach der *Bundestagswahl* ein begehrtes und zuverlässiges Ziel für alle, die sich für den Wahlausgang auf Landes-, Wahlkreis- oder Gemeindeebene interessierten. Am Wahlsonntag bis 24:00 Uhr wurden über 250 000 Seitenzugriffe von ca. 37 300 Benutzern mit insgesamt fast 1,2 Mill. Hits registriert. „Die Online-Präsentation der Wahlergebnisse für Hessen entspricht unserem Selbstverständnis als Dienstleister“, betont Bonno Domke, Abteilungsleiter im HSL. „Es war uns wichtig, diesen Service allen interessierten Internetnutzern uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.“ Da ein entsprechender Ausbau der HSL-eigenen Webserver-Ressourcen nicht in Frage kam, entschloss man sich zu einer Kooperation mit der Systemberatung Axel Dunkel GmbH ([www.Dunkel.de](http://www.Dunkel.de)), die das Hosting und die Auslieferung der Ergebnisberichterstattung übernahm. Die Wahlergebnisse aus den Gemeinden zur Bundestagswahl und Volksabstimmung wurden sofort nach ihrem Eingang vom HSL ausgewertet und in die entsprechenden Webseiten eingelesen. Die aktualisierten Inhalte wurden dann automatisch über eine verschlüsselte und gesicherte Datenverbindung direkt auf die Speichersysteme der Dunkel

GmbH übertragen und von dort zeitgleich auf hochverfügbare Webserver-Farmen verteilt.

- Die im Jahresvergleich gemessene Teuerung am Verbrauchermarkt geht weiter langsam zurück. Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* war in Hessen im September nur noch um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Im August hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 1,1 und im Juli 1,2 % betragen. Nahrungsmittel waren im September um 1,0 % billiger als ein Jahr zuvor. Die Preise für Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) gingen dabei um 4,8 % zurück. Für Fleisch und Fleischwaren zahlten die Verbraucher 3,4 % und für Obst 3,1 % weniger als im September 2001. Gas war im September um 7,4 %, die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme waren um 9,5 % und Heizöl war um 15,6 % billiger als ein Jahr zuvor. Andererseits wurden Kraftstoffe binnen Jahresfrist um 5,0 % und Strom um 7,2 % teurer. Die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten und ohne Heizung) waren im September um 2,4 % höher als ein Jahr zuvor. Von August auf September hat sich der Preisindex insgesamt nicht geändert, nachdem er von Juli auf August noch um 0,2 % gesunken war. Im Einzelnen gab es aber heftige Preisbewegungen: So sanken die Preise für Obst von August auf September um 2,7 %, für Pauschalreisen um 3,9 % und die Mieten für Ferienwohnungen und -häuser um 29,7 %. Kraftstoffe waren im September um 2,9 % und Heizöl um 6,8 % teurer als im August.

- Mit einer Reduzierung seines *realen Bruttoinlandsprodukts* um einen halben Prozentpunkt blieb Hessen knapp hinter der entsprechenden Entwicklung in Deutschland und den alten Bundesländern (jeweils - 0,4 %) zurück. Das weisen die soeben vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder veröffentlichten Ergebnisse der Halbjahresrechnung aus. Nur die neuen Bundesländer (ohne Berlin) kamen mit einer stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Leistung etwas glimpflicher davon. Ausschlaggebend für die relativ günstige Entwicklung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) war ein Zuwachs der realen Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 2,9 %. In den alten Bundesländern verlief die Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich (- 3,3 %) wesentlich ungünstiger. Hessen schnitt hier mit einem Rückgang seiner realen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 2,3 % besser ab als die alten Bundesländer. Relativ schwach verlief in Hessen die Entwicklung in der Energie- und Wasserversorgung durch Stillstandzeiten eines Großkraftwerkes sowie im Baugewerbe durch positive Sockeleffekte im Vorjahreszeitraum. Negative Effekte ergaben sich in Hessen auch im Dienstleistungssektor. Hier schnitt der Handel sehr schwach ab. Im Wirtschaftsbereich Verkehr wirkte sich die Kurzarbeit eines bedeutenden Luftfahrtunternehmens, von der schwerpunktmäßig der Rhein-Main-Flughafen betroffen war, für Hessen besonders negativ aus.

### Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags- einkangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkangs <sup>4)</sup> 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze <sup>5)</sup> 2000 = 100	Preis- index für die Lebenshaltung <sup>6)</sup> 1995 = 100	Arbeits- lose <sup>8)</sup>	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Offene Stellen <sup>8)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>10)</sup>
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen <sup>11)</sup>											
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	.	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	...	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	99,6	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2001 Juni	103,0	90,9	125,1	460 063	100,7	33 217	96,5	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	100,8	91,5	117,9	458 931	93,6	33 262	100,7	109,5	.	.	.	.
Juli	102,6	92,1	122,0	460 466	89,7	33 277	94,5	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	100,1	94,4	110,5	461 065	109,0	33 794	94,7	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	100,7	91,5	117,7	460 653	109,4	33 624	92,8	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 585	94,0	109,9	.	.	.	.
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	101,9	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	106,5	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	108,3	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,6	455 628	66,8	32 669	106,6	109,2	.	.	.	.
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	87,9	110,4	223 586	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 065	53,7	30 689	86,8	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,9	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	93,5	110,7	.	.	.	.
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	103,9	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	96,1	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	96,2	30 422	93,0	110,8	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	82,5	30 804	97,6	110,9	.	.	.	.
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	72,0	30 118	94,6	111,2	214 374	7,8	30 243	7 987
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	.	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	.	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	...	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2001 Juni	- 2,6	- 2,5	- 2,9	0,1	19,8	- 7,1	...	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,5	- 4,5	- 2,1	0,1	- 3,1	- 7,1	...	2,7	.	.	.	.
Juli	2,2	- 1,9	8,6	0,1	- 31,9	- 7,1	...	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,0	- 8,1	0,0	- 0,2	46,1	- 5,9	...	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 10,8	- 9,7	- 12,4	- 0,3	- 1,1	- 6,3	...	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj.	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	...	2,2	.	.	.	.
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	...	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	...	1,4	1,6	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	...	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	...	1,5	.	.	.	.
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,8	2,1	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 5,5	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 4,2	1,8	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 4,8	1,9	.	.	.	.
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	2,3	1,6	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,7	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,6	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 3,1	1,3	.	.	.	.
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	0,1	1,2	7,6	.	- 19,5	66,5
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
2001 Juni	- 0,5	- 3,8	4,2	0,4	- 3,3	0,2	- 7,3	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 6,9	- 6,0	- 8,1	0,1	35,3	- 0,3	2,5	0,8	.	.	.	.
Juli	- 0,4	1,3	- 2,5	0,1	- 30,8	0,2	- 2,1	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,4	2,5	- 9,4	0,1	56,4	1,6	0,2	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	0,6	- 3,1	6,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 2,0	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj.	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 6,7	0,4	.	.	.	.
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	9,8	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,5	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	1,7	0,0	4,5	.	- 1,1	90,6
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	12,3	- 0,6	.	.	.	.
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 18,8	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 1,3	0,3	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	22,0	0,2	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 11,5	1,4	.	.	.	.
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	- 1,9	0,0	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 7,5	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 3,2	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,4	0,2	.	.	.	.
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	1,7	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001				2002		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>BEVÖLKERUNG</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 <sup>1)</sup>	6 077,8 <sup>1)</sup>	6 068,3	6 069,0	6 069,3	6 077,8	6 078,4	6 078,5	6 079,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2 718	2 486	961	1 204	1 686	3 378	890	1 873	1 684
* Lebendgeborene auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	1,9	2,6	3,3	6,5	1,7	4,0	3,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4 901	4 686	3 697	4 172	4 475	5 586	3 151	4 094	4 530
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1000 Lebendgeborene	"	9,7	9,3	7,2	9,0	8,7	10,8	6,1	8,8	8,8
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5 029	4 948	4 886	4 485	5 172	5 670	5 024	4 618	5 094
	"	10,0	9,8	9,5	9,6	10,0	11,0	9,7	9,9	9,9
	"	21	19	20	18	15	16	27	16	20
	"	4,4	4,2	5,4	4,3	3,4	2,9	8,6	3,9	4,4
	"	- 127	- 262	- 1 189	- 313	- 697	- 84	- 1 873	- 524	- 564
	"	- 0,3	- 0,5	- 2,3	- 0,7	- 1,4	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 1,1
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	14 937	12 155	14 085	10 342	14 816	11 708	12 420
* darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	6 550	5 697	6 572	4 279	6 442	5 368	5 598
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	13 622	11 115	13 030	10 842	12 387	11 083	11 220
* darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	6 450	5 404	6 087	4 556	5 599	5 006	4 927
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 315	1 040	1 035	- 500	2 429	625	1 200
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	18 349	17 943	19 598	14 867	17 202	16 449	20 043	15 306	15 768
		2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>ARBEITSMARKT <sup>3)</sup></b>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	214 875	200 533	198 138	199 189	195 780	209 604	209 772	214 374	210 290
* darunter Frauen	"	98 519	89 647	90 106	90 912	89 463	89 678	90 359	93 520	91 381
* Männer	"	118 356	110 886	108 032	108 257	106 317	119 926	119 413	120 854	118 909
* Ausländer	"	45 177	42 684	41 534	41 026	41 127	45 188	44 052	43 574	43 337
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 430	22 023	23 230	24 348	23 273	23 507	26 443	28 263	27 250
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	8,1	7,4	7,2	7,3	7,2	7,6	7,6	7,8	7,6
* darunter der Frauen	"	8,0	7,1	7,0	7,1	7,0	6,9	7,0	7,2	7,1
* Männer	"	8,3	7,6	7,4	7,4	7,3	8,2	8,2	8,3	8,1
* Ausländer	"	14,8	14,2	14,1	13,9	13,9	15,1	14,7	14,5	14,5
* Jüngere unter 25 Jahren	"	7,2	6,5	6,6	6,9	6,6	6,4	7,2	7,7	7,4
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	5 156	7 822	5 528	4 797	4 893	13 675	12 680	7 987	8 876
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 527	37 692	39 438	37 571	37 727	34 658	32 843	30 243	28 660
		1999	2000	1999		2000		2001		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
<b>ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5)6)</sup></b>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7)</sup>	1000	2 123,7	2 174,7	2 162,3	2 163,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 203,3	2 240,4
* darunter Frauen	"	910,5	934,5	927,1	932,8	954,1	955,8	957,0	952,2	970,2
* Ausländer	"	217,1	223,3	221,3	220,1	231,0	230,4	229,3	228,5	231,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	301,8	321,7	306,2	313,3	325,6	331,0	334,5	337,9	341,8
* darunter Frauen	"	262,6	274,5	264,8	269,2	277,1	279,8	282,4	284,9	287,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	14,0	13,9	14,1	12,6	14,1	12,5	12,8	13,8	14,1
* darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,5	3,8	3,5	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	553,4	548,9	556,8	550,9	555,0	552,5	549,9	545,8	551,2
* darunter Frauen	"	141,1	139,9	142,4	140,7	141,9	141,0	141,0	140,0	140,8
* Baugewerbe	"	130,1	125,2	133,6	127,7	127,9	122,4	117,9	120,4	123,5
* darunter Frauen	"	15,6	15,2	15,7	15,6	15,4	15,1	14,9	14,7	14,9
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	532,8	554,2	542,4	547,9	566,0	567,3	562,7	562,5	571,7
* darunter Frauen	"	235,5	244,2	239,6	242,5	249,1	250,0	248,6	248,4	252,9
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	406,1	442,0	421,6	426,8	454,0	456,6	464,6	465,5	475,3
* darunter Frauen	"	187,2	201,9	193,9	198,1	207,8	208,7	212,2	211,9	216,9
* öffentliche und private Dienstleister	"	486,3	489,8	492,5	496,3	498,7	500,6	498,4	494,2	504,4
* darunter Frauen	"	327,0	329,3	331,2	334,0	335,7	337,0	336,4	333,2	340,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
<b>Schlachtungen<sup>1)</sup>:</b>										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	4 317	6 625	4 332	6 954	5 806	4 596	4 588
Kälber	"	350	224	167	168	96	252	291	234	218
Schweine	"	102 959	95 275	95 692	90 824	89 554	91 218	83 745	79 480	82 744
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	4 357	3 710	2 631	6 548	3 658	2 222	2 217
<b>Schlachtmengen<sup>2)</sup>:</b>										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	11 148	10 351	10 319	10 698	9 830	10 475	9 952	9 205	9 398
darunter von	"									
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	1 239	2 040	1 317	1 940	1 667	1 364	1 389
* Kälbern	"	33	20	13	17	9	15	11	18	17
* Schweinen	"	8 686	8 103	8 422	8 022	7 973	7 996	7 538	7 227	7 431
<b>Geflügel:</b>										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Erzeugte Konsumeler <sup>4)</sup>	1000 St.	31 856	31 198	34 794	32 422	31 472	27 520	31 781	29 760	30 166
<b>Milcherzeugung:</b>										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 688	87 754	95 793	94 249	93 055	88 830	91 727	87 583	87 451
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 642	83 707	92 030	90 019	88 685	85 226	88 002	84 033	83 784
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,8	18,2	19,5	19,9	19,0	18,0	18,0	17,8	17,2
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>5)</sup></b>										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 308	3 307	3 291	3 212	3 211	3 205	3 200
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	458,4	460,1	460,5	444,9	443,9	443,6	445,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	271,1	269,6	269,8	271,2	271,7	259,7	259,1	259,2	261,0
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 952	34 156	35 807	33 024	31 573	33 956	31 155	32 293	32 156
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	660,8	667,4	710,6	682,6	663,7	632,3	685,0	668,5	665,2
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	796,3	764,8	717,3	753,7	784,0	769,7	722,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	7 227,7	7 058,9	6 706,8	6 975,5	6 683,8	7 156,9	6 929,9
davon	"									
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	3 186,4	3 000,0	2 916,4	3 189,3	3 000,6	3 133,1	3 047,3
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 208,2	2 293,4	2 026,5	2 031,7	1 964,5	2 283,9	2 139,9
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	250,1	253,3	209,2	238,4	221,3	280,0	241,9
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 582,9	1 512,2	1 554,7	1 516,1	1 497,3	1 459,8	1 500,8
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 685,5	2 724,3	2 506,1	2 761,8	2 667,3	2 887,5	2 746,0
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,4	37,6	37,2	38,6	37,4	39,6	39,9	40,3	39,6
<b>Volumenindex des Auftragseingangs<sup>7)</sup></b>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	6,7	- 2,2	- 6,7	- 2,6	2,2	7,8	0,0	- 1,3	4,2
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	- 6,8	- 3,6	- 0,1	14,8	7,0	7,9	12,0
Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	- 9,6	- 5,9	7,0	1,8	- 8,8	- 9,2	- 3,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	4,7	- 7,2	- 18,6	- 2,6	- 29,2	12,7	6,4
Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	2,4	17,5	7,5	- 6,5	4,1	- 23,7	- 9,5
<b>Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:</b>										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	6,7	2,2	- 4,8	9,6	5,7	15,7	5,2	- 9,5	3,4
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	- 5,0	- 14,8	- 8,6	15,9	27,5	- 1,3	10,1
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	- 12,3	- 4,2	23,4	1,3	2,9	22,3	- 2,2
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 5,1	- 3,6	- 7,5	- 3,6	- 11,0	- 6,2	- 3,5
<b>ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG</b>										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	93	95	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	19 131	18 366	18 255	18 252	18 243	18 123	18 030	18 071	18 078
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	8 704	7 826	7 833	7 831	7 782	7 343	7 226	7 189	7 139
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)10)</sup>	1000 h	1 109	991	1 027	913	950	2 302	2 132	2 189	2 261
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	24,3	23,2	20,4	21,5	24,6	21,3	19,8	21,3	21,5
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	33,3	38,8	42,3	40,2	37,7	42,6	41,0
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 128,5	...	2 547,7	2 492,4	2 543,4	...	...	...	...
* Stromverbrauch <sup>11)</sup>	"	2 895,0	...	...	...	...	...	...	...	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innerereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickelern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemontatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
<b>HANDWERK</b>										
* Beschäftigte	1996 – 100	93,0	90,6	.	89,7	.	.	.	85,7	.
* Umsatz	"	103,0	101,9	.	101,8	.	.	.	96,2	.
<b>BAUGEWERBE</b>										
<b>Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	60,7	58,0	57,4	57,5	57,5	55,5	55,1	54,2	53,6
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	32,0	30,1	29,5	29,7	29,9	28,6	28,5	28,3	28,2
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	9,0	9,0	9,1	8,2	8,1	8,1	8,1
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,7	2,5	2,4	2,6	2,6	2,4	2,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 756	5 381	6 041	5 500	5 603	5 657	5 124	5 417	5 463
darunter										
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	2 239	2 052	2 059	2 200	2 036	2 066	2 118
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 740	1 547	1 613	1 536	1 406	1 494	1 512
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	2 009	1 858	1 897	1 894	1 657	1 816	1 806
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	96,2	90,8	95,4	90,8	95,4	91,2	88,8	82,5	92,8
* Bruttogehaltssumme	"	40,0	38,3	38,6	41,1	37,2	38,8	38,4	41,7	38,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	511,9	512,8	514,5	560,8	535,9	438,5	467,3	482,2	526,0
darunter										
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	145,3	144,9	145,6	135,2	132,1	137,8	153,0
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	231,1	259,1	219,2	167,0	188,2	193,7	205,6
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	135,9	154,6	169,5	134,4	145,6	158,5	165,6
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup>	1995=100	85,1	81,4	104,1	100,7	69,7	81,1	70,3	96,2	72,0
darunter										
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	59,7	62,0	46,4	40,3	39,4	46,4	38,1
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	125,7	120,6	67,5	82,4	55,1	88,2	67,4
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	101,7	97,2	85,2	102,0	106,2	133,5	96,3
<b>Ausbaugewerbe<sup>4)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	24,6	23,8	.	23,7	.	.	.	23,1	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	.	6 787	.	.	.	6 504	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	115,1	111,9	.	109,8	.	.	.	107,5	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,4	57,2	.	58,0	.	.	.	60,0	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	.	614,0	.	.	.	564,9	.
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	768	862	811	809	810	752	847	812
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	759	694	723	731	658	756	677
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 021	926	1 037	1 145	924	887	865	942	912
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	188	170	187	210	170	169	166	179	180
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	220 186	249 608	202 917	206 086	200 817	218 552	222 671
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	214	225	185	164	156	125	174
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	875	1 333	1 158	1 568	1 246	1 363	873	641	1 665
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	186	224	212	264	174	358	155	1 260	287
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	195 282	243 160	138 781	422 269	156 376	106 404	371 669
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 968	1 817	2 092	2 255	1 790	1 723	1 830	1 925	2 146
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	10 306	9 021	10 666	10 702	9 018	9 188	9 164	9 585	10 464
<b>GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE</b>										
<b>Großhandel</b>										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 = 100	...	91,2	96,5	94,6	87,0	87,1	80,1	86,8	86,3
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	...	92,7	99,7	95,6	89,8	89,8	82,8	87,7	88,4
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	...	100,3	99,9	99,3	100,3	97,8	97,9	97,7	97,1
<b>Einzelhandel</b>										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 = 100	...	98,1	102,4	94,7	92,7	101,3	93,7	90,8	92,5
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	...	99,6	104,1	96,5	94,5	103,9	96,1	93,0	94,6
darunter (Einzelhandel mit)										
Kraftfahrzeugen <sup>8)</sup> ; Tankstellen	"	...	98,4	103,9	99,8	95,0	108,3	96,8	96,4	94,3
Waren verschiedener Art <sup>9)</sup>	"	...	102,0	103,5	99,0	95,0	101,0	101,6	96,3	98,0
Apotheken <sup>10)</sup>	"	...	106,6	109,4	104,5	101,5	129,8	103,4	104,3	105,8
Bekleidung	"	...	101,0	103,5	88,0	90,2	94,0	95,4	89,6	94,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>11)</sup>	"	...	99,3	100,0	90,9	92,3	90,8	80,7	76,6	84,2
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>12)</sup>	"	...	98,0	122,9	102,7	106,9	114,3	112,2	103,4	112,6
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	...	98,8	98,6	98,3	98,1	97,0	96,5	96,1	96,1
<b>Gastgewerbe</b>										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 = 100	...	98,1	106,6	99,3	93,5	95,4	93,0	93,4	83,4
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	...	99,8	108,0	101,6	97,4	99,5	97,9	99,2	90,0
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	...	97,8	110,9	99,2	88,3	99,3	95,2	98,7	83,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	...	99,9	107,1	103,2	98,9	99,3	99,7	97,7	92,9
Kantinen und Caterer	"	...	101,2	102,5	104,5	112,2	99,5	97,0	103,1	100,1
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	...	101,8	102,3	100,3	99,1	98,3	97,2	96,8	95,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Mal	Junl	JulI	April	Mal	Junl	JulI
<b>AUSSENHANDEL</b>										
* <b>Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt<sup>1)</sup></b>	Miil. EUR	2 504,1	2 635,8	2 624,3	2 699,3	2 516,1	2 671,0	2 347,1	2 758,5	...
davon	-									
* Güter der Ernährungswirtschaft	-	60,1	62,6	49,5	73,6	44,8	60,1	74,1	66,7	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	2 444,0	2 573,2	2 574,8	2 625,7	2 471,3	2 610,9	2 273,0	2 691,9	...
davon	-									
* Rohstoffe	-	21,8	20,9	20,3	21,2	23,7	18,6	16,2	20,2	...
* Halbwaren	-	196,0	178,3	176,3	186,4	191,2	137,2	119,0	134,4	...
* Fertigwaren	-	2 226,2	2 374,0	2 378,0	2 418,2	2 256,4	2 455,1	2 137,8	2 537,3	...
davon	-									
* Vorerzeugnisse	-	471,5	453,1	502,0	467,3	487,8	530,3	502,3	524,4	...
* Enderzeugnisse	-	1 754,6	1 920,9	1 876,0	1 950,9	1 768,6	1 924,8	1 635,4	2 012,8	...
Unter den Fertigwaren waren	-									
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	-	...	...	...	...	...	750,3	719,8	736,6	...
Maschinen	-	...	...	...	...	...	402,9	333,2	431,1	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	-	...	...	...	...	...	247,4	214,8	321,8	...
elektrotechnische Erzeugnisse	-	...	...	...	...	...	239,0	225,9	232,3	...
Eisen- und Metallwaren	-	...	...	...	...	...	186,9	138,6	182,0	...
davon nach	-									
* Europa	-	1 729,4	1 823,9	1 776,2	1 877,5	1 650,2	1 890,4	1 649,5	1 922,4	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	-	1 310,2	1 381,5	1 311,1	1 411,8	1 192,9	1 445,8	1 255,9	1 467,8	...
* Afrika	-	40,6	47,3	44,4	51,6	42,6	47,0	41,3	54,1	...
* Amerika	-	376,8	371,0	391,6	368,0	425,3	363,9	332,5	366,1	...
* Asien	-	333,8	360,0	382,5	365,4	373,6	347,7	304,5	394,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	-	23,4	33,6	29,5	36,8	24,2	22,0	19,4	21,8	...
* <b>Einfuhr (Generalhandel) insgesamt<sup>1)</sup></b>	-	4 481,1	4 250,2	4 731,9	4 237,9	3 925,8	4 457,8	3 437,0	4 197,0	...
davon	-									
* Güter der Ernährungswirtschaft	-	176,9	189,7	155,5	198,0	214,3	196,2	197,4	172,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	4 304,1	4 060,5	4 576,3	4 039,9	3 711,4	4 261,5	3 239,6	4 024,2	...
davon	-									
* Rohstoffe	-	52,4	46,2	36,6	66,5	43,3	88,7	45,0	80,4	...
* Halbwaren	-	404,2	366,4	480,6	499,4	409,4	264,5	237,9	309,3	...
* Fertigwaren	-	3 847,5	3 628,0	4 059,1	3 474,0	3 258,8	3 908,4	2 956,7	3 634,5	...
davon	-									
* Vorerzeugnisse	-	444,5	458,8	467,2	444,8	491,1	469,0	377,2	442,3	...
* Enderzeugnisse	-	3 403,1	3 169,2	3 591,9	3 029,1	2 767,6	3 439,4	2 579,5	3 192,2	...
davon aus	-									
* Europa	-	2 668,5	2 764,7	3 211,0	2 828,5	2 653,1	2 789,3	2 232,7	2 882,6	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	-	2 070,6	2 134,7	2 595,7	2 178,2	2 008,1	2 160,8	1 640,3	2 260,1	...
* Afrika	-	106,3	91,0	89,2	119,3	94,6	102,7	101,2	84,5	...
* Amerika	-	809,4	662,6	670,0	615,9	535,4	879,8	427,7	540,7	...
* Asien	-	889,6	724,5	755,4	666,1	637,5	682,3	667,1	683,4	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	-	7,4	7,4	6,1	8,3	5,2	3,6	8,3	5,8	...
<b>TOURISMUS<sup>3)</sup></b>										
* Gästeankünfte	1000	816	813	969	911	844	799	864	919	837
* darunter von Auslandsgästen	-	211	200	226	232	262	186	195	229	250
* Gästeübernachtungen	-	2 138	2 136	2 446	2 292	2 416	2 008	2 197	2 275	2 291
* darunter von Auslandsgästen	-	409	388	426	408	496	339	352	396	468
Gästeübernachtungen nach Berichts-	-									
gemeindeguppen:	-									
Heilbäder	-	644	643	700	681	730	606	682	688	722
Luftkurorte	-	131	124	157	148	168	102	146	145	148
Erholungsorte	-	96	98	123	124	145	79	118	107	140
Sonstige Gemeinden	-	1 265	1 270	1 466	1 338	1 372	1 220	1 251	1 335	1 282
darunter Großstädte	-	575	575	637	573	575	560	518	586	539
<b>VERKEHR</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>	-									
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 286	1 249	1 335	1 199	1 229	1 121	...
davon	-									
* Güterversand	-	226	213	182	215	201	236	224	188	...
* Gütereingang	-	1 124	1 037	1 104	1 034	1 134	963	1 004	933	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Jan	Feb	Mar	Apr	May	Jun	Jul
<b>Noch: VERKEHR</b>										
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup>	Anzahl	30 577	30 179	36 838	33 017	30 486	32 639	30 005	34 994	29 066
darunter	-									
Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	-	26 145	26 040	31 219	27 351	26 437	27 351	25 957	30 670	25 348
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	-	1 868	1 745	2 026	1 980	1 438	1 639	1 458	1 786	1 467
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	-	1 998	1 791	2 880	3 040	2 106	2 980	1 951	1 968	1 713
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	-	287	298	332	320	264	352	347	305	299
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	-	3 097	3 095	3 250	3 141	3 158	11 626	11 769	11 280	10 754
darunter Unfälle mit Personenschaden	-	2 252	2 252	2 554	2 389	2 400	2 335	2 407	2 477	2 268
* Getötete Personen	-	45	43	44	39	51	62	38	49	44
* Verletzte Personen	-	3 031	3 036	3 379	3 198	3 174	3 089	3 250	3 237	3 015
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen<sup>4)</sup></b>										
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	.	114 624	.	.	.	116 499	.
davon im	-									
Linienverkehr <sup>5)</sup>	-	39 083	38 805	.	113 120	.	.	.	115 089	.
Gelegenheitsverkehr	-	478	431	.	1 505	.	.	.	1 410	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 206	.	73 421	.	.	.	75 318	.
davon im	-									
Linienverkehr <sup>5)</sup>	-	19 432	19 596	.	55 966	.	.	.	58 797	.
Gelegenheitsverkehr	-	4 970	4 612	.	17 455	.	.	.	16 521	.
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	.	124 928	.	.	.	135 342	.
davon aus	-									
Linienverkehr <sup>5)</sup>	-	32 949	67 519	.	97 513	.	.	.	106 624	.
Gelegenheitsverkehr	-	8 209	14 321	.	27 414	.	.	.	28 718	.
<b>GELD UND KREDIT</b>										
<b>Banke n<sup>6)</sup></b>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup>	Mill. EUR	490 216	546 660	.	538 251	.	.	.	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-									
darunter	-									
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	-	399 113	415 013	.	405 950	.	.	.	.	.
davon	-									
kurzfristige Kredite	-	66 702	71 101	.	69 586	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	-	332 411	343 912	.	336 364	.	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup>	-									
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-	378 514	435 068	.	427 474	.	.	.	.	.
<b>Insolvenzen</b>										
* Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	249	254	302	387	327	443	...
darunter mangels Masse abgelehnt	-	123	122	108	121	154	77	71	119	...
davon	-									
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	-	153	167	153	171	187	169	141	202	...
von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe <sup>9)</sup>	-	24	29	22	19	31	122	110	137	...
von Verbrauchern <sup>9)</sup>	-	58	73	74	64	84	96	76	104	...
* Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 028	246 041	251 778	397 726	67 368	143 259	302 908	550 589	...
<b>GEWERBEANZEIGEN<sup>10)</sup></b>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 360	5 303	5 209	4 693	5 279	5 085	4 940	4 736	4 839
* Gewerbeabmeldungen	-	4 783	4 762	4 299	4 164	4 727	4 279	4 033	4 353	4 462
<b>PREISE</b>										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	109,6	109,8	109,9	110,9	110,9	110,8	111,2
darunter	-									
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	-	101,4	105,1	107,0	106,8	106,2	106,9	106,5	106,0	105,4
Bekleidung, Schuhe	-	104,0	104,1	104,2	104,2	103,8	104,5	104,2	104,0	103,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	-	110,7	113,5	113,4	113,8	113,8	114,9	114,9	114,8	115,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	-	102,1	102,8	102,7	102,7	102,8	103,9	103,9	103,8	103,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	-	113,9	117,4	119,3	119,1	117,8	120,3	119,7	119,3	119,9
Nachrichtenübermittlung	-	84,3	82,1	81,7	81,7	81,9	81,8	82,2	82,2	82,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-	104,9	106,6	105,4	106,3	108,4	105,9	106,9	107,1	109,4
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	-	103,7	104,6	104,3	105,2	107,1	108,1	109,0	109,9	111,9
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	109,2	109,4	109,6	110,6	110,6	110,5	111,0
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	100,2 <sup>14)</sup>	100,2 <sup>14)</sup>	102,4	.	.	.	102,4	.	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrerplatz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ab 2002: einschl. ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätiger. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Regengewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Mal	Junl	JulI	April	Mal	Junl	JulI
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt <sup>4)</sup>	Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.	März	Junl	
<b>STEUERN</b>										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 553,2	3 471,6	2 767,8	4 927,1	2 911,4	2 782,5	2 793,4	3 266,5	...
davon	-	3 129,5	3 014,8	2 328,1	4 514,6	2 386,7	2 307,0	2 447,5	2 835,9	...
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	1 460,5	1 556,2	1 511,5	1 472,4	1 399,5	1 526,0	...
davon	-	76,5	64,1	- 46,0	387,8	- 152,2	32,2	- 50,6	414,2	...
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	227,8	256,6	179,7	872,3	371,6	127,4	110,9	417,8	...
veranlagte Einkommensteuer	-	224,9	265,7	247,8	213,8	206,6	230,4	194,4	165,7	...
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	235,7	15,1	- 459,8	626,6	- 441,1	- 229,7	- 171,7	- 529,5	...
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	716,8	745,4	775,5	686,1	737,6	565,3	803,6	702,4	...
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	180,6	154,2	170,3	171,8	152,7	109,0	161,3	137,3	...
Umsatzsteuer	-	249,5	278,4	284,0	289,4	288,5	257,1	206,4	306,9	...
Einfuhrumsatzsteuer	-	31,5	41,9	48,2	34,7	44,4	43,6	44,4	53,8	...
Bundessteuern	-	57,3	67,9	60,0	40,4	36,8	68,4	34,6	78,8	...
darunter	-	13,2	11,5	11,3	21,4	9,8	6,9	10,7	8,5	...
Mineralölsteuer	-	130,5	141,3	132,5	132,1	144,0	131,9	122,4	115,2	...
Versicherungsteuer	-	5,7	3,3	3,5	3,5	2,1	0,9	1,3	5,3	...
Zölle <sup>3)</sup>	-	21,7	23,6	14,8	16,7	25,6	11,4	13,1	25,4	...
Landesteuern	-	43,2	43,5	35,0	37,7	39,0	45,3	41,9	35,1	...
darunter	-	44,3	53,2	61,8	57,3	55,6	58,4	51,2	49,6	...
Vermögensteuer	-	30,5	26,5	12,0	0,0	82,5	79,6	6,4	0,0	...
Erbchaftsteuer	-									
Grunderwerbsteuer	-									
Kraftfahrzeugsteuer	-									
Gewerbsteuerumlage	-									
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.	März	Junl
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 609,7	1 621,4	2 052,4	994,4	1 543,6	1 427,6	3 947,5	829,6	1 317,3
davon	-	4,3	3,8	3,5	4,3	4,2	5,2	6,7	4,4	4,2
Grundsteuer A	-	150,8	185,3	123,7	150,0	171,4	170,7	249,3	139,7	171,7
Grundsteuer B	-	742,2	648,7	645,1	683,8	624,6	603,0	1 286,2	520,5	430,5
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	621,6	844,0	1 129,9	136,4	656,0	563,8	2 019,9	147,5	693,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	17,2	19,3	13,4	15,5	17,3	17,4	26,9	15,1	17,3
andere Steuern <sup>5)</sup>	-									
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Okt.	Jan.	April	JulI	Okt.	Jan.	April
<b>VERDIENSTE <sup>7)</sup></b>										
<b>Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe<sup>8)</sup></b>										
• Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 418	2 438	2 431	2 398	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446
• Männliche Arbeiter	-	2 501	2 520	2 516	2 480	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526
darunter Facharbeiter	-	2 656	2 674	2 672	2 638	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668
• Weibliche Arbeiter	-	1 857	1 883	1 865	1 864	1 873	1 899	1 885	1 866	1 898
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 734	1 755	1 737	1 739	1 749	1 768	1 755	1 758	1 768
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,74	14,89	14,77	14,80	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02
• Männliche Arbeiter	-	15,21	15,36	15,24	15,30	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48
darunter Facharbeiter	-	16,36	16,48	16,35	16,45	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55
• Weibliche Arbeiter	-	11,49	11,66	11,52	11,50	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,62	10,72	10,62	10,61	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83
<b>Angestelltenverdienste (Bruttonomatsverdienste)</b>										
• Im Produzierenden Gewerbe <sup>8)</sup>	-	3 500	3 586	3 528	3 539	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664
• männlich	-	3 757	3 843	3 787	3 794	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915
• weiblich	-	2 778	2 863	2 803	2 825	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939
• kaufmännische Angestellte	-	3 325	3 385	3 354	3 348	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464
• technische Angestellte	-	3 656	3 765	3 684	3 708	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839
• In Handel <sup>9)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe	-	2 936	3 060	2 968	2 999	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331
• männlich	-	3 238	3 380	3 272	3 312	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699
• weiblich	-	2 514	2 617	2 542	2 566	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784
• kaufmännische Angestellte	-	2 950	3 077	2 980	3 018	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323
• Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>9)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe	-	3 163	3 270	3 193	3 217	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 9) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.





HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Benötigen Sie ...

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- eine Aufbereitung der in Tabellen präsentierten Daten durch kurze Texte und Grafiken?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zur

**Neuausgabe:**



## Statistisches Handbuch Hessen

**Ausgabe 2001/02**

**NEU**

**Update-CD-ROM  
zum Handbuch  
Erstausgabe 2003**

(Erscheinungstermin April 2003)

Das neue Statistische Handbuch für das Land Hessen enthält neben einem umfassenden Tabellenteil mit Daten zu fast allen Lebensbereichen methodische Vorbemerkungen, textliche Kurzbeschreibungen und rund 100 grafische Darstellungen zu den wichtigsten Kapiteln sowie farbige Kartogramme zur Regionalstruktur von Hessen nach Landkreisen.

Es beinhaltet 25 Kapitel zu u. a. folgenden Themen:

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildung, Wahlen, Gesamtwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Erwerbstätigkeit, Verkehr, Sozialleistungen, Preise und Verdienste, Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Die dem Buch beigelegte CD-ROM enthält das komplette Handbuch im PDF-Format sowie zusätzlich alle Tabellen des Handbuchs im Excel-Format (inkl. Excel Viewer). Ein Datenexport ist damit gewährleistet.

Da das Handbuch im zweijährlichen Rhythmus erscheint, bieten wir im Jahr 2003 erstmals eine Update-CD-ROM an, die eine Aktualisierung der Tabellen (im Excel-Format) enthält; der Excel Viewer ist auf der CD-ROM enthalten.

**Bestellformular: Bitte wenden!**



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Hessisches Statistisches  
Landesamt

— Vertriebsstelle —

**65175 Wiesbaden**

Fax: 06 11 / 3802-992

## Statistisches Handbuch Hessen

Ausgabe 2001/02

**Printversion:** Format DIN A5 · Umfang ca. 550 Seiten · fester Einband (inkl. CD-ROM)

**CD-ROM-Version:** PDF-Datenformat und Excel-Format (Software: Acrobat Reader und Excel Viewer auf der CD-ROM enthalten)

**Preise:**

Printversion (inkl. CD-ROM) 22,50 Euro  
 Printversion (inkl. CD-ROM) für Inhouse-Netz oder LAN 37,50 Euro  
*Kombi-Printversion* (zusätzl. mit Update-CD-ROM<sup>1)</sup>) 30,00 Euro  
*Kombi-Printversion* (zusätzl. mit Update-CD-ROM<sup>1)</sup>) für Inhouse-Netz oder LAN 52,50 Euro

CD-ROM-Version 15,00 Euro  
 CD-ROM-Version für Inhouse-Netz oder LAN 30,00 Euro  
*Kombi-CD-ROM-Version* (zusätzl. mit Update-CD-ROM<sup>1)</sup>) 22,50 Euro  
*Kombi-CD-ROM-Version* (zusätzl. mit Update-CD-ROM<sup>1)</sup>) für Inhouse-Netz oder LAN 45,00 Euro

1) Erscheinungstermin der Update CD-ROM April 2003.

## Bestellung

Ja, ich (wir) bestelle(n) das Statistische Handbuch Hessen 2001/02

- ..... Expl. Printversion (inkl. CD-ROM) 22,50 Euro, zuzügl. Versandkosten
- ..... Expl. *Kombi-Printversion* (zusätzl. mit Update-CD-ROM) 30,00 Euro, zuzügl. Versandkosten
- ..... Expl. CD-ROM-Version 15,00 Euro, zuzügl. Versandkosten
- ..... Expl. *Kombi-CD-ROM-Version* (zusätzl. mit Update-CD-ROM) 22,50 Euro, zuzügl. Versandkosten
- Zur Nutzung für ein Inhouse-Netz oder ein Local Area Network (LAN); Preise siehe Abschnitt "**Preise**"; jeweils zuzügl. Versandkosten)

\_\_\_\_\_  
Name, Dienststelle, Firma

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Stempel und Unterschrift

### Probleme der Kommunal Finanzen

*Herausgegeben von N. Andel, Band 283 (Neue Folge) der „Schriften des Vereins für Socialpolitik“, 284 Seiten, kartoniert, 128,00 DM, Duncker & Humblot, Berlin, 2001.*

Der Band enthält vier Beiträge zum Thema „Probleme der kommunalen Finanzen“, die auf der Tagung des finanzwissenschaftlichen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik im Jahr 2000 in Konstanz vorgelegt worden sind. W. Scherf unterbreitet in seinem Beitrag „Perspektiven der kommunalen Besteuerung“ den Vorschlag, die Gewerbesteuer zu Gunsten einer Wertschöpfungsteuer, die auf die Umsatzsteuer oder Einkommensteuer anrechenbar wäre, aufzugeben. Dabei vergleicht er die beiden wichtigsten Reformalternativen kommunale Wertschöpfungsteuer und Umsatzsteuerbeteiligung der Gemeinden anhand von Kriterien eines rationalen Gemeindesteuersystems und der Mängel der Gewerbesteuer. Der Verfasser konstatiert dabei einen Interessensgegensatz zwischen Unternehmen einerseits, die eine Wertschöpfungsteuer zu Gunsten einer Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer ablehnen, und den Gemeinden andererseits, für die aus ihrem kommunalpolitischen Selbstverständnis heraus das Hebesatzrecht unverzichtbar ist. G. Färber befasst sich in ihrem Beitrag mit „Theorie und Praxis kommunaler Gebührenkalkulation“. Dabei untersucht die Autorin zunächst die Legitimation der kommunalen Gebühren, ihre Stellung im Rahmen der kommunalen Willensbildung, ihr Potenzial zur Nachfragesteuerung, zur Berücksichtigung externer Effekte und zur Verfolgung verteilungspolitischer Ziele. Das Schwergewicht legt sie in ihrer Arbeit allerdings auf die Praxis der kommunalen Gebührenkalkulation. Nach Darlegung des bundesrechtlichen Rahmens, zeigt die Autorin die Praxis der Gebührenpolitik exemplarisch für die Gemeinde Speyer auf und unterbreitet nach einer zusammenfassenden Beurteilung Vorschläge zur Reform der Gebührenkalkulation. H. G. Schmitz untersucht unter der Überschrift „Die Diskussion über ein neues Rechnungskonzept für die deutschen Kommunen“ das traditionelle Rechnungswesen und diskutiert Reformvorschläge. Der Autor argumentiert aus dem Mainstream der aktuellen Diskussion: Er betont die Notwendigkeit der Darstellung des Ressourcenverbrauchs, kritisiert daher die aus seiner Sicht im kamerale Rechnungswesen gegebene Beschränkung auf Zahlungsvorgänge, die dortige Begriffsverwendung, den Mangel an griffigen Rechnungsgrößen und die Vernachlässigung der leistungswirtschaftlichen Seite. Vor diesem Hintergrund zeigt der Autor auf, wie durch Modifikation der traditionellen Kameralistik oder den konsequenten Übergang zur Doppik die Darstellung des Ressourcenverbrauchs im neuen Rechnungswesen — dessen Grundstruktur anschließend dargelegt und Einzelprobleme hierzu untersucht werden — möglich wird. Der Autor ist davon überzeugt, dass mit der konsequenten Anwendung des Ressourcenverbrauchskonzepts auch der Weg zu, im Hinblick auf den realen Verbrauch, „ehrlichen“ Haushalten beschritten wird. K.-D. Gröske und M. Maier befassen sich in ihrem Beitrag mit dem zentralen Modell der Verwaltungsreform: dem Neuen Steuerungsmodell (NSM). Ausgehend vom Reformmaßstab Allokations- und Produktionseffizienz werden Ursachen für Unwirtschaftlichkeit in der traditionellen Kommunalverwaltung aufgezeigt sowie Ansätze zu einer theoretischen Fundierung einer Verwaltungsreform skizziert. Die Autoren stellen Grundidee, Hauptelemente und Effizienzpotenziale des NSM und ihre praktische Umsetzung auf der kommunalen Ebene dar und würdigen diese. Auf Grund der zentralen Stellung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) im Rahmen des

NSM setzen sich Gröske und Maier abschließend mit den Problemen der KLR und des damit eng verbundenen bzw. darauf aufbauenden Controllings auseinander. 7060

### Alkohol- und Drogenmissbrauch im öffentlichen Dienst

*Ursachen — Auswirkungen — Bekämpfungsstrategien. Von H.-J. Honsa, 317 Seiten, kartoniert, 39,80 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2002.*

Lange Zeit wurde das Problem des Drogen- und vor allem des Alkoholmissbrauchs am Arbeitsplatz in deutschen Behörden nicht thematisiert. Man hielt es im Grunde für eine Erscheinung der gewerblichen Wirtschaft. Erst Ende der Achtziger- bis zum Beginn der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts entwickelte sich ein Bewusstsein, das als Basis zur Suchtbekämpfung in den Behörden dienen konnte. Daraus entwickelten sich Strategien und Programme, die heute noch Anwendung finden. Der Autor vertritt die Meinung, dass die geschaffenen Strukturen inzwischen aber ausgezehrt sind und nur noch routinemäßig funktionieren. Er setzt wesentlich mehr auf Suchtprävention als auf die „Reparatur“ bei bereits offenkundigem Suchtverhalten. Einen Weg sieht er in neuen ganzheitlichen Managementkonzepten, die insgesamt eine effizientere, humanere und kreativere Problembewältigung ermöglichen. Daneben stellt er aber auch die einschlägige beamten- und tarifrechtliche Situation ausführlich dar. Er stellt Testverfahren zur Diagnose von Suchtkranken ebenso vor wie die unterschiedlichen Therapiemöglichkeiten. Ferner sind zahlreiche Musterbetriebsvereinbarungen zur Suchtproblematik enthalten. Der Anhang beinhaltet nicht nur ein Verzeichnis vertiefender Fachliteratur, sondern auch Adressenlisten von Fachkliniken, Hilfsorganisationen und anderen wichtigen Kontaktstellen. 7061

### Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung

*Grundsatz der Wirtschaftlichkeit — Zielsetzung, Planung, Vollzug, Kontrolle — Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen — Kosten- und Leistungsrechnung. Von J. Schmidt, 6., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 358 Seiten, kartoniert, 49,80 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2002.*

Der Autor dieses Leitfadens will das Kostenbewusstsein und das wirtschaftliche Denken bei Führungskräften sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung fördern; die hierzu nötigen Kenntnisse sollen vermittelt werden. Nach Ausführungen zu den allgemeinen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und deren Verankerung in den einschlägigen Rechtsgrundlagen folgen Hinweise zur Berücksichtigung des ökonomischen Prinzips bei Zielformulierung, Planung und Vollzug sowie der begleitenden Kontrolle in der Verwaltung. Im umfangreichen Abschnitt „Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“ werden deren Anwendungsbereiche bei gesamt- und einzelwirtschaftlichen (im Innenbereich der Verwaltung) Maßnahmen vorgestellt. Für die einzelwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden die einzelnen Kostenarten (Personal- und Sachkosten, kalkulatorische Kosten) und die statischen/dynamischen Methoden ihrer Ermittlung detailliert erläutert. Es folgt eine Darstellung der Methoden gesamtwirtschaftlicher Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (Nutzen-Kosten-Untersuchung). Für den Praktiker werden zahlreiche Beispiele und konkrete Anleitungen zur Durchführung und Bewertung von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Methoden einschl. der Rechen-techniken unter EXCEL aufgeführt. Der Leitfaden schließt mit dem umfassenden Abschnitt „Kosten- und Leistungsrechnung“ mit Ausführungen über Zwecke und Methoden der Kosten- und Leistungsrechnung in der öffentlichen Verwaltung. Ein nach Themen gegliedertes umfangreiches Literaturverzeichnis rundet das Buch ab. 7064

## Allgemeines Verwaltungsrecht

Von W. Finka, W. Sundermann und J. Vahle, 9., überarbeitete und erweiterte Auflage, aus der Reihe „DVP-Schriftenreihe“, 460 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, Maximilian-Verlag, Hamburg, 2002.

Das Buch will zweierlei Zwecken dienen: zum einen als Arbeitshilfe für die Praxis und zum anderen als Lehrbuch. Arten, Träger, Aufbau und Aufgaben der Verwaltung, Quellen des Verwaltungsrechts sowie die Verfahren der öffentlichen Verwaltung, Verwaltungsrechtsschutz, Verwaltungszwang und andere Bereiche des Allgemeinen Verwaltungsrechts werden umfassend dargestellt. Die jetzt vorliegende 9. Auflage berücksichtigt gleichermaßen die neuere Gesetzgebung wie die neuere höchstrichterliche Rechtsprechung. Da das Europarecht immer stärker auf das nationale Verwaltungsrecht durchschlägt, wird auch in größerem Umfang auf das Recht der Europäischen Union Bezug genommen. Ergänzt wurden auch die „Aufbauhilfen zur Bearbeitung praktischer Fälle“. Außerdem wurde die Zahl der Beispielfälle und der Schaubilder erhöht.

7067

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM AUGUST 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen  
 ☐ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

#### Statistische Berichte

Gestorbene in Hessen 2001 nach Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht; (A IV 3 - j/01); (K)	6,00 Euro
☐, Excel und als Download	6,00 Euro
Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 4. Vierteljahr 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 1, A I 4 mit A II 1, A III 1 - vj 4/01); (K)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahr 2001; (B VI 5 - j/01); (SGB)	3,00 Euro
Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2001; Teil 2: Bestand und Bewegungen in den Justizvollzugsanstalten; (B VI 6 - j/01)	5,00 Euro
☐, Excel und als Download	5,00 Euro
Die Tätigkeit der Gerichte für Arbeitssachen in Hessen im Jahr 2001; (B VI 4 - j/01); (AGB)	3,00 Euro
Wahlvorschläge zur Bundestagswahl am 22. September 2002 in Hessen; (B VII 1 - 02/2)	5,00 Euro
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2001; Teil 2: Realschulen, Stand: 3. September 2001; (B I 1 - j/01 Teil 2); (K)	4,00 Euro
☐, Excel und als Download	4,00 Euro
Die Studenten und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2001/2002; (B III 1, B III 11 - j/WS 01/02)	6,00 Euro
☐, Excel und als Download	6,00 Euro
Die beruflichen Schulen in Hessen 2001; Teil 2: Berufsfach-, Fach-, Fachoberschulen, berufliche Gymnasien und Berufsaufbauschulen; Stand: 1. November 2001; (B II 1 - j/01 Teil 2); (K)	6,00 Euro
☐, Excel und als Download	6,00 Euro
Schlachtungen in Hessen im Juni 2002; (C III 2 - m 6/02)	2,50 Euro
Indizes des Auftragsingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2002; (E I 3 - m 6/02)	4,00 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juni 2002; (E II 1 - m 6/02); (K)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro

Energieversorgung in Hessen im Februar 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 2/01)	3,00 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im Juni 2002; (F II 1 - m 6/02); (K)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Juni 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 6/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Juni 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 6/02)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Mai 2002; (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 5/02)	2,50 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Januar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 1/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Februar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 2/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im März 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 3/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 4/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Mai 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 5/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Januar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 1/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Februar 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 2/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im März 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 3/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im April 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 4/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Mai 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 5/02)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Mai 2002; (H II 1 - m 5/02)	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Juni 2002 und im 1. Halbjahr 2002 (Vorauswertung); (H I 1 - m 6/02); (K)	2,50 Euro
Die schwerbehinderten Menschen in Hessen Ende 2001; (K III 1 - j/01); (K)	3,00 Euro
☐, Excel und als Download	3,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Juli 2002; (M I 2 - m 7/02)	4,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im April 2002; Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe; (N I 1 - vj 2/02, Teil I)	4,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im April 2002; Teil II: Angestelltenverdienste; (N I 1 - vj 2/02, Teil II)	4,00 Euro

#### Verzeichnisse

Verzeichnis der beruflichen Schulen in Hessen; Ausgabe 2002	10,00 Euro
☐, Excel und als Download	10,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt . 65175 Wiesbaden